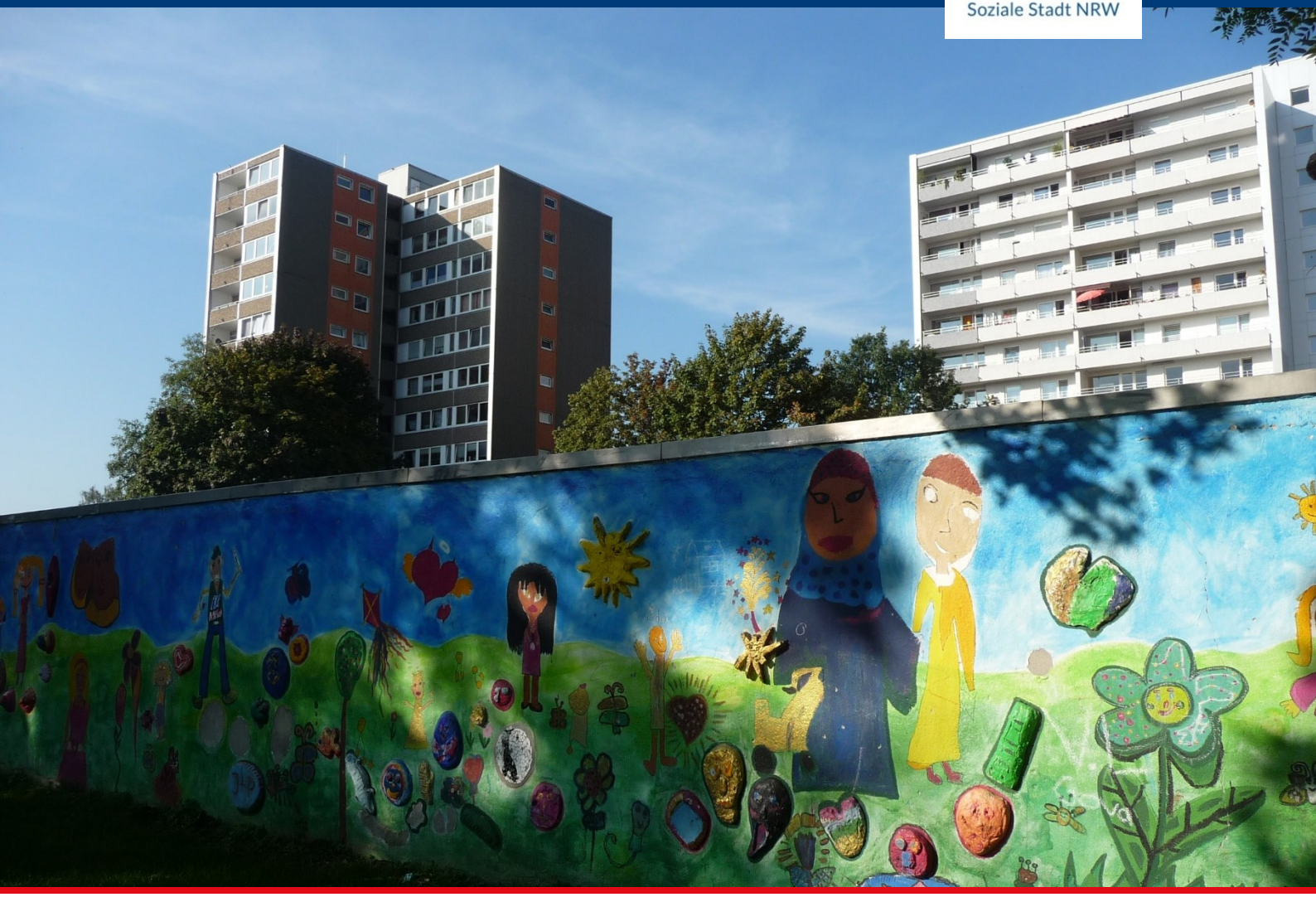
Städtenetz
Soziale Stadt NRW



Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung 2014-2017

Monitoring im Rahmen des integrierten Förderprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen

Städtenetz Soziale Stadt NRW

Impressum

Herausgeber

Geschäftsstelle des Städtenetzes Soziale Stadt NRW

c/o
Stadt Essen
Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement
Margarete Meyer, Marco Eißing und Luise Jäger
45121 Essen

Bearbeitung

Quaestio Forschung & Beratung GmbH
Bernhard Faller, Jennifer Ritter, Nora Wilmsmeier
Friesenstraße 17
53175 Bonn

Fachliche Begleitung durch die Arbeitsgruppe „Kontextindikatoren“

Wilfried Brandt (Stadt Düsseldorf), Claudia Brüggemann (Stadt Dorsten), Joscha Dick (Stadt Köln), Christina Fitzner (Stadt Aachen), Björn Gzella (Stadt Mönchengladbach), Thomas Kieszkowski (Stadt Lünen), Till Knoche (Stadt Unna), Dominik Postels (Stadt Essen), Kirsten Roßels (Stadt Aachen), Roland Scheebaum (Stadt Dortmund), Dr. Frank Schulz (Stadt Mönchengladbach)

Foto

Quaestio Forschung & Beratung GmbH

Essen, im Februar 2021

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis iv

Vorwort vi

Kurzfassung vii

1. Einleitung 1
   - 1.1 Zielsetzung des indikatorengestützten Monitorings 1
   - 1.2 Vorgehen 2
   - 1.3 Teilnehmende Kommunen und Gebiete 3
   - 1.4 Rahmenbedingungen und überregionale Entwicklungstrends im Betrachtungszeitraum 7

2. Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der Altersstruktur 9

3. Teilhabe und Lebenschancen 20
   - 3.1 Fokus: Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen 30

4. Zuwanderung und Internationalität 37

5. Wohnen 47

6. Gesamtbetrachtung der Ergebnisse 55
   - 6.1 Besonderheiten der Gebietstypen 55
   - 6.2 Entwicklung der teilräumlichen Benachteiligung 58
   - 6.3 Langfristige Trends 66

7. Fazit 73

8. Anhang 76
   - 8.1 Bezeichnung der Programmgebiete 76
   - 8.2 Hinweise zu den Indikatoren 78
   - 8.3 Datenquellen 80
   - 8.4 Literatur 83

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Bandbreite sowie Größenklassen der Städte und Programmgebiete im Monitoring 3

Abb. 2: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland und Nordrhein-Westfalen 7

Abb. 3: Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland 7

Abb. 4: Schutzsuchende in Deutschland nach ausgewählten Nationalitäten 8

Abb. 5: Hauptwohnbevölkerung 13

Abb. 6: Entwicklung der Hauptwohnbevölkerung 14

Abb. 7: Anteil der Zuzüge von außerhalb der Stadt an allen Zuzügen 15

Abb. 8: Wanderungsintensität und Personen mit langer Wohndauer 16

Abb. 9: Entwicklung der Altersgruppe der unter 18-Jährigen 17

Abb. 10: Bevölkerungszusammensetzung nach dem Alter 18

Abb. 11: Fortzugsintensität der unter 10-Jährigen im Vergleich zur Fortzugsintensität der Gesamtbevölkerung 19

Abb. 12: Anteil und Entwicklung der Arbeitslosen 24

Abb. 13: Entwicklung der Zahl der SVP-Beschäftigten (Wohnort) 25

Abb. 14: Anteil und Entwicklung der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 26

Abb. 15: Entwicklung der deutschen und ausländischen Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II 27

Abb. 16: Anteil der Personen ab 65 Jahren im Leistungsbezug nach dem SGB XII 28

Abb. 17: Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 29

Abb. 18: Anteil und Entwicklung der Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 32

Abb. 19: Anteil der Haushalte von alleinerziehenden Elternteilen 33

Abb. 20: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss (Schulstandort) 34

Abb. 21: Anteil der arbeitslosen Jugendlichen 35

Abb. 22: Anteil der übergewichtigen oder adipösen Kinder 36

Abb. 23: Hauptwohnbevölkerung mit Migrationshintergrund 40

Abb. 24: Anteil und Entwicklung der ausländischen Bevölkerung 41
Abb. 25: Fortzugsintensität von deutschen und ausländischen Personen 42
Abb. 26: Zuzüge von deutschen und ausländischen Personen 43
Abb. 27: „Top 5“-Nationalitäten in den Programmgebieten und Städten 44
Abb. 28: Leistungsbezug nach dem AsylbLG 45
Abb. 29: Entwicklung der Personen mit Leistungsbezug nach dem AsylbLG 46
Abb. 30: Median der Angebotsmietpreise 50
Abb. 31: Entwicklung des Medians der Angebotsmietpreise 51
Abb. 32: Wohnfläche pro Einwohnerin und Einwohner 52
Abb. 33: Anteil des geförderten Wohnungsbestands im Verhältnis zur Bewohnerschaft 53
Abb. 34: Baufertigstellungen 54
Abb. 35: Langfristige Entwicklung: Ausländerinnen und Ausländer 69
Abb. 36: Langfristige Entwicklung: Arbeitslose 70
Abb. 37: Langfristige Entwicklung: Transferbezug nach dem SGB II 71
Abb. 38: Langfristige Entwicklung: Kinder unter 15 Jahren im Transferbezug nach SGB II 72

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der nun vorliegenden zweiten Fortschreibung des Monitoringberichts „Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung“ führt das Städtenetz Soziale Stadt NRW ein Projekt fort, das seine Ursprünge mit den ersten Grundüberlegungen und Planungen im Jahr 2005 hat. Im Jahr 2008 konnte nach einer intensiven Bearbeitungszeit der erste Bericht zu den sozialen Kontextbedingungen mit einer Datenbasis von 2002-2004 veröffentlicht werden. 2013 wurde darauffolgend die erste Fortschreibung mit den Daten der Jahre 2006 und 2009 veröffentlicht, wobei sich die Zahl der teilnehmenden Städte und Programmgebiete im Laufe der Zeit weiter vergrößern konnte.

In der nunmehr zweiten Fortschreibung hat das neu beauftragte Büro „Quaestio – Forschung und Beratung“ die Daten der Jahre 2014-2018 gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe des Städtenetzes Soziale Stadt NRW gesammelt und analysiert. Die Arbeitsgruppe war mit einzelnen Vertreterinnen und Vertretern der Städte Aachen, Düsseldorf, Dortmund, Dorsten, Essen, Köln, Lünen, Mönchengladbach und Unna interdisziplinär besetzt und stellte im Laufe der gut zweijährigen Bearbeitungszeit eine bestmögliche Begleitung und Unterstützung des beauftragten Büros sicher. Dank der Bereitschaft von insgesamt 21 Mitgliedsstädten des Städtenetzes Soziale Stadt NRW ist es gelungen, für insgesamt 45 aktuell laufende Programmgebiete der Sozialen Stadt differenzierte Aussagen zu ihren sozialen Kontextbedingungen treffen zu können. Erstmals kann eine Interpretation der Daten auch in Verbindung mit sog. Gebietstypologien (u. a. besondere Charakteristika der Lage- und Nutzungsstruktur) erfolgen.

Leider konnte die Zahl der teilnehmenden Städte und Programmgebiete im Laufe der Zeit nicht weiter gesteigert werden. Insbesondere bei den mittleren und kleineren Mitgliedskommunen war eine geringere Teilnahmebereitschaft festzustellen, was zum einen in der generell hohen personellen Auslastung der Mitarbeitenden und zum anderen in der oftmals nicht ausreichenden statistischen Infrastruktur begründet sein kann. Vor dem Hintergrund, dass einer kleinräumigen Datenerfassung und -auswertung innerhalb der Stadt(teil)entwicklung eine immer größer werdende Rolle zukommt, besteht hier durchaus weiterer Handlungsbedarf. Das Städtenetz Soziale Stadt NRW möchte dieses wichtige Themenfeld auch zukünftig besetzen und wird deshalb innerhalb seiner Formate versuchen, hierzu weitere Beiträge im Rahmen des interkommunalen Wissens- und Erfahrungstransfers zu leisten.

Wir danken allen Mitwirkenden an der zweiten Fortschreibung des Monitoringberichts für ihre Einsatzbereitschaft und wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!

Stefan Schwarz

Sprecher des Städtenetzes Soziale Stadt NRW

Stadt Essen, Fachbereichsleiter des Amtes für Stadterneuerung und Bodenmanagement

Carsten Tum

Sprecher des Städtenetzes Soziale Stadt NRW

Geschäftsführer der EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH

Kurzfassung

Hintergrund

Das Städtenetz Soziale Stadt NRW veröffentlicht regelmäßig ein statistisches Monitoring zum gleichnamigen Städtebauförderprogramm.[1] In diesem werden die Rahmenbedingungen der Aktivitäten in den Programmgebieten beleuchtet, ein Vergleich der einzelnen Gebiete ermöglicht und die Bandbreite der Situationen in den Gebieten verdeutlicht. Bereits 2008 und 2013 wurden Studien zu den sozialen Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung erstellt. Mit der hier vorliegenden zweiten Fortschreibung des Monitorings wird nun der Zeitraum 2014-2017 in den Vordergrund gerückt. Eine Auswahl aussagekräftiger Daten und deren Interpretation zeigt die Entwicklung und die aktuelle Situation in den Programmgebieten auf.

Alle Kommunen des Städtenetzes Soziale Stadt NRW wurden im Sommer 2019 dazu aufgefordert, am indikatorengestützten Monitoring teilzunehmen. 21 Mitgliedskommunen nahmen am Monitoring teil und stellten Daten für 45 Programmgebiete bereit. Die Datenbereitstellung erfolgte auf der Grundlage einer detaillierten Datenanfrage. Die Zusammenstellung des Indikatorenkatalogs, wie auch der übrige Prozess zur Fortschreibung des Monitorings, wurde durch eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von zehn Kommunen des Städtenetzes Soziale Stadt NRW begleitet (siehe Kapitel 1.2). Anschließend erfolgte die Datenauswertung auf unterschiedlichen Ebenen. Die einzelnen Indikatoren wurden jeweils für die Programmgebiete analysiert. Zudem wurde für den Vergleich der Programmgebiete eine Gebietstypologie auf der Grundlage der Bau- und Siedlungsstrukturen sowie der Lagequalitäten eingeführt (siehe Kapitel 1.3). Die Gebietstypologie dient dazu, „ähnliche“ Gebiete zu identifizieren, sowie als Hintergrund für die Interpretation der Indikatoren. Abschließend wurden mehrere Indikatoren zur sozialen Lage zu zwei Indizes zusammengeführt, die die Programmgebiete vergleichen sowie deren Entwicklung in den jeweiligen gesamtstädtischen Kontext setzen. Hinzukommend werden für jedes der teilnehmenden Programmgebiete die individuellen Daten zu einem Gebietsprofil zusammengefasst und den jeweiligen Kommunen zur Verfügung gestellt. Parallel zu dieser Studie wurde außerdem ein Web-Tool erstellt, in dem von den Kommunen des Städtenetzes weitere, im Bericht nicht dargestellte Auswertungen abgerufen werden können.

Ergebnisse

Der Berichtszeitraum des Monitorings war gekennzeichnet von deutschlandweiten Geschehnissen und Trends, welche den Hintergrund bei der Analyse der Daten aus den Programmgebieten bilden. Konjunkturell befand sich Deutschland in einer recht stabilen Phase und vor allem zum Ende des Zeitraums in positiven wirtschaftlichen Entwicklungstrends. Gleichzeitig war die Zuwanderung nach Deutschland von zwei Entwicklungen geprägt. Mit dem Eintreten der vollen EU-Arbeitsmarktfreizügigkeit 2014 stieg insbesondere die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien sprunghaft an. Später ließ insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien die Zahl der in Deutschland Schutzsuchenden deutlich ansteigen. Außerdem kommt es ungefähr seit dem Jahr 2008 wieder zu stärkeren

[1] Die sechs Programme der Städtebauförderung wurden zum Jahr 2020 in drei Programme unter Beibehaltung der Förderinhalte umstrukturiert. Das bisherige Programm "Soziale Stadt" wird mit dem neuen Programm "Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten" weiterentwickelt. Die Programmziele bleiben bestehen.
Aufgrund des Betrachtungszeitraums 2014-2017 der vorliegenden Studie, wird im Bericht weiterhin die Bezeichnung "Soziale Stadt" verwendet.

Preissteigerungen am Wohnungsmarkt in Deutschland. Es besteht dennoch ein Nebeneinander der teuren (Metropol-)Regionen und solchen mit vergleichsweise geringen Wohnkosten. Steigende Wohnkosten können aber gerade für Haushalte mit geringen Einkommen zu einem Problem werden (siehe Kapitel 1.4).

Auslandszuwanderung prägt die Bevölkerungsentwicklung: Im Durchschnitt leben rund 18.000 Personen in den Gebieten der Sozialen Stadt, wobei die Bandbreite zwischen den Gebieten sehr groß ist. Die Gebiete der Sozialen Stadt nehmen mehrheitlich am generellen Wachstum der Ballungsräume und Städte in den letzten Jahren teil und haben in den vergangenen Jahren große Teile der Auslandszuwanderung aufgenommen. Dies gilt v. a. für die Quartiere in den Großstädten, insbesondere innerstädtische Stadtteile sowie jene in den altindustriell-geprägten Städten des Ruhrgebiets. Wechselnde Zuwanderungsströme werden quantitativ und hinsichtlich der Zusammensetzung der lokalen Bewohnerschaft zunächst in den Programmgebieten sichtbar. Häufig sind die Dynamik und auch die Fluktuation der Bewohnerschaft in diesen Quartieren hoch. Parallel hat die Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen weiterhin einen hohen Stellenwert in der Programmumsetzung, denn die Gebiete der Sozialen Stadt in NRW sind relativ kinderreiche Wohnquartiere. 2018 waren durchschnittlich 19,5 % der Bevölkerung in den Programmgebieten nicht volljährig. Eine überdurchschnittliche Alterung der Bevölkerung ist hingegen nur in manchen Programmgebieten eine Herausforderung (siehe Kapitel 2).

Parallele Entwicklungen hinsichtlich Erwerbsbeteiligung und Armut: In den Programmgebieten war 2017 knapp die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Gegenüber 2014 ist die Zahl der SVP-Beschäftigten in den meisten Programmgebieten angestiegen. Vor allem in Stadtteilen, in denen die SVP-Beschäftigtenquote zuvor relativ gering war, ist die Beschäftigung stark gestiegen. Die Beschäftigungsquote verbleibt 2017 aber immer noch im unteren Drittel der Programmgebiete. Im gleichen Zeitraum war auch die Arbeitslosigkeit in den Programmgebieten rückläufig. Dennoch ist zeitgleich weiterhin die Transferquote in den Gebieten der Sozialen Stadt hoch. Während die Beschäftigung im Durchschnitt der Programmgebiete um lediglich - 7,1 %-Punkte vom Durchschnitt der Städte abweicht, ist die Transferquote mit 28,5 % nahezu doppelt so hoch. Es sind vor allem die großstädtischen Stadtteile, die von überdurchschnittlicher Armut geprägt sind. Dabei entwickelte sich die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger tendenziell entlang des Bevölkerungswachstums. Entscheidend ist hierbei, dass die Zunahme der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften vorrangig auf ausländische Bevölkerungsgruppen zurückzuführen war, während die Zahl der deutschen Personen mit Transferbezug sogar rückläufig war. Während sich also für die angestammte Bevölkerung die Chancen erhöht haben, an der positiven Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre zu partizipieren, ziehen neue, arme Bevölkerungsgruppen in die Stadtteile, die auf die Transferleistungen des Sozialsystems angewiesen sind. Dies trifft in einigen Programmgebieten Kinder mit besonderer Härte (siehe Kapitel 3 und 3.1)

Neue Bevölkerungsgruppen in den Quartieren: In den letzten Jahren haben sich durch neue Zuwanderungsströme die Strukturen in den Gebieten noch einmal gewandelt. Neue Bevölkerungsgruppen in den Quartieren sind vor allem Personen mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit sowie Personen mit Nationalitäten, die mit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 verbunden sind. Im Beobachtungszeitraum hat sich die Konzentration der ausländischen Bevölkerung in den Gebieten verstärkt. Überproportional häufig verließen deutsche Personen die Programmgebiete, während sich unter den Zuziehenden hingegen überproportional viele ausländische Personen befanden. In Folge haben die ohnehin durch eine angespannte sozioökonomische Lage und

mangelnde Teilhabe geprägten Gebiete der Sozialen Stadt vielfach durch die Zuwanderung der letzten Jahre neue Herausforderungen zu meistern (siehe Kapitel 4).

Steigende Belastung durch Mietkosten: Die Programmgebiete nehmen innerhalb der Städte eine besondere Rolle bei der Sicherung des preisgünstigen Wohnens ein. Gleichzeitig konzentrieren sich die geförderten Wohnungen häufig in diesen Stadtteilen. Dies gilt jedoch nur im Mittel und bei weitem nicht für alle Programmgebiete. Dennoch ist es im Zeitraum von 2014 bis 2017 auch in den Programmgebieten zu einem (ungewichteten) durchschnittlichen Mietpreisanstieg von 11,4 % gekommen. Eindeutige Ursachen und damit korrespondierende Muster sind in den vorliegenden Daten kaum erkennbar. Insofern haben die Charakteristika des einzelnen Programmgebietes einen großen Einfluss auf die Mietpreisentwicklung. Dabei ist zu beachten, dass die Haushalte mit geringeren Einkommen relativ zu ihrem Einkommen mehr für das Wohnen ausgeben und dies, obwohl sie in der Tendenz günstigere und kleinere Wohnungen beziehen. Auch geringere Mietpreissteigerungen haben insofern eine besondere Härte für diese Haushalte. Teures Wohnen schränkt insofern partiell auch die Möglichkeiten zu einer sonstigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein (siehe Kapitel 5).

Große Differenz zwischen den Programmgebieten: Für eine abschließende Einschätzung zum Status quo der Programmgebiete wurden ausgewählte Indikatoren zu einem Gesamtindex zusammengeführt, der beschreibt, inwiefern sich die Gebiete untereinander unterscheiden. Zunächst eint die Fördergebiete im Programm „Soziale Stadt“, dass sie durch soziale Benachteiligung und strukturelle Schwächen gekennzeichnet sind. Dennoch zeigt sich deutlich, dass sie sich vor allem hinsichtlich ihrer demographischen und sozioökonomischen Strukturen teils erheblich unterscheiden. Einheitliche Entwicklungsmuster sind nicht durchgängig erkennbar und folglich sind verallgemeinernde Erklärungsansätze nur bedingt tragfähig. Über alle Indikatoren hinweg weichen insbesondere Programmgebiete, die bereits seit längerer Zeit Fördergebiete der Sozialen Stadt sind, negativ von den übrigen Programmgebieten ab. Von daher ist für diese Programmgebiete von besonders starken strukturellen Benachteiligungen auszugehen.

Programmgebiete koppeln sich von städtischen Entwicklungstrends überwiegend ab: Der Index „Abkopplung und Angleichung an die gesamtstädtische Entwicklung“ zeigt auf, dass sich die Programmgebiete im Beobachtungszeitraum nicht stabilisierten und aufgewertet wurden, sondern mehrheitlich weiter von der gesamtstädtischen Entwicklung absetzten. Hohe Indexwerte, die auf eine Annäherung hinweisen, haben nur wenige Programmgebiete. Wovon diese Entwicklungen im Einzelfall abhängen, kann hier nicht überprüft werden. In der Summe zeigt sich, dass die Programmgebiete der Sozialen Stadt von der positiven Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre nur wenig profitiert haben. Die Programmgebiete sind sehr häufig das Ziel der Zuwanderungen aus dem Ausland und die Integrationskraft des Arbeitsmarktes hat im Beobachtungszeitraum nicht ausgereicht, um die aus der Zuwanderung entstandenen Integrationsaufgaben abzufedern. Nicht untersucht wurde, wie sich die Arbeit in den Programmgebieten letztlich auf die soziale Lage unmittelbar auswirkt. Insofern kann hier nicht über Erfolg oder Misserfolg der Arbeit in den Fördergebieten geurteilt werden.

Fazit

Mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ werden die städtebaulichen Fragestellungen um die besondere Komponente von sozialen Missständen erweitert. Recht offensichtlich ist, dass die Programmgebiete tatsächlich vielfältige Aufgaben der sozialen und kulturellen Integration

übernehmen müssen. Dies lässt sich z. B. an ihren deutlich von den jeweiligen Gesamtstädten abweichenden Sozialindikatoren ablesen.

Im Berichtszeitraum sind durch die Zuwanderung vermehrt einkommensschwächere Haushalte in die Quartiere gezogen. Trotz der positiven Wirtschaftsentwicklung und der steigenden Teilnahme am Arbeitsmarkt, sind auch weiterhin die Zahl und der Anteil der Personen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind in allen Programmgebieten die Mietpreise im Vergleich zu den Gesamtstädten überproportional weiter angestiegen. Dies dürfte vor allem bei Haushalten mit geringen Einkommen zu starker Belastung führen.

Insgesamt zeigt das vorliegende Monitoring trotz der großen Heterogenität der Programmgebiete, dass die soziale Stadtteilentwicklung dringend weiter gebraucht wird und die hierfür eingesetzten Mittel der Städtebauförderung eine sehr große Bedeutung für die Umsetzung haben. So sind einige der aufgeführten Programmgebiete bereits seit Beginn in das Städtebauförderprogramm aufgenommen und dennoch zeigen die analysierten Kontextindikatoren anhaltenden Handlungsbedarf. Festzustellen ist, dass die demographischen Trends und die Arbeitsmarktentwicklung stets neue Herausforderungen generieren und neue Lösungsansätze entwickelt werden müssen.

Die Betrachtung der Indikatoren zeigt ferner, dass in den Programmgebieten der Sozialen Stadt vielfältige und komplexe Bedarfe und Herausforderungen bestehen bzw. sich Problemlagen verfestigt haben. Entsprechend gilt auch weiterhin, an dem bewährten sozialraumorientierten und ressortübergreifenden Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ festzuhalten und die Zusammenarbeit der verschiedenen am Prozess beteiligten Fachämter sowie die Kooperation mit den Akteuren aus den Programmgebieten weiter zu stärken und zu professionalisieren.

Dabei ist die Bereitstellung von kleinräumigen Daten essentiell für die Erarbeitung von lokal angepassten Strategien. Bedauerlich ist, dass heute schon wichtige und in Zukunft wahrscheinlich an Bedeutung gewinnende Themen der sozialen Gerechtigkeit bei der vorgefundenen Datenlage nicht zufriedenstellend erfasst und abgebildet werden können. Wünschenswert wäre daher, dass zukünftige Monitoringberichte diesbezüglich Fortschritte vermelden können und sich das Städtenetz Soziale Stadt NRW in dieser Hinsicht weiter engagiert.

1. Einleitung

1.1 Zielsetzung des indikatorengestützten Monitorings

Am Städtenetz Soziale Stadt NRW sind derzeit 39 Kommunen, die im gleichnamigen Städtebauförderprogramm beteiligt sind (oder waren) angeschlossen. Das Städtenetz dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen sowie der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit zu Belangen und Erfolgen des Programms „Soziale Stadt“.[2] Hierzu führt das Städtenetz regelmäßig Studien und Analysen durch, bzw. beauftragt diese. Bereits 2008 und 2013 veröffentlichte das Städtenetz Studien zu den sozialen Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung.[3] Durch das damals im Kontext der Evaluation der „Sozialen Stadt“ in NRW entstandene statistische Monitoring sollten die Rahmenbedingungen der Aktivitäten in den Programmgebieten beleuchtet, ein Vergleich der einzelnen Gebiete ermöglicht, aber auch die Bandbreite der Situationen in den Gebieten verdeutlicht werden.

Mit dem ersten Monitoring, das den Zeitraum 2002-2004 betrachtete, wurde eine Reihe von statistischen Indikatoren gebildet. Diese wurden mit der ersten Fortschreibung für den Betrachtungszeitraum 2006-2009 weiterentwickelt. Bereits bei der zweiten Analyse wurde deutlich, dass nicht ohne weiteres Zeitreihen für den Gesamtzeitraum seit 2002 gebildet werden können. Zu sehr variieren die jeweils teilnehmenden Gebiete. Hinzu kommen punktuelle Neuabgrenzungen einzelner statistischer Daten. Insofern stehen die jeweiligen Betrachtungszeiträume für sich. Mit der hier vorliegenden zweiten Fortschreibung des Monitorings wird der Zeitraum 2014-2017 in den Vordergrund gerückt, wobei soweit verfügbar auch Daten für 2018 einbezogen wurden.

Mit dem aktuellen Monitoring wurden das Indikatorensetting der vorhergehenden Analysen weiterentwickelt. Schwer interpretierbare oder aufgrund von Autokorrelationen zwischen den Indikatoren redundante Statistiken wurden herausgenommen. Auch der Charakter der vorliegenden Veröffentlichung weicht von dem der vorhergehenden Monitorings ab. Handelte es sich zuvor um eine umfangreiche Darstellung aller erfassten Indikatoren, wird nun der Fokus auf einer Auswahl aussagekräftiger Daten und deren Interpretation liegen. Dies ist auch möglich, da parallel ein Web-Tool erstellt wird, in dem von den Kommunen des Städtenetzes weitere, im Bericht nicht dargestellte Auswertungen abgerufen werden können.

Der Vergleich zwischen den Programmgebieten nimmt weiterhin einen hohen Stellenwert in der Analyse der Kontextbedingungen der Sozialen Stadt ein. Er soll auch Wegbereiter sein für einen Austausch zwischen den Verantwortlichen für ähnlich strukturierte Gebiete. Neben der Vergleichbarkeit der ausgewählten Indikatoren wird mit diesem Monitoring erstmals auch die Bau- und Siedlungsstruktur in Form von sechs Gebietstypen als Vergleichsebene eingeführt. Sie erleichtern es

[2] Die sechs Programme der Städtebauförderung wurden zum Jahr 2020 in drei Programme unter Beibehaltung der Förderinhalte umstrukturiert. Das bisherige Programm "Soziale Stadt" wird mit dem neuen Programm "Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten" weiterentwickelt. Die Programmziele bleiben bestehen.
Aufgrund des Betrachtungszeitraums 2014-2017 der vorliegenden Studie, wird im Bericht weiterhin die Bezeichnung "Soziale Stadt" verwendet.

[3] Städtenetz Soziale Stadt NRW (2008): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung (abrufbar unter: https://www.soziale-stadt-nrw.de/das-staedtenetz/bericht_soziale-kontextbedingungen-2002_2004_ausgabe-20008-1.pdf); Städtenetz Soziale Stadt NRW (2013): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung 2006-2009 (abrufbar unter: https://www.soziale-stadt-nrw.de/das-staedtenetz/bericht_soziale-kontextbedingungen-2006_2009_ausgabe-2013-1.pdf)

nicht nur, „ähnliche“ Gebiete zu identifizieren, sondern dienen auch als Hintergrund für die Interpretation der Indikatoren.

Mit dem Monitoring sollen Unterschiede, aber auch gemeinsame Entwicklungstendenzen der Programmgebiete beleuchtet werden. Aufgrund der individuellen Rahmenbedingungen, Programmschwerpunkte und Maßnahmen in den Gebieten müssen im Rahmen dieser zweiten Fortschreibung die Erklärungsansätze für diese Beobachtungen jedoch thesenhaft bleiben. Dennoch sollen mit diesem Bericht auch mögliche Interpretationen und Ursachen diskutiert werden. Diese können der Leserin oder dem Leser Anhaltspunkte liefern, um (mit eigener Detailkenntnis) die Entwicklung ausgewählter Gebiete nachzuvollziehen.

1.2 Vorgehen

Der gesamte Prozess zur zweiten Fortschreibung des Monitorings wurde durch eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von zehn Kommunen des Städtenetzes Soziale Stadt NRW begleitet, in welcher Mitarbeitende aus den Bereichen "Stadterneuerung", "Soziales" sowie "Statistik" vertreten waren. In den Arbeitsgruppensitzungen wurden die Indikatorenauswahl diskutiert und festgelegt, die Datenanfrage konkretisiert, die ersten Datenauswertungen vorgestellt und kommentiert sowie der Abschlussbericht abgestimmt.

Bei allen Kommunen des Städtenetzes Soziale Stadt NRW wurde ihre Bereitschaft, am indikatorengestützten Monitoring teilzunehmen, erfragt. Die teilnehmenden Kommunen stellten dann auf Basis einer Datenanfrage die in der Analyse verwendeten Daten zur Verfügung. Der größte Teil der Daten wurde über die kommunalen Statistikstellen bereitgestellt. In manchen Fällen mussten zusätzlich Daten von den jeweiligen Fachbereichen beschafft werden. Kreisangehörige Gemeinden waren zudem teils auf die Datenbereitstellung durch die Landkreise angewiesen (z. B. Gesundheitsdaten). Darüber hinaus wurden auch Informationen außerhalb des kommunalen Zuständigkeitsbereichs abgefragt. Hierzu zählen z. B. Schuldaten (amtliche Schulstatistik des Landes, IT.NRW) sowie Arbeitsmarktdaten (Bundesagentur für Arbeit). Zusätzlich zu den kommunalen statistischen Daten wurde das Monitoring um Mietpreisdaten ergänzt, die von einem externen Anbieter angekauft wurden. Hierdurch ist eine differenzierte Betrachtung des Themas „Wohnen“ möglich.

Zusätzlich wurden bei den Kommunen qualitative Einschätzungen zu den Programmgebieten erfragt, die die Grundlage für die Einteilung der Gebietstypen bildete. Sie wurden teilweise durch die Auswertung von Karten- und Luftbildern konkretisiert.

Die Datenauswertung erfolgte auf unterschiedlichen Ebenen. Die einzelnen Indikatoren wurden jeweils für die Programmgebiete und für die Gebietstypen (Durchschnitt der Gebiete des Typs) analysiert. Zudem wurden mehrere Indikatoren zur sozialen Lage zu zwei Indizes zusammengeführt, die die Programmgebiete vergleichen sowie deren Entwicklung in den jeweiligen gesamtstädtischen Kontext setzen. Für jedes der teilnehmenden Programmgebiete wurden die individuellen Daten zu einem Gebietsprofil zusammengefasst und den jeweiligen Kommunen zur Verfügung gestellt.

1.3 Teilnehmende Kommunen und Gebiete

Bandbreite der teilnehmenden Programmgebiete und Städte

Am Monitoring nahmen 21 Mitgliedskommunen aus dem Städtenetz Soziale Stadt NRW teil. Sie stellten Daten für 45 Programmgebiete bereit. Vertreten sind Großstädte der Rheinschiene ebenso wie des Ruhrgebiets. Knapp die Hälfte der teilnehmenden Kommunen sind Mittelstädte, wobei Baesweiler mit rund 28.500 Einwohnerinnen und Einwohnern die kleinste und Witten mit knapp 98.800 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte der Mittelstädte ist (Abb. 1). Damit bilden die Kommunen im Monitoring auch die Bandbreite der am Programm „Soziale Stadt“ beteiligten Kommunen in NRW ab.

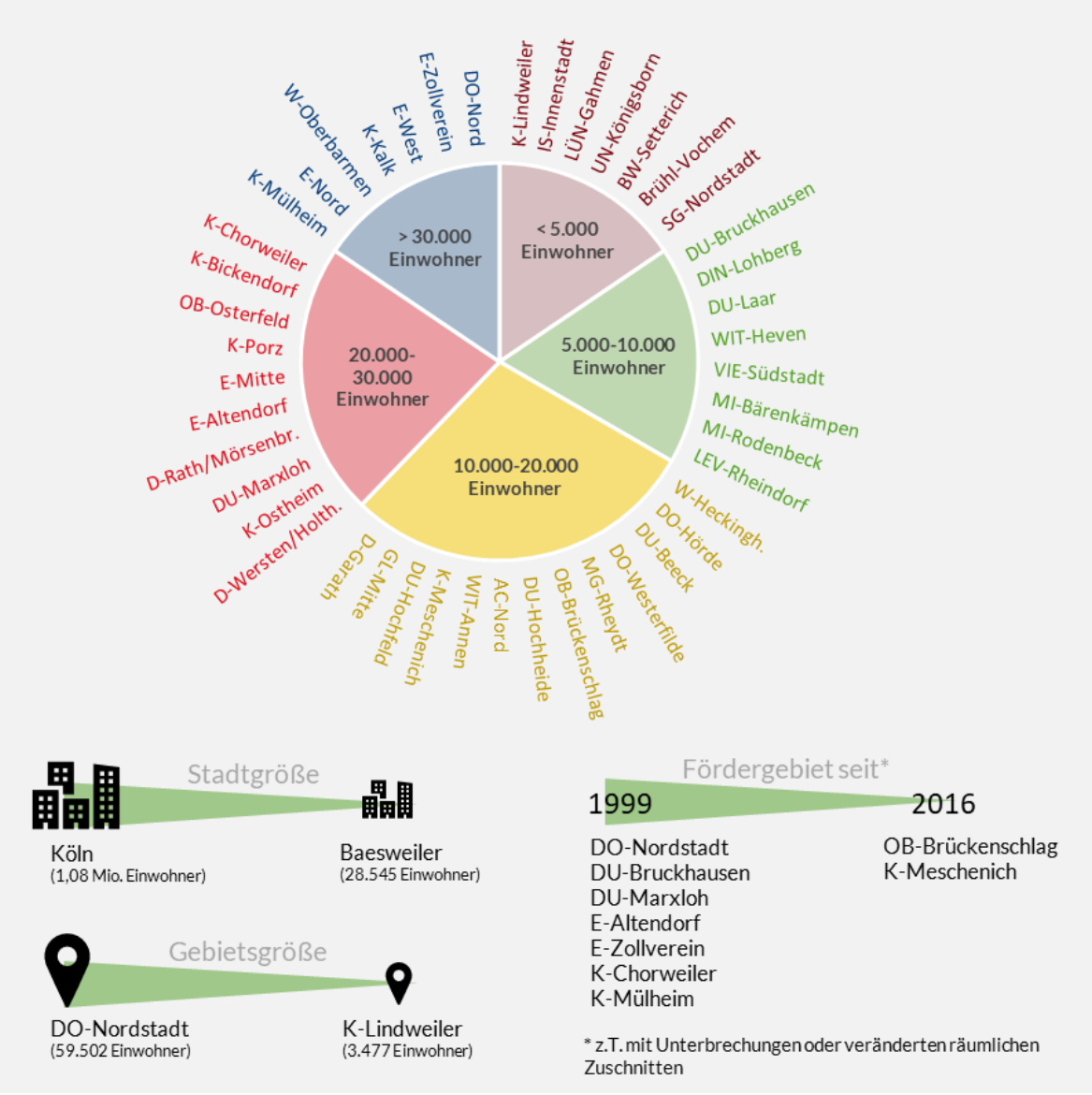


Abb. 1: Bandbreite sowie Größenklassen der Städte und Programmgebiete im Monitoring
Quelle: eigene Darstellung
Anmerkung: Das Programmgebiet Dortmund-Westerfilde ist kleiner als hier angegeben, siehe Hinweise in Kapitel 8.3

Die Programmgebiete im Monitoring verteilen sich ungleichmäßig über die Kommunen. Köln mit acht Gebieten, Duisburg mit sechs Gebieten und Essen mit fünf Gebieten sind deutlich überrepräsentiert. Nicht nur bei den teilnehmenden Städten, sondern auch bei den Programmgebieten im Monitoring zeigt sich eine große Bandbreite in der Bevölkerungszahl.[4] Die Dortmunder Nordstadt ist als größtes der einbezogenen Gebiete mehr als doppelt so groß wie die am Monitoring teilnehmende Stadt Baesweiler. Hingegen liegt bei einem Drittel der Gebiete die Bevölkerungszahl unter 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Einige der im Monitoring betrachteten Gebiete gehörten zu den ersten Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ in Deutschland. Auch ehemalige Fördergebiete (z. B. Essen-Altendorf) wurden ins Monitoring einbezogen. Andere Programmgebiete, wie Oberhausen-Brückenschlag, sind neu im Programm.

Typisierung der Programmgebiete

Spezifische Quartiers- und Baustrukturen und das damit verbundene Wohnraumangebot bzw. die Lagequalitäten der Quartiere sowie die Einbettung der Gebiete in das gesamtstädtische Gefüge können zentrale Unterscheidungsmerkmale sein, die die soziodemographische Zusammensetzung der Bewohnerschaft in den Quartieren beeinflussen. Vor dem Hintergrund dieser Annahme wurde eine Typisierung der Programmgebiete nach eben jenen Merkmalen vorgenommen. Im Hinblick auf die große Vielfalt der Programmgebiete bietet die Typisierung bei den folgenden Auswertungen einen stabilen wiederkehrenden Rahmen für den Vergleich der Programmgebiete untereinander. Angesichts der formulierten Grundannahme schafft die Typisierung darüber hinaus eine zusätzliche Interpretationsebene. Die Ergebnisse des Monitorings können detaillierter beschrieben und in die Gesamtzusammenhänge der spezifischen sozialen Stadtteilentwicklung eingeordnet werden.

Die Gebietstypen wurden auf der Grundlage qualitativer Einschätzungen der Verantwortlichen in den jeweiligen Kommunen sowie ergänzender Recherchen abgegrenzt. In die Typisierung flossen Merkmale der Quartiers- und Baustrukturen sowie zu den Lagequalitäten ein. Zudem wurde zwischen Programmgebieten in Groß- oder Mittelstädten unterschieden. Die Gebietstypen werden nachfolgend beschrieben. In den folgenden Kapiteln werden die Gebietstypen wiederkehrend in den Auswertungen aufgeführt. Entsprechend ihrer Farbgebung sind sie in den Kapiteln und Abbildungen strukturgebend.[5]

[4] Für eine detaillierte Darstellung der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner siehe Kapitel 2, Abb. 5.
[5] Eine Liste der Programmgebiete mit deren vollständigen Titeln, der Zuordnung zu den Gebietstypen und den in den Abbildungen verwendeten Kurzbezeichnungen findet sich im Anhang.

Innerstädtischer gemischt genutzter Stadtteil (Großstadt)

Innerstädtischer Stadtteil (GS)

Neun Programmgebiete: AC-Nord, DO-Nord, DU-Hochfeld, E-Mitte, K-Mülheim, OB-Brückenschlag, SG-Nordstadt, W-Heckingh., W-Oberbarmen

Charakteristika: Großstädtische Programmgebiete, die am Rande der Innenstädte bzw. sehr zentral und innenstadtnah liegen. Gründerzeitliche Gebäude und/oder einfachere Wohngebäude der Nachkriegszeit in Blockrandbebauung prägen das städtebauliche Bild. Kennzeichnend ist eine hohe Nutzungsmischung mit einem dichten Nebeneinander von Wohnen, Einzelhandel, Dienstleistungen und Gewerbe sowie teilweise Industrie.

Gemischt genutzter Stadtteil mit eigenständiger Zentrumsstruktur (Großstadt)

Stadtteil mit Zentrum (GS)

Sieben Programmgebiete: DO-Hörde, D-Rath/Mörsenbr., DU-Beeck, E-Altendorf, K-Kalk, MG-Rheydt, OB-Osterfeld

Charakteristika: Großstädtische Programmgebiete, die eher am Stadtrand, abseits der Zentren liegen. Die Programmgebiete sind raumstrukturell sowie funktional weniger stark auf die City ausgerichtete und verfügen über eigenständige Versorgungs- und Zentrumsstrukturen. Das Stadtbild wird durch Wohnquartiere in Blockrandbebauung sowie Zeilenbauweise dominiert. Darüber hinaus prägt ein hoher Grad an Nutzungsmischung die Gebiete. Ähnlich wie in den „innerstädtischen Stadtteile (GS)“ liegen Flächen für Wohnen, Einzelhandel, Dienstleistungen und Gewerbe sowie teilweise Industrieflächen dicht beieinander.

Stark durch Industrie beeinträchtigter Stadtteil (Großstadt)

Industrie-Stadtteil (GS)

Fünf Programmgebiete: DU-Bruckh., DU-Laar, DU-Marxloh, E-Nord, E-Zollverein

Charakteristika: Die Programmgebiete weisen ähnliche Merkmale wie die Stadtteile mit Zentren auf. Sie liegen ebenfalls eher am Stadtrand, mit eigenständigen Versorgungs- und Zentrumsfunktionen. Die einfachen Wohnquartiere aus der Nachkriegszeit sind überwiegend in Blockrandbebauung und Zeilenbauweise angelegt. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal ist die Dominanz industriell genutzter Flächen in den und/oder in unmittelbarerer Umgebung der Stadtteile. Diese können aufgrund ihrer Lage bzw. ihrer Auswirkungen auf das direkte Umfeld als Hemmnisse der Stadtteilentwicklung gewertet werden. Als bauliche Barrieren verhindern die Industrieanlagen zusätzlich die Anbindung an andere Stadtteile.

Wohnsiedlung, teilweise mit städtebaulicher Dominanz des Geschosswohnungsbaus (Großstadt)

Wohnsiedlung (GS)

Zwölf Programmgebiete: D-Garath, DO-Westerfilde, DU-Hochheide, D-Wersten/Holth., E-West, K-Bickendorf, K-Chorweiler, K-Meschenich, K-Ostheim, K-Porz, LEV-Rheindorf, K-Lindweiler

Charakteristika: Der Geschosswohnungsbau dominiert das städtebauliche Erscheinungsbild dieser Programmgebiete. Oftmals handelt es sich um eine dichte, sehr hochgeschossige, relativ homogene Bebauung, teils mit angrenzenden Siedlungen in Zeilenbauweise und/oder Einfamilienhausgebieten. Die Wohnsiedlungen sind überwiegend Standorte am Stadtrand, ohne eine ausdifferenzierte Nutzungsmischung.

Innenstadt (Mittelstadt)

Innenstadt (MS)

Drei Programmgebiete: GL-Mitte, IS-Innenstadt, VIE-Südstadt

Charakteristika: Die Programmgebiete liegen sehr zentral gelegen im Zentrum der Mittelstädte. Bautypologisch dominieren daher Gebäude unterschiedlichen Baualters in Blockrandbebauung, sowie vereinzelt in Zeilenbauweise oder Einfamilienhäuser. Aufgrund der Zentrenfunktion ist ein hoher Grad an Nutzungsmischung kennzeichnend. Neben dem Wohnen befinden sich in diesen Gebieten Einzelhandel- und Dienstleistungsangebote sowie Flächen für die Büronutzung.

Wohnsiedlung (Mittelstadt)

Wohnsiedlung (MS)

Neun Programmgebiete: Brühl-Vochem, BW-Setterich, DIN-Lohberg, LÜN-Gahmen, MI-Bärenkämpen, MI-Rodenbeck, WIT-Annen, WIT-Heven, UN-Königsborn

Charakteristika: Diese Programmgebiete liegen außerhalb der Zentren der Mittelstädte. Sie sind vorwiegend Wohnstandorte mit ergänzenden Angeboten für die Nahversorgung. Gewerbe- und Industrieeinheiten sind selten. Es überwiegen Wohnsiedlungen in Zeilenbauweise, vereinzelt hochgeschossig und Einfamilienhäuser.

1.4 Rahmenbedingungen und überregionale Entwicklungstrends im Betrachtungszeitraum

Die Entwicklung in den Programmgebieten im Monitoring ist nicht isoliert zu betrachten. Die Gebiete werden nicht nur von Entwicklungen in der Gesamtstadt beeinflusst, sondern auch von deutschlandweiten Geschehnissen und Trends, welche den Hintergrund bei der Analyse der Daten aus den Programmgebieten bilden. Der Betrachtungszeitraum 2014-2017 war von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Konjunkturell befand sich Deutschland in einer recht stabilen Phase und vor allem zum Ende des Zeitraums in positiven wirtschaftlichen Entwicklungstrends. Dies verbindet sich mit im Bundesdurchschnitt stetig sinkenden Arbeitslosenquoten (Abb. 2). Für die Betrachtung der Gebiete der Sozialen Stadt ergibt sich daraus die Frage, inwiefern diese an den positiven wirtschaftlichen Trends partizipieren konnten oder, ob sie sich eher noch weiter von diesen abgekoppelt haben.

Die Zuwanderung nach Deutschland war im Zeitraum 2014-2017 von zwei Entwicklungen geprägt. Bereits seit deren EU-Beitritt 2007 stieg die Zahl der Zuwandernden aus Rumänien und Bulgarien. Mit dem Eintreten der vollen EU-Arbeitsmarktfreizügigkeit 2014 stieg insbesondere die Zuwanderung aus Rumänien noch einmal sprunghaft an (Abb. 3). Begleitet wurde bereits der Beitrittsprozess von Diskussionen und Befürchtungen, die Freizügigkeit könnte zu einer hohen Belastung der Sozialsysteme führen. Als Reaktion wurde der Bezug von Arbeitslosengeld II für Zugewanderte, die sich zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten, für fünf Jahre ausgeschlossen (§ 7 Abs. 1 SGB II). Im Betrachtungszeitraum des Monitorings erlangten somit schrittweise die in den ersten Jahren nach dem EU-Beitritt aus Rumänien und Bulgarien Zugewanderten Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II. Für die nach 2014 zur Arbeitssuche zugewanderten Personen gilt dies erst seit 2019.

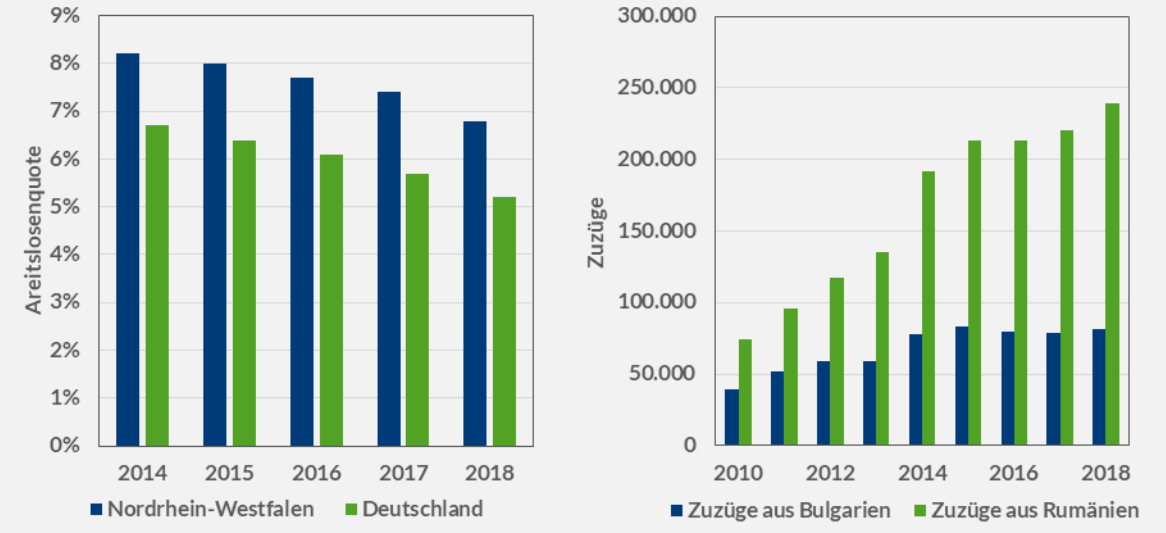


Abb. 2 (links): Entwicklung der Arbeitslosenquote in Deutschland und Nordrhein-Westfalen
Abb. 3 (rechts): Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland
Datengrundlage: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt

Die Jahre 2015 und 2016 waren in der Entwicklung der Zuwanderung und der gesellschaftlichen und politischen Debatte von der Zuwanderung von Geflüchteten geprägt. Insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien ließ die Zahl der in Deutschland Schutzsuchenden seit 2015 deutlich ansteigen (Abb. 4). Zur Unterbringung wurden in vielen Städten kurzfristig Unterkünfte geschaffen und dafür zum Teil leerstehende öffentliche Gebäude (beispielsweise ehemalige Schulen), aber auch Turnhallen zwischengenutzt. Solche neuen oder temporären Unterkünfte können zu sichtbaren „Sprüngen“ in der kleinräumigen Statistik der jeweiligen Stadtteile führen. Aber auch darüber hinaus wird die Flüchtlingszuwanderung in der Statistik, etwa in den kommunalen Wanderungszahlen, sichtbar. Für das Monitoring müssen zum einen Sondereffekte durch (kurzzeitige) Flüchtlingsunterkünfte berücksichtigt werden. Zum anderen stellt sich insbesondere die Frage, inwieweit sich der Zuzug von Geflüchteten auch auf andere Weise in den Programmgebieten bemerkbar macht.

Nach langjähriger Stagnation kommt es ungefähr seit dem Jahr 2008 wieder zu stärkeren Preissteigerungen am Wohnungsmarkt in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen stiegen die Preise für inserierte Mietwohnungen (Angebotspreise ohne Neubau) zwischen 2010 und 2018 um durchschnittlich 23 % (NRW.Bank 2019, S. 45). Auch wenn die öffentliche Diskussion dies zum Teil suggerieren mag, ist die zunehmende Anspannung der Wohnungsmärkte nicht flächendeckend für alle Städte und Kreise festzustellen. Vielmehr besteht ein Nebeneinander der teuren (Metropol-)Regionen und solchen mit vergleichsweise geringen Wohnkosten. Steigende Wohnkosten können gerade für Haushalte mit geringen Einkommen zu einem Problem werden. Insofern stellt sich für das Monitoring die Frage, wie sich die Wohnkosten in den Gebieten in Relation zur jeweiligen Gesamtstadt darstellen und ob sich in den Gebieten Mietpreissteigerungen feststellen lassen.

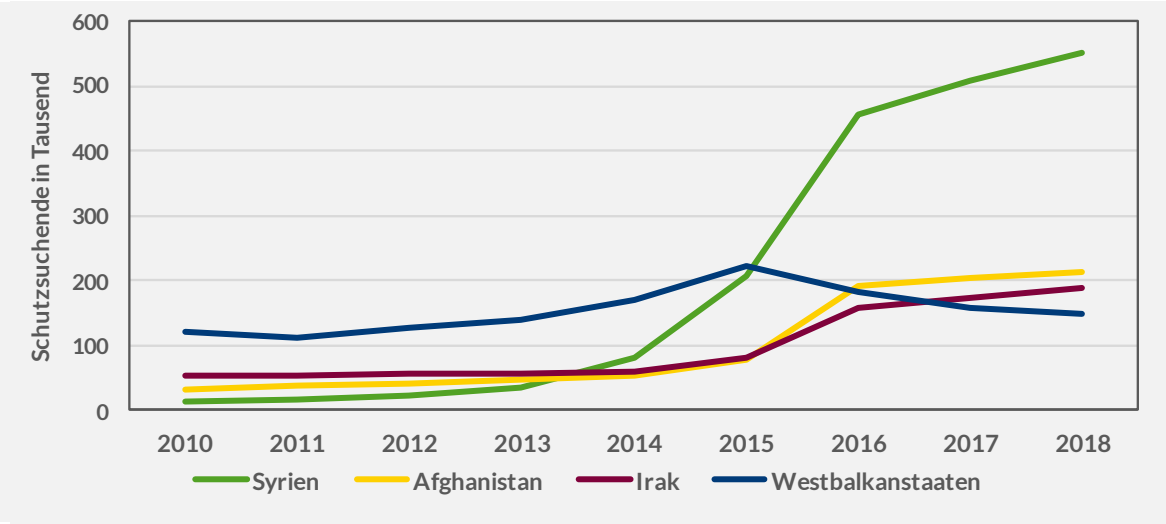


Abb. 4: Schutzsuchende in Deutschland nach ausgewählten Nationalitäten
Datengrundlage: Statistisches Bundesamt

2. Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der Altersstruktur

Im Durchschnitt leben rund 18.000 Personen in den Gebieten der Sozialen Stadt, wobei die Bandbreite zwischen den Gebieten groß ist (Kapitel 0). Die Gebiete der Sozialen Stadt nehmen mehrheitlich am generellen Wachstum der Ballungsräume und Städte in den letzten Jahren teil. In fast allen Programmgebieten ist die Bevölkerungszahl seit 2014 angestiegen (Abb. 5, Abb. 6). Das Bevölkerungswachstum in den Gebieten wird indes nicht durch einen parallelen Anstieg der Wohnungszahl und der Wohnfläche begleitet. Dies bedeutet eine zunehmende Bevölkerungsdichte und kann auch mit mehr beengten Wohnverhältnissen einhergehen (Kapitel 5). Die Gebiete der Sozialen Stadt nehmen teils sehr verschiedene Funktionen im gesamtstädtischen Gefüge der unterschiedlichen Quartiere ein, die jeweils mit eigenen Mustern der Bevölkerungszusammensetzung und -dynamik korrelieren.

Auslandszuwanderung prägt die Bevölkerungsentwicklung

In den vergangenen Jahren hat die Auslandszuwanderung in vielen Regionen Deutschlands zugenommen und prägt vielerorts das Zuwanderungsgeschehen. Da die Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren in wesentlichem Maße durch den Zuzug von Geflüchteten sowie die Zuwanderung aus Südosteuropa bestimmt wurde, wird sie zu großem Anteil von einkommensschwächeren Personen getragen. Für diese bieten die preisgünstigeren Wohnungen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt bezahlbaren Wohnraum. Zudem bestehen in der Regel in migrantisch geprägten Stadtteilen für diese Bevölkerungsgruppe lokale Netzwerke mit Unterstützungsstrukturen. Manche der Programmgebiete der Sozialen Stadt werden daher von zugewanderten Neubürgerinnen und Neubürgern als Ankunftsstadtteile gewählt. Die Programmgebiete haben dementsprechend eine Integrationsaufgabe zu leisten. Wechselnde Zuwanderungsströme werden quantitativ und hinsichtlich der Zusammensetzung der lokalen Bewohnerschaft zunächst in diesen Quartieren sichtbar. Häufig sind die Dynamik und auch die Fluktuation der Bewohnerschaft in diesen Quartieren hoch.

Dies gilt v. a. für die Quartiere in Großstädten. Insbesondere die „innerstädtischen Stadtteile (GS)“ sowie jene in den altindustriell-geprägten Städten des Ruhrgebiets („Industrie-Stadtteile (GS)“) verzeichneten im Beobachtungszeitraum einen sehr starken Bevölkerungsanstieg. Mit jeweils durchschnittlich 5,6 % liegt der Zuwachs über dem Mittel der Gesamtstädte. So fiel in Duisburg-Marxloh und Duisburg-Hochfeld der Bevölkerungsanstieg sogar mehr als drei Mal so hoch aus, wie in der Gesamtstadt. Dabei ist in diesen Gebietstypen der prozentuelle Anteil der zugewanderten Personen von außerhalb der Stadt überdurchschnittlich hoch (Abb. 7). Über zwei Drittel der Personen, die in die „Industrie-Stadtteile (GS)“ und knapp 60 % der zugewanderten Personen in „innerstädtischen Stadtteile (GS)“ sind neu in die jeweilige Stadt gezogen. Zwar wird hierbei noch keine Unterscheidung hinsichtlich der Nationalität der zugewanderten Personen gemacht, ausgehend vom hohen Anteil bereits ansässiger ausländischer Bevölkerung ist aber anzunehmen, dass das Bevölkerungswachstum vor allem auf die internationale Zuwanderung zurückzuführen ist (Kapitel 4).

Marktanspannung hat Auswirkung auf die Programmgebiete

Auffällig ist, dass das Bevölkerungswachstum der Programmgebiete in Städten mit stark angespannten Wohnungsmärkten (v.a. Köln, Düsseldorf) deutlich geringer ausfällt. Zwar ist das gesamtstädtische Bevölkerungswachstum in diesen Städten am höchsten, die Wachstumsquoten der Programmgebiete liegen dort aber unterhalb des gesamtstädtischen Mittels und eher im unteren Drittel aller Programmgebiete. Gleichzeitig ist die Zuwanderung in diese Quartiere weniger stark von Neuankömmlingen in der Stadt getragen. Zunächst wäre eine mögliche Erklärung, dass das Bevölkerungswachstum und die Marktanspannung in diesen Städten bereits seit längerer Zeit anhalten. Infolgedessen könnte der Wohnungsleerstand in diesen Quartieren bereits in der Vergangenheit zurückgegangen sein, sodass sich diese Programmgebiete nun nicht mehr überproportional zum gesamtstädtischen Bevölkerungswachstum entwickeln (können), insbesondere wenn gleichzeitig der Neubau im Umfang hinter dem städtischen Durchschnitt zurückbleibt (Kapitel 5). Ferner bieten die wirtschaftsstarken Städte Düsseldorf und Köln ein attraktives Arbeitsplatzangebot und sind beliebte Hochschulstädte. Die Zuwanderung ist eher geprägt von der bildungs- und arbeitsmarktorientierten Binnenzuwanderung jüngerer Personen. Diese sind häufig weniger preissensibel bei der Wahl ihrer Wohnstandorte und präferieren attraktive innerstädtische Quartiere und seltener die preisgünstigeren Programmgebiete der Sozialen Stadt.

Hohe Fluktuation bei oftmals stabilen Kernen

Eine Herausforderung für die Quartiere und die erfolgreiche Programmumsetzung der Sozialen Stadt ist die hohe Fluktuation der Bevölkerung in einigen der Quartiere. Sehr stark vereinfacht zeigt dies die rechnerische Dauer für den vollständigen Austausch der Bevölkerung.[6] Demnach würde es im Duisburger Programmgebiet Laar auf der Grundlage des derzeitigen Fortzugsgeschehens ca. sechs Jahre dauern, bis die ansässige Bevölkerung einmal vollständig ausgetauscht wäre (Durchschnitt der „Industrie-Stadtteile (GS)“: 13 Jahre). Im Gegensatz würde sich die Bevölkerung im mittelstädtischen Dinslaken-Lohberg erst binnen 32 Jahren austauschen (Durchschnitt der „Wohnsiedlungen (MS)“: 23 Jahre). Die Stabilität der Stadtteile variiert demnach stark. Eine überdurchschnittliche Wanderungsintensität zeichnet vor allem die „Industrie-Stadtteile (GS)“ und „innerstädtischen Stadtteile (GS)“ sowie die „Stadtteile mit Zentrum (GS)“aus.

Hinsichtlich der Stabilität der Quartiere ist zudem zu beachten, dass es dennoch auch in Stadtteilen mit einer hohen Fluktuation Bevölkerungsteile gibt, die bereits seit mehreren Jahren dort wohnhaft sind und denen einen große Quartiersbindung zugeschrieben werden könnte (Abb. 8). So leben in der Dortmunder Nordstadt trotz hoher Wanderungsintensität über 40 % der volljährigen Bevölkerung bereits seit mehr als zehn Jahren im Stadtteil. Im teils studentisch geprägten Programmgebiet Aachen-Nord ist die Quartiersbindung bei ähnlicher Wanderungsintensität deutlich geringer. Etwa drei Viertel der Bewohnerschaft sind binnen der letzten zehn Jahre neu zugezogen. Auffällig ist, dass vor allem in den Dortmunder und Duisburger Programmgebieten der Anteil der angestammten Bevölkerung hoch ist. Diese Gebiete sind zum Teil bereits seit längerer Zeit im Programm „Soziale Stadt“. Von daher bleibt die Frage offen, ob der hohe Anteil von Personen mit mehrjähriger

[6] Für das Rechenbeispiel wird die durchschnittliche Zahl der Hauptwohnbevölkerung der Jahre 2014 bis 2018 ins Verhältnis zu der durchschnittlichen Zahl der Fortzüge aus den Quartieren in den Jahren 2014 bis 2018 gesetzt. Das Ergebnis gibt an, nach wie vielen Jahren jede Person fortgezogen wäre. Das Ergebnis ist stark vereinfacht und unterliegt insofern Einschränkungen. Beim Vergleich der Stadtteile ist es dennoch geeignet, um die Größendimensionen der Fortzüge vergleichbar und interpretierbar zu machen.

Wohndauer im Quartier ein positiver Ausdruck der Stabilität des Quartiers ist, oder vielmehr dort Personen wohnhaft sind, deren Lebenssituation sich nicht verbessert hat und sie insofern im negativen Sinne an das Quartier gebunden sind. Dabei gilt ferner zu beachten, dass die Wohndauer auch Ausdruck der fortschreitenden Alterung der Quartiere sein kann. Der Anteil der älteren, weniger mobilen Bevölkerungsgruppen liegt in den „Wohnsiedlungen (GS)“ über dem Schnitt der Programmgebiete (Abb. 10). In diesen Quartieren liegt zugleich bei unterdurchschnittlicher Wanderungsintensität der Anteil der langjährig wohnhaften Bevölkerung bei 40 %.

Kinderreiche „Durchgangsstadtteile“?

Die Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen nimmt einen wichtigen Stellenwert in der Programmumsetzung ein, denn die Gebiete der Sozialen Stadt in NRW sind relativ kinderreiche Wohnquartiere. 2018 waren durchschnittlich 19,5 % der Bevölkerung in den Programmgebieten nicht volljährig, in den Gesamtstädten waren es lediglich 16,2 % (Abb. 10). Gegenüber 2014 hat der Anteil der unter 18-Jährigen in den meisten Programmgebieten – wenn auch in geringem Ausmaß – weiter zugenommen und das Durchschnittsalter der Bevölkerung ist gesunken (Abb. 9). Die anteilsmäßige Zunahme der Kinder und Jugendlichen ist in den meisten Fällen auf die Zuwanderung junger Familien und Kinder zurückzuführen, aber weniger auf die Alterung und Sterblichkeit der höheren Altersgruppen.

Besonders hoch ist der Anteil der Kinder in den „Industrie-Stadtteilen (GS)“ des Ruhrgebiets. Im Schnitt ist etwas mehr als jede fünfte Person in den „Industrie-Stadtteilen (GS)“ unter 18 Jahre alt (22,1 %). Vor allem in den Duisburger Programmgebieten Bruckhausen, Marxloh und Hochfeld leben besonders viele Kinder und Jugendliche. Eine mögliche Erklärung bietet die Zusammensetzung der ansässigen Bevölkerung. Hier leben häufiger als andernorts Haushalte aus einem migrantischen Milieu mit überdurchschnittlich vielen Kindern. Beispielsweise leben in jedem zehnten Haushalt in Duisburg-Bruckhausen drei oder mehr Kinder. Im Schnitt aller Programmgebiete trifft dies auf jeden 24. Haushalt und für die Städte auf etwa jeden 45. Haushalt zu.

Gegenüber 2014 und entsprechend der positiven Bevölkerungsentwicklung hat die Zahl der Kinder in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Besonders gilt dies für die Stadtteile in den Städten des Ruhrgebiets (v.a. Essen, Duisburg und Dortmund) sowie manche „innerstädtischen Stadtteile (GS)“ (Wuppertal-Oberbarmen, Solingen-Nordstadt) und Wohnsiedlungen in Mittelstädten. Allerdings war zeitgleich die Fortzugsintensität der unter 10-Jährigen in eben diesen Programmgebieten stark ausgeprägt (Abb. 11). Außerdem hat mit Ausnahme weniger großstädtischer „Wohnsiedlungen (GS)“ die Zahl der deutschen Kinder in nahezu allen Quartieren abgenommen. Besonders stark rückläufig war die Zahl der deutschen Kinder bis fünf Jahre in den Wohnsiedlungen der Mittelstädte (v.a. Minden), den Duisburger Quartieren Marxloh und Bruckhausen sowie in einigen „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“ (Duisburg-Hochfeld, Dortmund-Nord, Oberhausen-Brückenschlag, Aachen-Nord, Wuppertal-Heckinghausen). Der Bevölkerungszuwachs bei den Kindern ist daher vorwiegend auf die überproportionale Zunahme ausländischer Kinder zurückzuführen.

Der Fortzug von Familien (und mit ihnen der Kinder) aus den Gebieten kann unterschiedliche Ursachen haben. Zum einen können wahrgenommene soziale Probleme in den Quartieren dazu führen, dass Familien nach Möglichkeit das Gebiet verlassen. Zum anderen handelt es sich bei den Gebieten mit hoher Fortzugsintensität der Kinder vielfach um innenstadtnahe Gebiete. Auch in solchen Quartieren, die nicht zu den Programmgebieten der Sozialen Stadt zählen, ist die

Fortzugsintensität von Kindern in der Regel verhältnismäßig hoch. Dabei spielt das Wohnungsangebot (Wohnungsgrößen) ebenso eine Rolle wie die Wohnwünsche der Familien (Stichwort Einfamilienhaus bzw. „Wohnen im Grünen“).

Alterung nur in manchen Programmgebieten eine Herausforderung

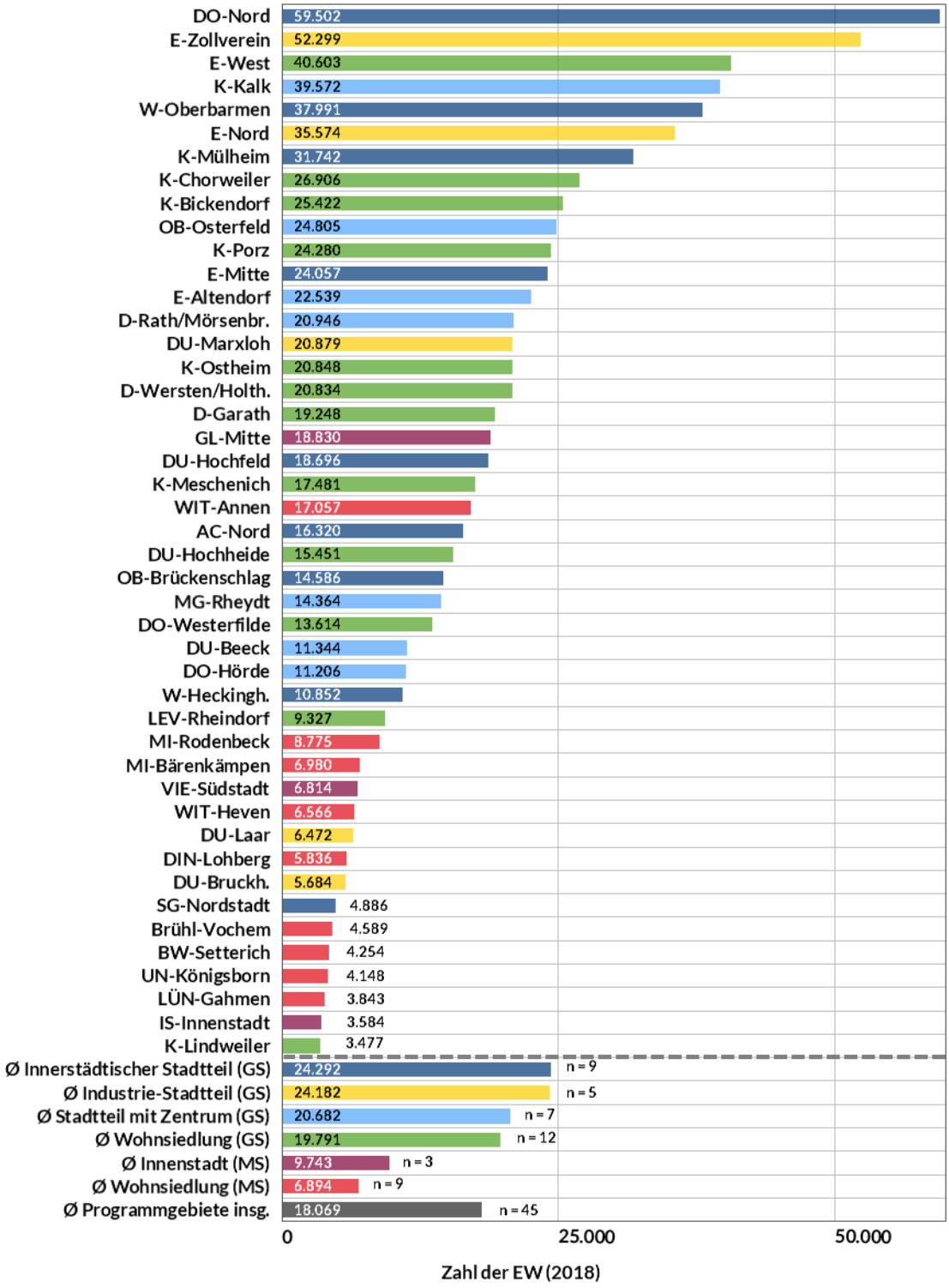
Angesichts des familiengeeigneten Wohnraumangebots und der Wohnumfeldqualitäten in den „Wohnsiedlungen (GS)“ wäre zu erwarten, dass in diesen Quartieren besonders viele Familien mit Kindern leben. Jedoch entspricht dort der Anteil der unter 18-Jährigen mit 19,6 % lediglich dem Mittel aller Programmgebiete (Abb. 10). Der Anteil der Altersgruppe ist zuletzt kaum angestiegen. In Abweichung zu den übrigen Großstadt-Gebieten ist für die demographischen Gegebenheiten in diesen Quartieren der vergleichsweise hohe Anteil älterer Menschen und von Haushalten ohne Kinder bedeutender. Ähnliches gilt für die mittelstädtischen Programmgebiete. Allerdings ist die Fortzugswahrscheinlichkeit der Kinder und Familien, die in den „Wohnsiedlungen (MS)“ leben, unterdurchschnittlich.

Wahrscheinlich ist, dass die heute älteren Bewohnerinnen und Bewohner zum Teil bereits als Familien in den Quartieren gewohnt haben. Mit zunehmendem Alter sinkt die Mobilität und die Bevölkerungsgruppe verbleibt lange in ihren Wohnungen. Folglich befinden sich manche dieser Gebiete im Prozess der Alterung. Nur in geringem Maß ziehen junge Familien in diese Quartiere nach und könnten zu einer Verschiebung der Alterszusammensetzung beitragen. Besonders auffällig ist diese Entwicklung in den Kölner Gebieten Chorweiler, Meschenich und Bickendorf. Hier nehmen die Zahl und der Anteil der ab 65-Jährigen am stärksten zu. Jedoch sind hierbei auch die Gebietsabgrenzungen zu berücksichtigen. Vor allem die „Wohnsiedlungen (GS)“ und die Gebiete in Köln umfassen teils bautypologisch sehr unterschiedliche Teilgebiete. Möglicherweise können sich in der Statistik die Prozesse in einem benachbarten Einfamilienhausgebiet abbilden, das sich in einer Umbruchphase befindet (Auszug der Kinder, zunehmende Sterblichkeit oder Generationenwechsel).

Abb. 5:

Hauptwohnbevölkerung

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Farbe: Gebietstypen

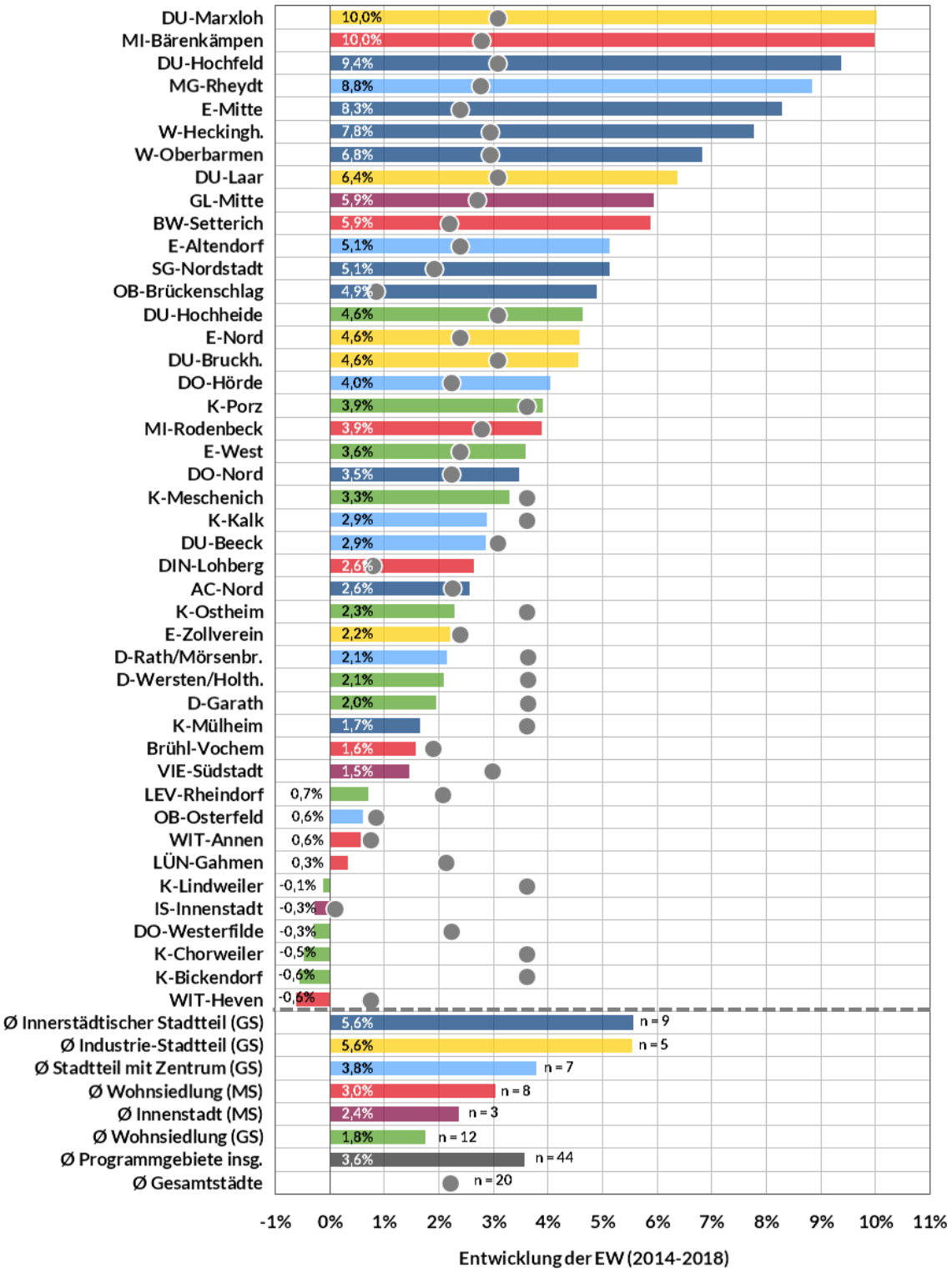


Anmerkungen: Die Hauptwohnbevölkerung umfasst alle Personen, die mit Hauptwohnsitz im Gebiet gemeldet sind.

Abb. 6:

Entwicklung der Hauptwohnbevölkerung

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen



Anmerkungen: Die Hauptwohnbevölkerung umfasst alle Personen, die mit Hauptwohnsitz im Gebiet gemeldet sind.

Abb. 7:

Anteil der Zuzüge von außerhalb der Stadt an allen Zuzügen

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Farbe: Gebietstypen / in Klammer: Zahl der Zuzüge von außerhalb

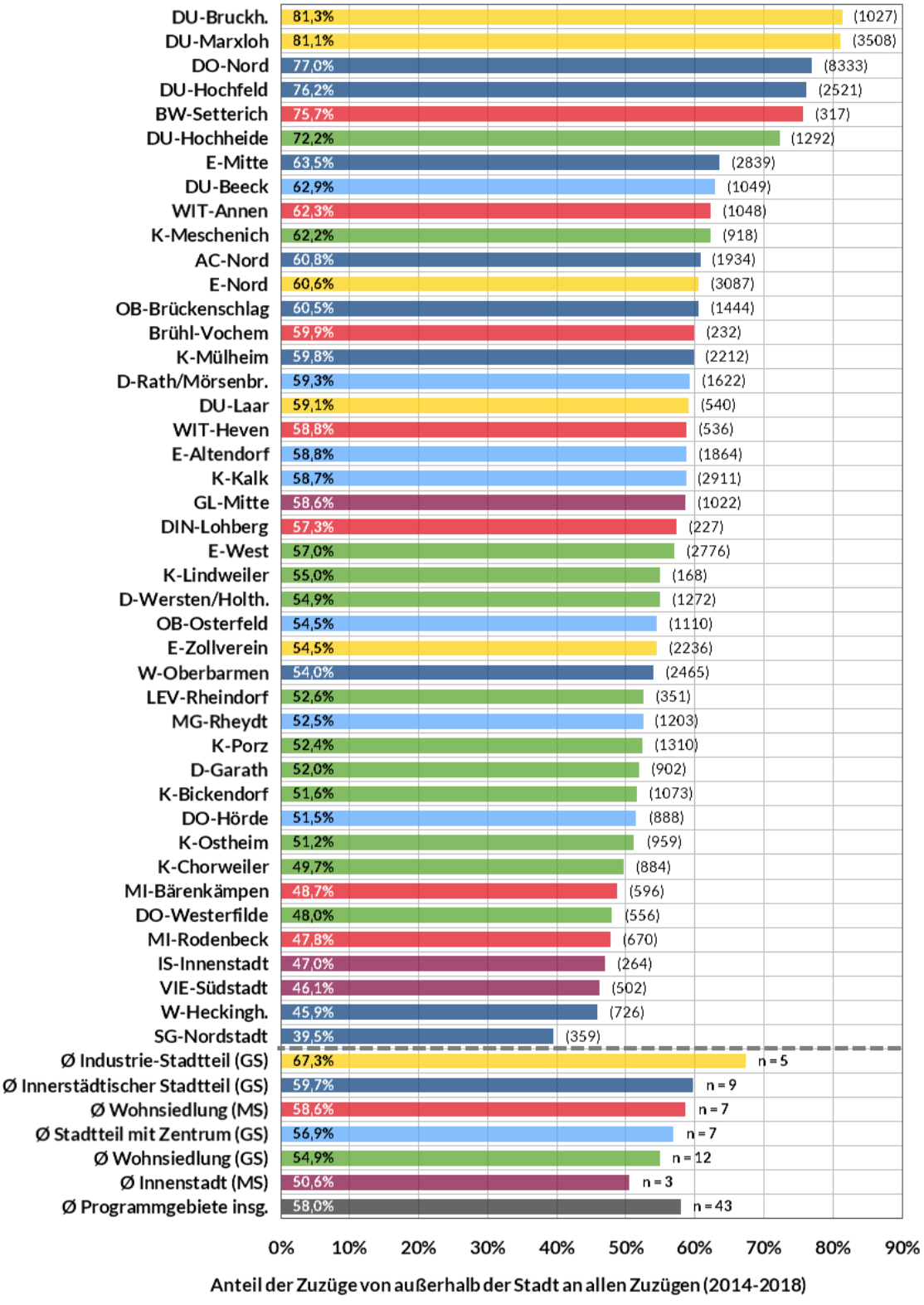
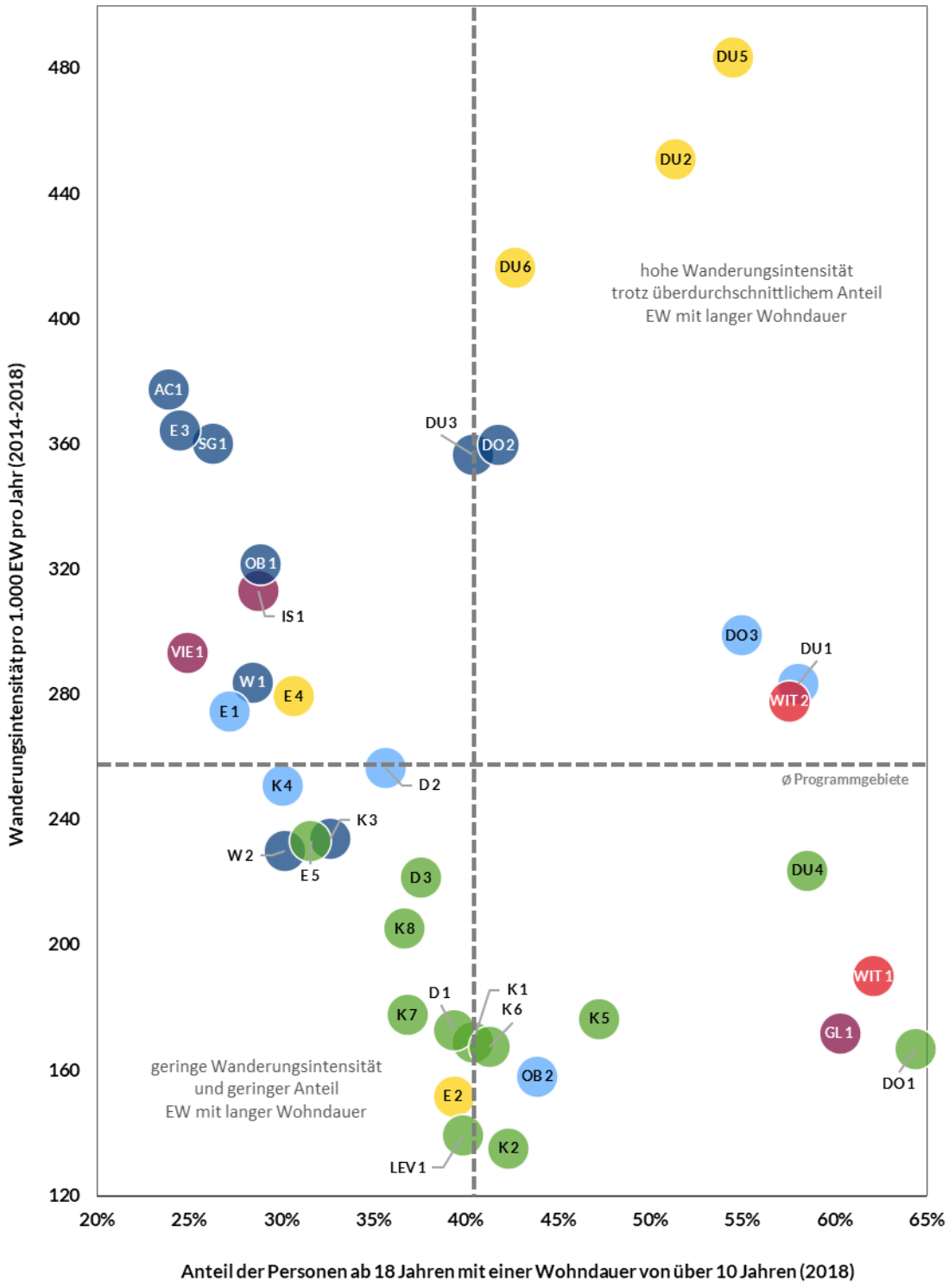


Abb. 8:

Wanderungsintensität und Personen mit langer Wohndauer

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang



Anmerkungen: Die Wohndauer bezieht sich auf die Dauer an der zum Stichtag 2018 gemeldeten Adresse.
WIT-Heven Wanderungsintensität abweichend 2015-2018

Abb. 9:

Entwicklung der Altersgruppe der unter 18-Jährigen

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammer: absolute Zu- oder Abnahme der unter 18-Jährigen

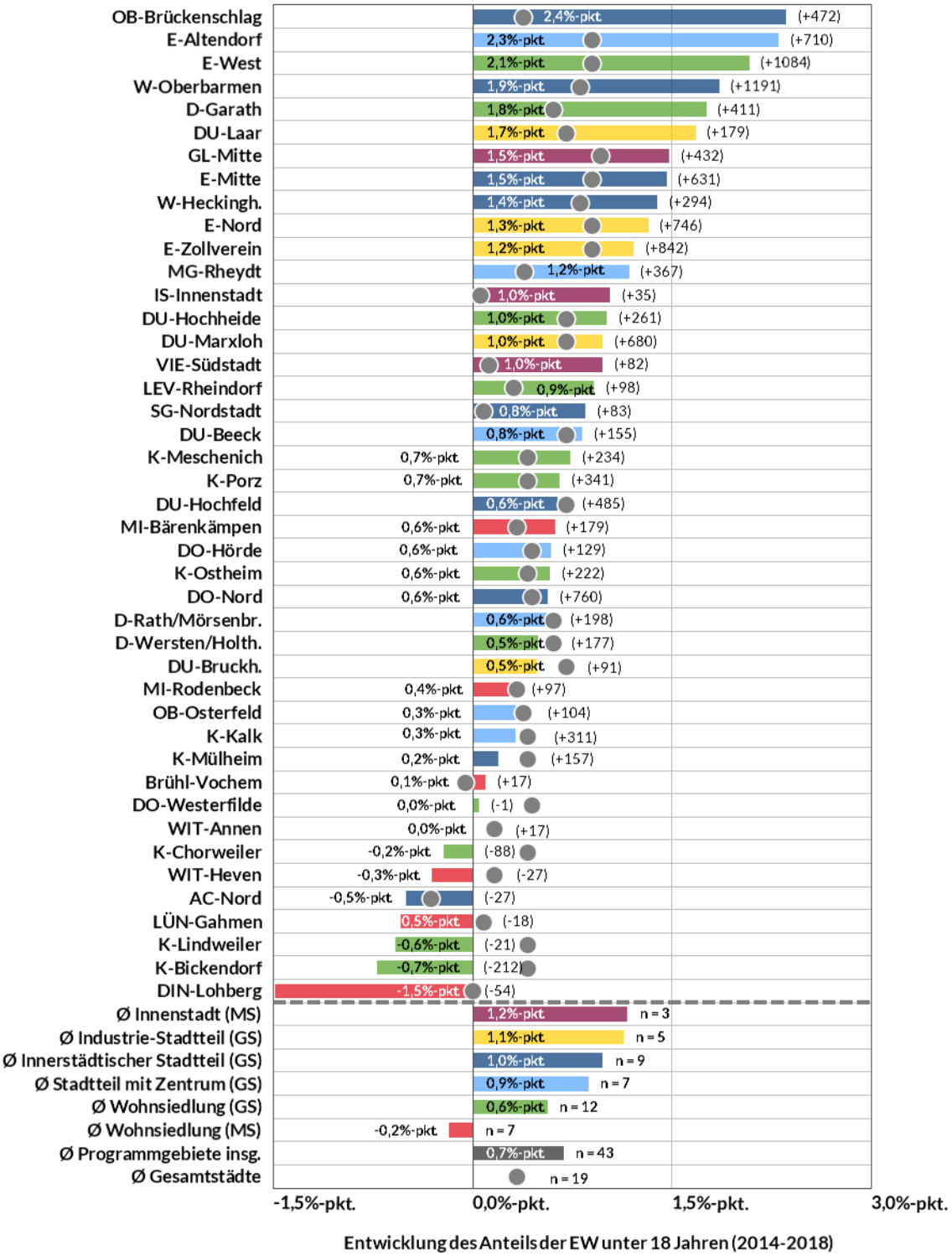


Abb. 10:

Bevölkerungszusammensetzung nach dem Alter

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: siehe Legende

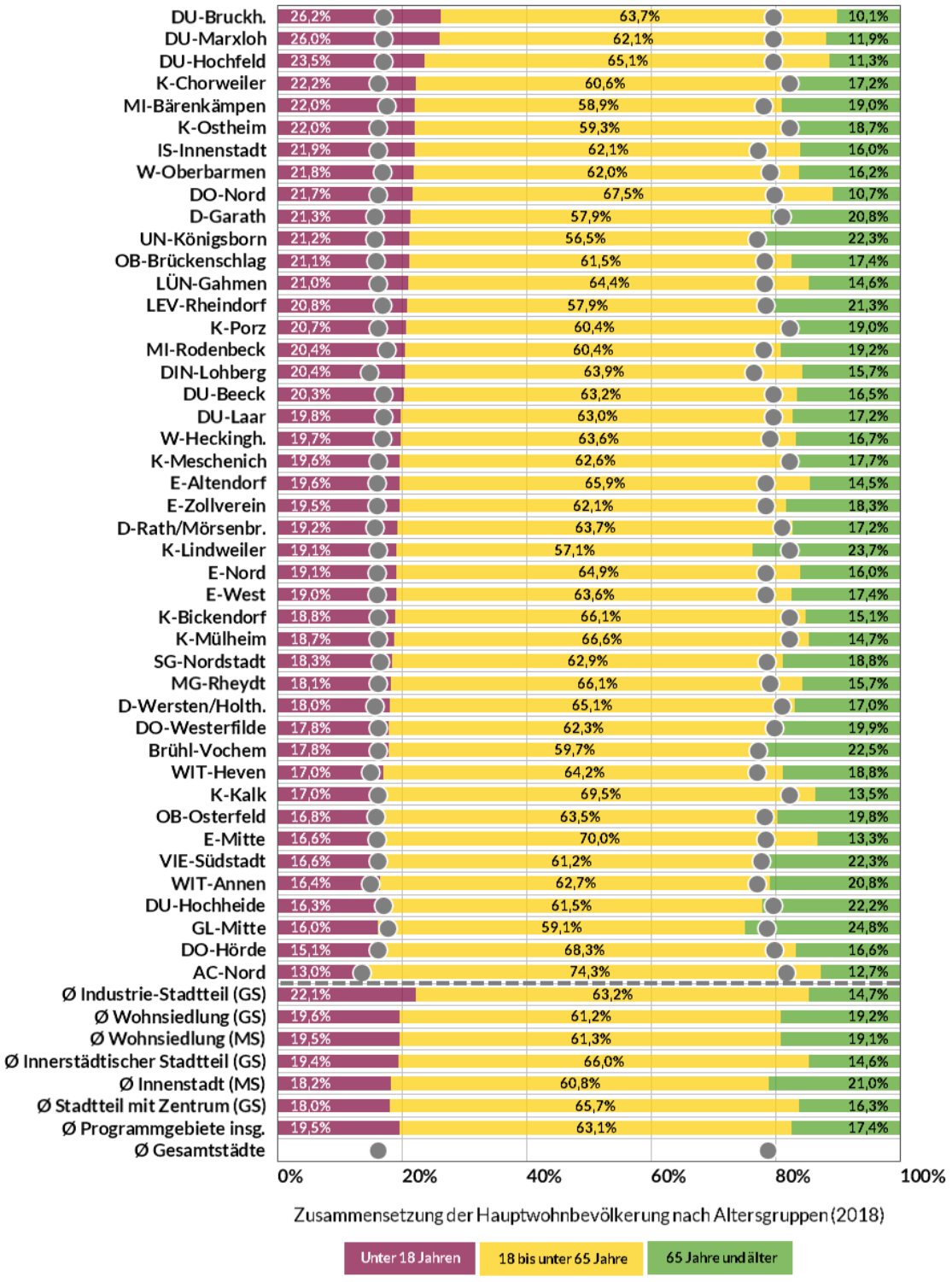
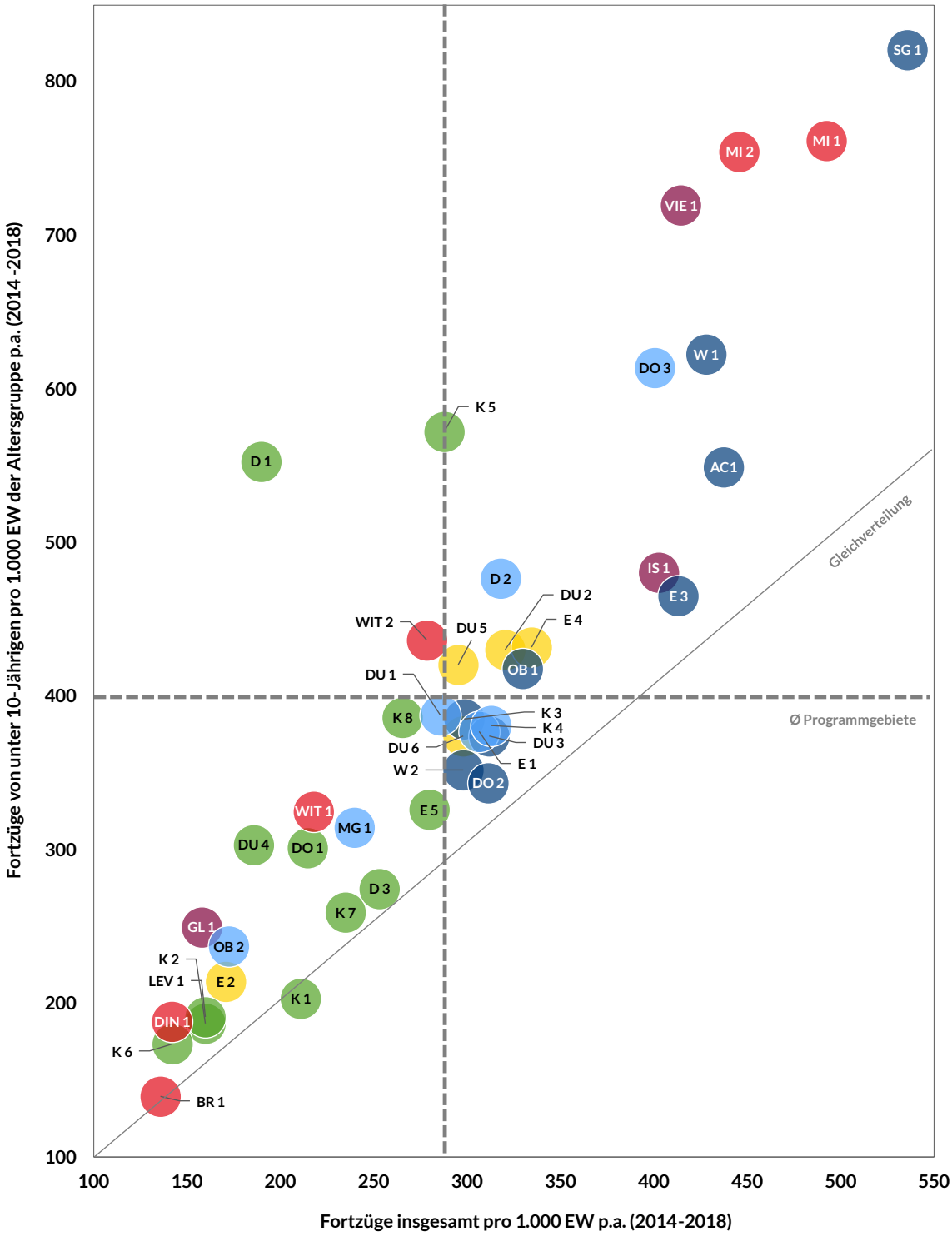


Abb. 11:

Fortzugsintensität der unter 10-Jährigen im Vergleich zur Fortzugsintensität der Gesamtbevölkerung

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang



Anmerkungen: Witten-Heven abweichend 2015-2018, MG-Rheydt abweichend 2016-2018

3. Teilhabe und Lebenschancen

Wie eingangs beschrieben, hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland und in NRW zwischen 2014 und 2018 positiv entwickelt. Während der insgesamt stabilen wirtschaftlichen Lage ist die Arbeitslosenquote stetig zurückgegangen. Die zentrale Frage ist daher, inwiefern die Programmgebiete der Sozialen Stadt von den wirtschaftlichen Entwicklungen profitieren konnten. Dabei ist es eine Herausforderung der Sozialen Stadt, vor Ort auf der Quartiersebene Korrekturen an Entwicklungen vorzunehmen, deren Ursprung nicht immer im kommunalen Handlungsspielraum liegen. Während bauliche Missstände mit investiven Maßnahmen zu beheben sind, können beispielsweise lokale Auswirkungen einer Wirtschaftskrise mit passenden Strategien lediglich abgemildert werden. Inwiefern die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers am wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen Jahre teilnehmen konnten, entscheidet sich daher weniger durch die lokalen Gegebenheiten als vielmehr aufgrund der Einbettung der Gesamtstädte in das überregionale Handels- und Wirtschaftsgeflecht. Es ist also nicht verwunderlich, dass sich insbesondere die Entwicklung der Programmgebiete in den Städten Köln, Düsseldorf und Aachen, die als prosperierende Universitätsstandorte zu den wirtschaftsstärksten Standorten in NRW zählen, von den Quartieren in den durch den Strukturwandel betroffenen Städten des Ruhrgebiets sowie den Mittelstädten unterscheidet. Insofern ist insbesondere in den Blick zu nehmen, ob die Programmgebiete an die Entwicklungen der jeweiligen Gesamtstädte anknüpfen konnten oder ob die Unterschiede gar größer geworden sind.

Steigende Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung…

Im Schnitt waren 2017 in den Programmgebieten 47,3 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Besonders hoch war die Beschäftigung in den Mittelstädten („Wohnsiedlungen (MS)“: 50,3 %, „Innenstädte (MS)“: 49,4 %) und in den „Wohnsiedlungen (GS)“ (50,7 %). Dagegen waren deutlich geringere Anteile der Bevölkerung in den übrigen Programmgebieten in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis („innerstädtische Stadtteile (GS)“: 42,9 %, „Industrie-Stadtteile (GS)“: 41,3 %, „Stadtteile mit Zentrum (GS)“: 47,3 %). In den Städten lag die Beschäftigungsquote höher, bei etwa 54,4 %.

Gegenüber 2014 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVP-Beschäftigten) in den meisten Programmgebieten angestiegen (Abb. 13).[7] In etwa der Hälfte der Gebiete lag die SVP-Beschäftigtenzunahme über der gesamtstädtischen Entwicklung, das heißt, die Gebiete haben sich etwas stärker an den Durchschnitt der Gesamtstadt angenähert. Besonders positiv erscheint die Entwicklung in einigen wenigen Quartieren, die sowohl vom gesamtstädtischen Trend wie auch dem Mittel der Programmgebiete stark abweichen. Hierzu zählen manche der Duisburger und Dortmunder sowie Essener Quartiere. Dies sind jedoch vor allem Stadtteile, in denen die SVP-Beschäftigtenquote zuvor relativ gering war. Sie konnten etwas zum Durchschnitt der Gebiete und der jeweiligen Stadt aufschließen. Allerdings liegt ihre Beschäftigungsquote 2017 weiterhin im unteren Drittel der Programmgebiete.

[7] Eine Ausnahme ist das Programmgebiet IS-Innenstadt. In diesem hat die Zahl der SVP-Beschäftigten stark abgenommen. Die Bevölkerungsgruppe (15 bis unter 65 Jahre) ist im gleichen Zeitraum nahezu konstant geblieben (-0,6 %-Punkte).

Dem gegenüber stehen Programmgebiete, vorrangig in den Städten Köln und Düsseldorf, deren Zahl der SVP-Beschäftigten sich im Vergleich der Quartiere mittel- bis unterdurchschnittlich entwickelt haben. Ausgehend von einem vergleichsweise hohen Beschäftigungsniveau liegen die Beschäftigungsquoten dieser Quartiere weiterhin über dem Durchschnitt aller Programmgebiete. Im Vergleich zur Gesamtstadt haben sich hier die SVP-Beschäftigtenzahlen leicht unterdurchschnittlich entwickelt und die Entwicklung des Anteils verläuft ebenfalls unterhalb des gesamtstädtischen Trends.

… und dennoch zugleich steigende Armut

Vor dem Hintergrund des teils starken Bevölkerungszuwachses bzw. der hohen Fluktuation in den Programmgebieten bleiben einzelne Kennziffern zur sozioökonomischen Situation der Bevölkerung in den Programmgebieten schwer zu interpretieren. Die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung bietet Hinweise zur Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung. In Kontrast hierzu sind auch die Zahl und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Betracht zu ziehen. Diese zeigen, in welchem Umfang Bevölkerungsgruppen nicht an den positiven Entwicklungen teilhaben können. Für den Beobachtungszeitraum des Monitorings zeigt sich, dass die Arbeitslosenzahl in den Programmgebieten insgesamt rückläufig war. In Programmgebieten mit einer hohen Arbeitslosenquote war der Rückgang jedoch weniger stark. Um die sich hierdurch andeutende Armut differenzierte darzustellen, eignet sich der Einbezug eines weiteren Indikators. So zeigt sich, dass zeitgleich zur positiven Beschäftigungsentwicklung die Transferquote in den Gebieten der Sozialen Stadt weiterhin hoch ist. Während die Beschäftigung im Durchschnitt der Programmgebiete um lediglich - 7,1 %-Punkte vom Durchschnitt der Städte abweicht, ist die Transferquote mit 28,5 % nahezu doppelt so hoch (Städte: 14,9 %, + 13,6 %-Punkte).[8] Entsprechend der Beschäftigungsquoten sind es vor allem die großstädtischen Stadtteile, die von überdurchschnittlicher Armut geprägt sind. In den „innerstädtischen Stadtteile (GS)“ leben im Schnitt etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Abhängigkeit der SGB II-Transferleistungen. Dagegen trifft dies auf etwas weniger als ein Viertel der Bewohnerschaft in allen Programmgebieten und nur auf 15 % der Bevölkerung in den Gesamtstädten zu.

In den meisten Programmgebieten sind in den vergangenen Jahren die Zahl und der Anteil der Personen, die in Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II leben, gestiegen (Abb. 14).9 Besonders hoch war die Zunahme in Stadtteilen, die sich ohnehin durch bereits überdurchschnittlich hohe Transferquoten auszeichneten. Während die Zahl der Personen im Schnitt aller Gebiete und der Städte um jeweils fünf % anstieg, betrug der Anstieg in den „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“ und „Industrie-Stadtteilen (GS)“ elf bzw. zehn %. In manchen Gebieten konzentriert sich demzufolge Armut bzw. verfestigt sich weiter, sodass sich die Gebiete von der Entwicklung in ihrer Gesamtstadt abkoppeln.

Die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger entwickelt sich tendenziell entlang des Bevölkerungswachstums. Besonders stark ist die Zunahme des Transferbezugs in Programmgebieten mit einer überdurchschnittlich positiven Bevölkerungsentwicklung. Entscheidend

8 Die Transferquote umfasst den Anteil von Personen, die Leistungen nach dem SGB II (2017, alle Personen in Bedarfsgemeinschaften), nach dem SGB XII (2017) und nach dem AsylbLG (2018) beziehen. Bezugsgröße ist die Hauptwohnbevölkerung im Jahr 2017.

9 Nur in manchen der Kölner (Lindweiler, Bickendorf, Ostheim, Mühlheim) und Düsseldorfer Gebiete (Wersten/Holth., Rath/Mörsenbr.) sowie in der Viersener Südstadt und in Dinslaken-Lohberg nahm die Quote der Leistungsbeziehenden ab.

ist hierbei vor allem der Anstieg der Personen im SGB II-Bezug unter den Ausländerinnen und Ausländern. Die Zunahme der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften ist vorrangig auf ausländische Bevölkerungsgruppen zurückzuführen, während die Zahl der deutschen Personen sogar rückläufig ist (Abb. 15). Gleichzeitig entwickeln sich dennoch auch in diesen Programmgebieten die SVP-Beschäftigtenzahlen positiv, sodass von parallelen Entwicklungen in den Quartieren auszugehen ist. Während sich also für die angestammte Bevölkerung die Chancen erhöht haben, an der positiven Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre zu partizipieren und einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen, ziehen neue, arme Bevölkerungsgruppen in die Stadtteile, die auf die Transferleistungen des Sozialsystems angewiesen sind. Sowohl die seit 2015 aus den internationalen Krisengebieten Geflüchteten als auch die im Zuge der EU-Arbeitsmarktfreizügigkeit aus Südosteuproa Zugewanderten sind im Betrachtungszeitraum schrittweise bezugsberechtigt für Leistungen nach dem SGB II geworden und prägen diese Entwicklung. Die stärkere Konzentration von Transferbezug und Armut auf Ausländerinnen und Ausländer bringt in der Folge neue Herausforderungen bei Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarktintegration und Qualifizierung mit sich.

Ein spezifischer Aspekt der Armut ist die Altersarmut. Diese liegt in den Gesamtstädten, gemessen am Anteil der Seniorinnen und Senioren, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten, bei lediglich fünf %, in den Programmgebieten jedoch deutlich darüber, bei zwölf % (Abb. 16). Altersarmut kommt besonders häufig in Gebieten mit einem insgesamt hohen Transferleistungsbezug vor. So sind insbesondere in den „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“ besonders viele über 65-Jährige auf die Transferleistungen nach dem SGB XII angewiesen. Zudem leben von der eher älteren Bewohnerschaft in den „Wohnsiedlungen (GS)“ anteilig viele Menschen in Altersarmut. Es ist davon auszugehen, dass die Empfängerinnen und Empfänger von SGB XII-Leistungen zum Teil bereits zuvor Transferleistungen erhalten haben und mit Eintritt in das Rentenalter die SGB II-Leistungen durch die nach dem SGB XII abgelöst wurden. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass insbesondere in Gebieten mit Alterungstendenz die Altersarmut tendenziell zunimmt (Programmgebiete: + zwölf %, Gesamtstädte: + acht %). Besonders hoch war die Zunahme in den „Wohnsiedlungen (MS)“ (+ 19 %), aber auch in den „Industrie-Stadtteilen (GS)“ des Ruhrgebiets (+ 13 %).

Teilhabe als Herausforderung

In den Programmgebieten der Sozialen Stadt verfestigt sich Armut weiter und insbesondere stark benachteiligte Quartiere koppeln sich tendenziell mehr von ihren jeweiligen gesamtstädtischen Entwicklungen ab. Dies bleibt nicht folgenlos für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in den Quartieren. In verschiedenen Studien wurde aufgezeigt, wie die Teilnahme an Wahlen sowie die Bereitschaft, sich für sein Umfeld oder anderweitig sozial zu engagieren ganz entscheidend von den individuellen Lebensverhältnissen, dem Einkommen und der Bildung abhängen.[10] Eine einfache Faustformel beschreibt das Verhältnis: Je ärmer ein Haushalt bzw. je höher der Anteil von Haushalten aus dem sozial prekären Milieu in einem Quartier, desto geringer fällt die Wahlbeteiligung aus. Eine sinkende Wahlbeteiligung ist somit eine zunehmend sozial selektive Wahlbeteiligung.

Die Wahlbeteiligung kann insofern auch als ein Indikator für die gesellschaftliche Teilhabe in einem Quartier herangezogen werden. Die Wahlbeteiligung lag bei der Europawahl 2019 in den Gebieten durchweg unter der der jeweiligen Gesamtstadt (Abb. 17). Besonders auffällig ist die Differenz in

[10] Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit.

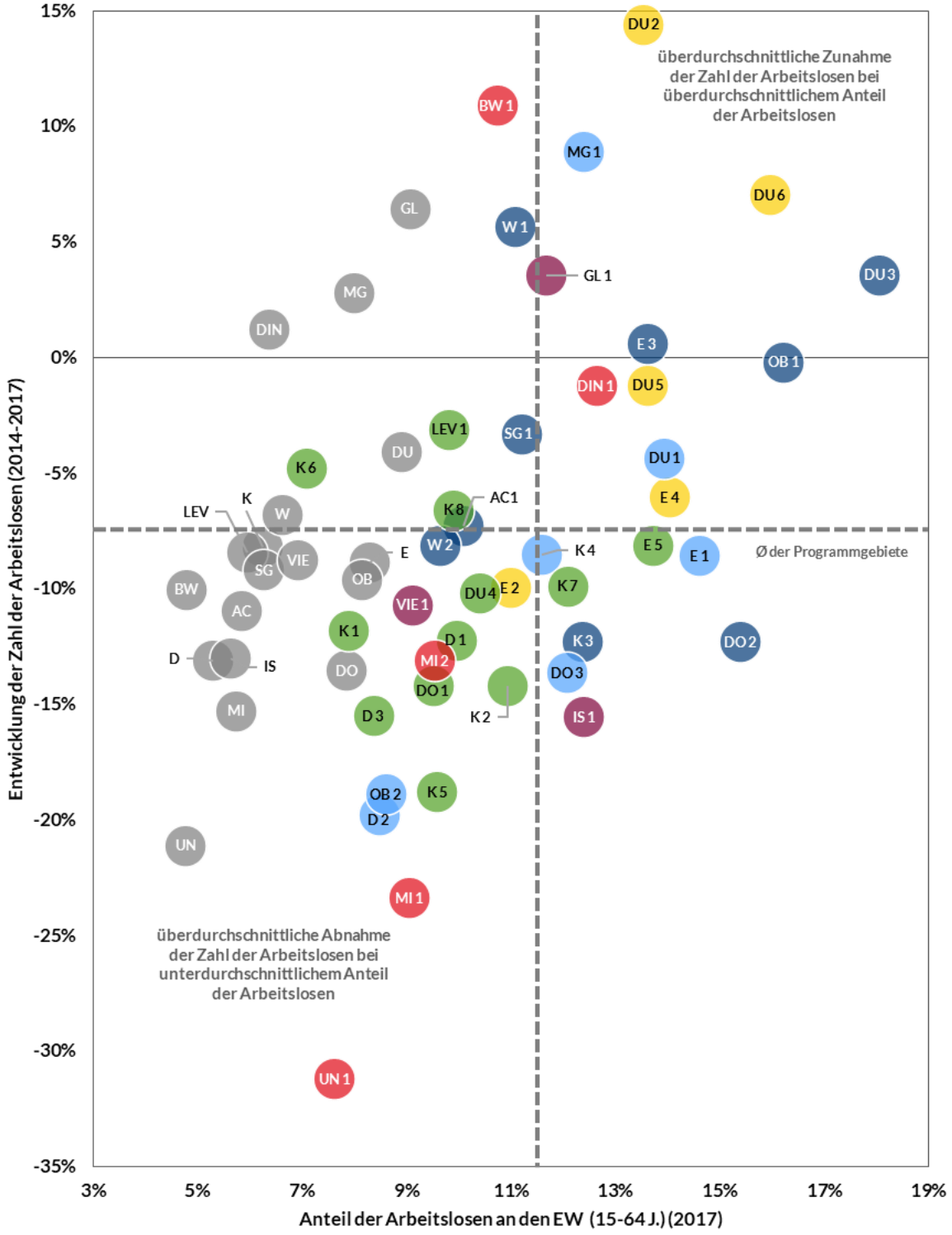
den Düsseldorfer Gebieten (jedoch gemessen an der sehr hohen Wahlbeteiligung in Düsseldorf insgesamt) sowie in Iserlohn-Innenstadt und in Minden-Bärenkämpen. Aber auch beispielsweise Köln-Chorweiler und Duisburg-Bruckhausen und Marxloh weisen eine deutlich geringere Wahlbeteiligung als der städtische Durchschnitt auf. Insgesamt fallen die großstädtischen Programmgebiete etwas häufiger durch eine besonders niedrige Wahlbeteiligung auf.

Die repräsentative Demokratie ist zwar nicht zwingend darauf angewiesen, dass alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig in den Parlamenten vertreten sind. Aber dennoch ist es plausibel anzunehmen, dass die Interessen der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, insbesondere wenn sich dies über längere Zeiträume verfestigt, nicht in gleichem Maße berücksichtigt werden. Die Gefahr besteht, dass dadurch ein Kreislauf aus „sich nicht vertreten fühlen“ und „weniger vertreten werden“ in Gang gesetzt wird. Hinzu kommt, dass der Anteil wahlberechtigter Personen aufgrund des höheren Anteils von Menschen mit ausländischen Wurzeln geringer ist. Insofern kommt der Umsetzung von Maßnahmen, die die Teilhabechancen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Gebieten erhöhen, eine große Bedeutung zu. Die Einbindung in den Arbeitsmarkt ist dabei ein zentrales Element. Gerade für ausländische Personen bietet die Arbeit zusätzliche Chancen für eine gute Integration in die Gesellschaft.

Abb. 12:

Anteil und Entwicklung der Arbeitslosen

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang

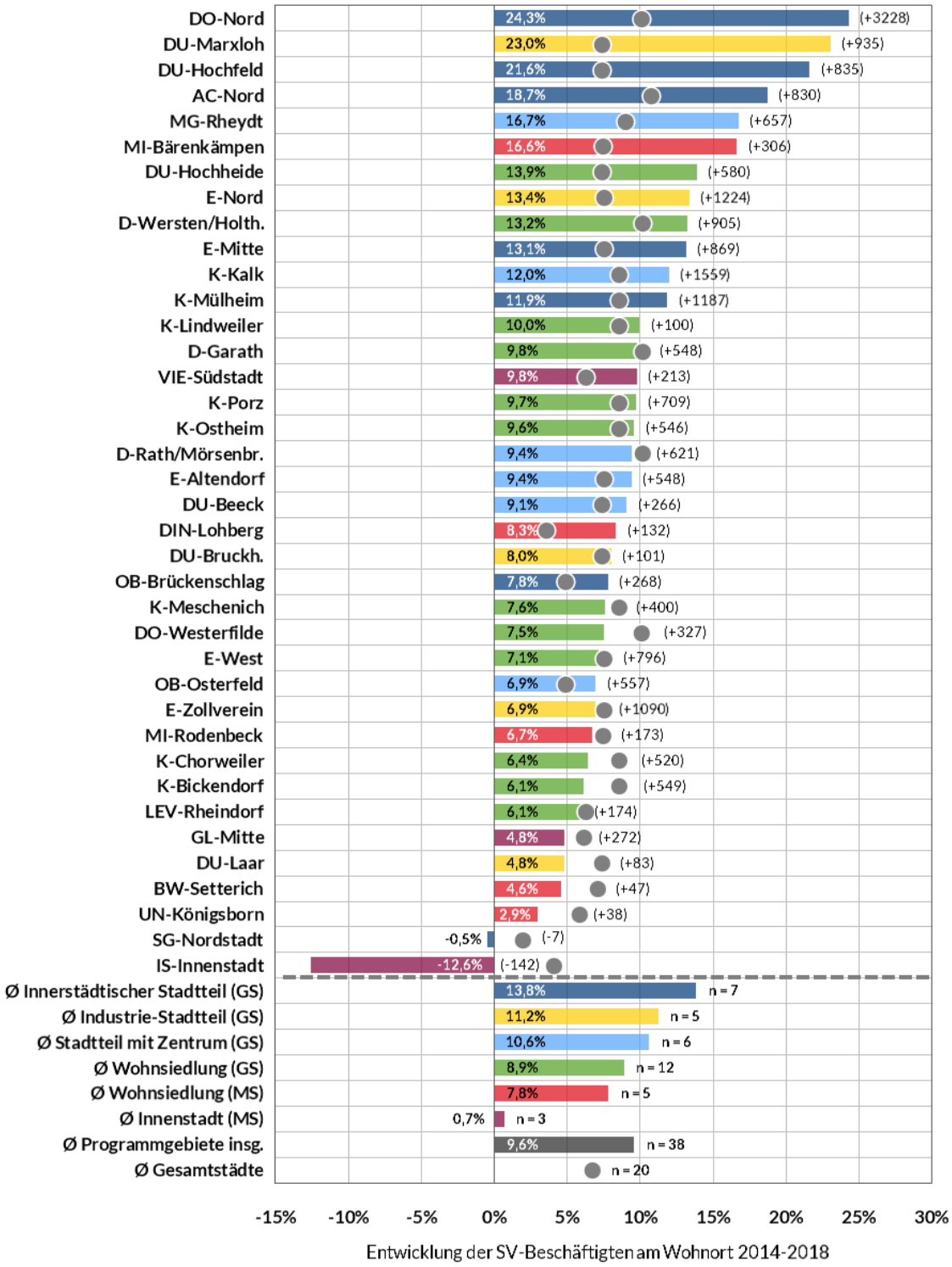


Anmerkungen: Datengrundlage Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 13:

Entwicklung der Zahl der SVP-Beschäftigten (Wohnort)

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammer: absolute Zu- oder Abnahme der SVP-Beschäftigten

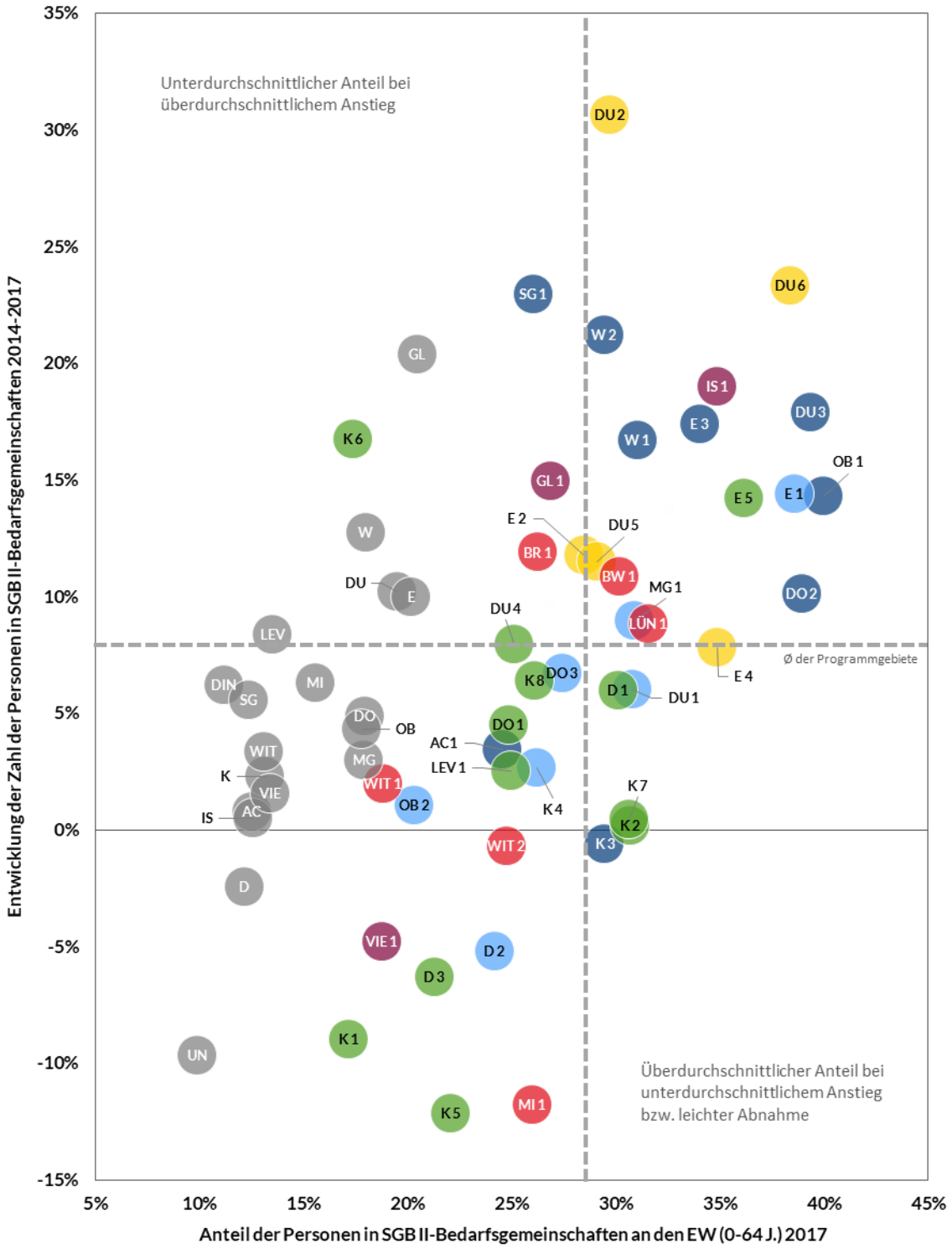


Anmerkungen: Datengrundlage Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 14:

Anteil und Entwicklung der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang

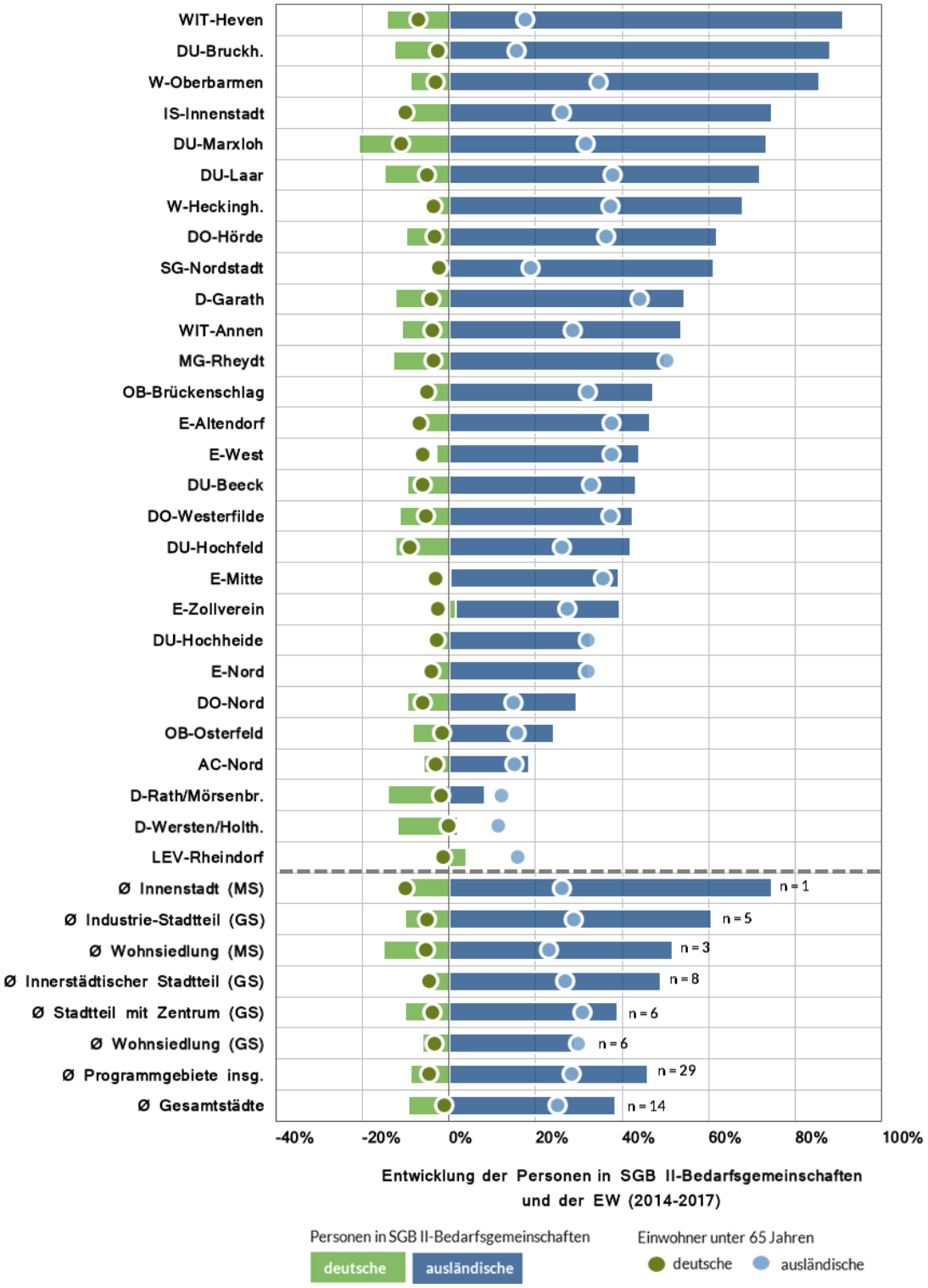


Anmerkungen: Datengrundlage Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 15:

Entwicklung der deutschen und ausländischen Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II

Balken: Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften / Punkte: EW unter 65 Jahre / Farben: siehe Legende



Anmerkungen: Datengrundlage Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 16:

Anteil der Personen ab 65 Jahren im Leistungsbezug nach dem SGB XII

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammer: Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger

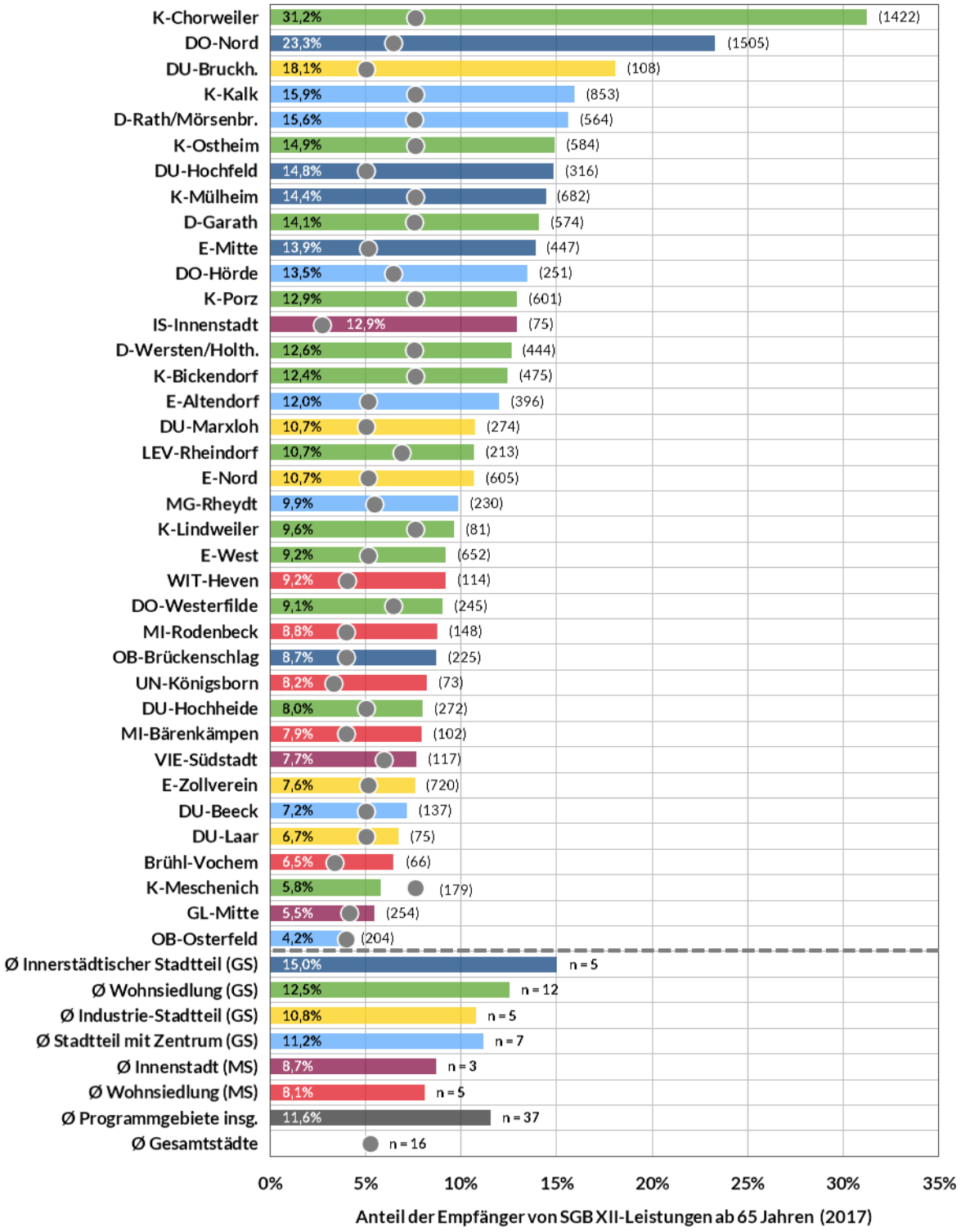
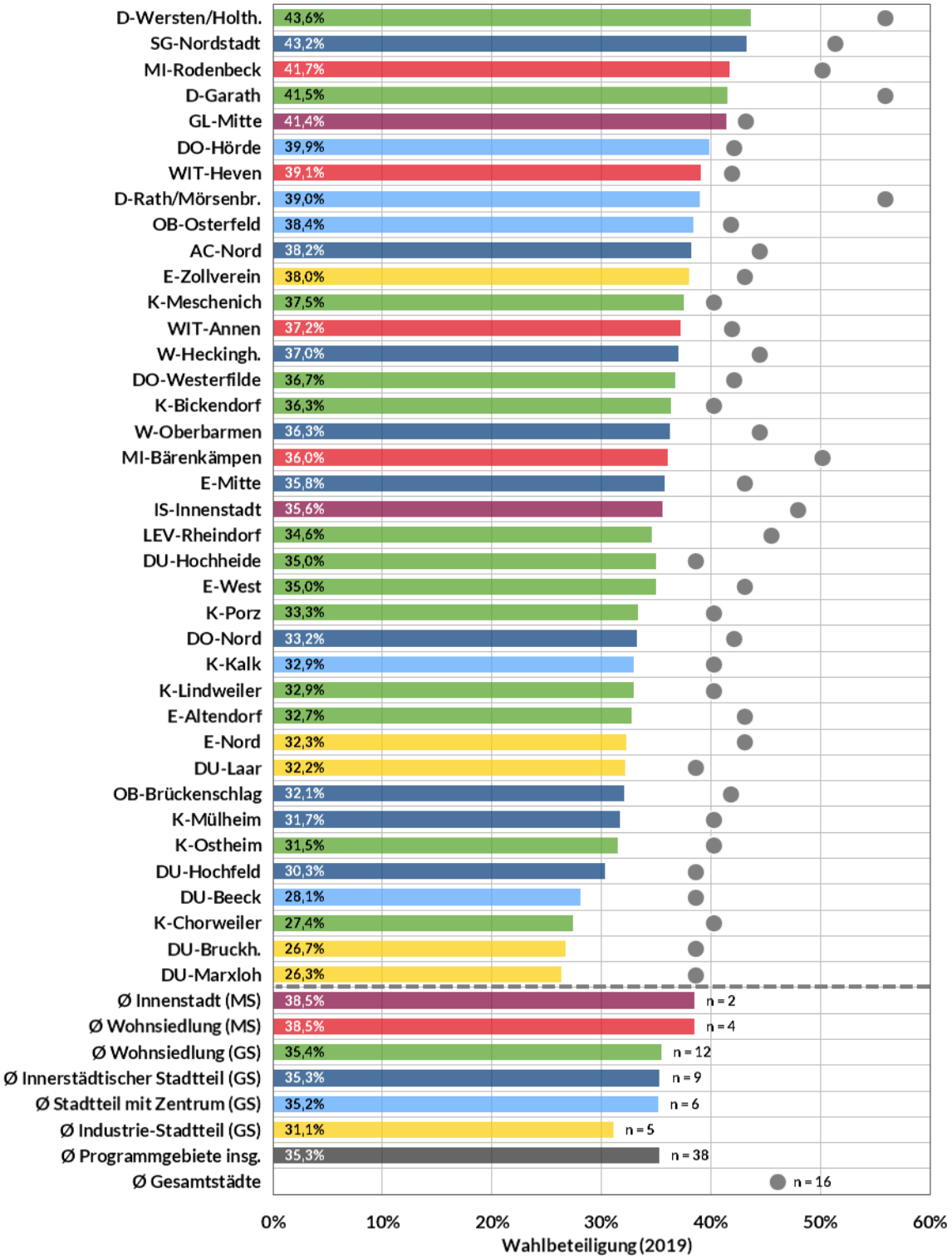


Abb. 17:

Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen



Anmerkungen: Für die Gebiete wurden jeweils alle Wahllokale, die sich im Gebiet befinden, ausgewertet. Es ist nur die Wahlbeteiligung der Urnenwähler dargestellt.

3.1 Fokus: Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen

Die Programmgebiete der Sozialen Stadt sind sehr kinderreiche Quartiere (Kapitel 2). Überdurchschnittlich häufig im Vergleich zu den Gesamtstädten leben die Kinder in sehr großen Familien mit drei oder mehr Kindern und/oder mit einem alleinerziehenden Elternteil. Eine Herausforderung bleibt, dass die Kinder in den Programmgebieten zu großem Anteil in (relativer) Armut aufwachsen oder besonders armutsgefährdet sind.

2017 lebten in den Programmgebieten 46,2 % der Kinder unter 15 Jahren in einer Bedarfsgemeinschaft mit Transferleistungsbezug nach dem SGB II (Abb. 18). In den Städten waren dies lediglich 26,0 %. Besonders prekär ist die Lage der Kinder in den „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“. Hier lebt etwas mehr als die Hälfte der Kinder von Transferleistungen (52,3 %). Entlang des generellen Anstiegs des Transferleistungsbezugs (Kapitel 3) stieg in den Programmgebieten auch die Zahl der Kinder, die in Armut leben, überproportional an (+16,5 %; Städte: +10,5 %). Die Zahl der armen Kinder nahm insbesondere in den bereits zuvor ärmeren Quartieren überproportional zu („innerstädtische Stadtteile (GS)“: +21,3 %, „Industrie-Stadtteile (GS)“: +24,1 %). Diese Entwicklung ist vor allem von der Zuwanderung in diese Gebiete beeinflusst. Besonders bedeutend sind ausländische Haushalte, die im Zuge der EU-Arbeitsmarktfreizügigkeit zugewandert sind. Hierdurch sind zum Teil sehr große Familien mit mehreren Kindern mittlerweile bezugsberechtigt. Die Armut und fehlenden Teilhabechancen der Kinder in den Gebieten der Sozialen Stadt korrelieren auch mit einem schlechteren Gesundheitszustand der Kinder, gemessen am Anteil der übergewichtigen oder adipösen Kinder (Abb. 22). Schlechtere Zugangsmöglichkeiten zu Sportangeboten und geringere Kenntnisse zu Fragen ausgewogener Ernährung können hierbei gleichermaßen ausschlaggebend sein.

Die Kinderarmut wird auch durch die Haushaltsstrukturen in den Gebieten begünstigt. So finden sich mit 6,1 % mehr Haushalte von Alleinerziehenden in den Gebieten als im Durchschnitt der Gesamtstädte (4,5 %) (Abb. 19). Am höchsten sind die Anteile in den „Wohnsiedlungen (GS)“ (6,5 %). Durch die Einschränkung ist nicht nur das Haushaltseinkommen bei den Alleinerziehenden insgesamt geringer als bei Paar-Haushalten mit Kindern. Sie sind auch deutlich anfälliger für Krisensituationen (z. B. Verlust des Arbeitsplatzes), wie nicht zuletzt die Situation zu Beginn der Corona-Pandemie verdeutlicht hat.

Der fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verweist auf die ungleichen Lebenschancen für Kinder. In Deutschland haben der Bildungshintergrund und das Einkommen der Eltern noch immer einen vergleichsweise hohen Einfluss auf den späteren Lebensweg.[11] Verschiedene Studie belegen, dass es in Deutschland schwieriger ist oder im statistischen Sinne länger dauert aus „einfachen“ Verhältnissen in die Mittelschicht aufzusteigen.[12] Die im Kindesalter angelegten Benachteiligungen wirken sich in deutlich höherem Maße lebenslang aus. Dies dürfte aufgrund der sozialen Zusammensetzung gerade in den Programmgebieten ein zentrales Problem und eine in ihrer Bedeutung weit über die Gebiete hinausreichende sozialpolitische Herausforderung sein.

Grundlegend ist, dass das private Umfeld der Kinder häufig nicht nur weniger bildungsorientiert ist, sondern auch weniger in der Lage ist, die Kinder auf ihrem Bildungsweg und beim Übergang in das Berufsleben zu unterstützen. Dies hat unterschiedliche Facetten: Sprach- und Bildungsdefizite der

11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017). Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

12 Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., McKinsey & Company (2019): Hochschul-Bildungs-Report 2020; OECD (2018), A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility.

Eltern, sozio-kulturelle Barrieren bei der Nutzung der vorhandenen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Unterstützungssysteme, wirtschaftliche Restriktionen bei der Wahrnehmung außerschulischer Angebote (Sportvereine, Musikschulen, Nachhilfe etc.), weniger tragfähige Netzwerke und Kontakte in das Wirtschafts- und Berufsleben, insbesondere zu Personen mit Entscheidungsbefugnissen. Dies führt in den Gebieten der Sozialen Stadt zu teils deutlich höheren Anteilen von jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen (Abb. 20). Kleinräumige Daten sind hierzu häufig jedoch nicht verfügbar, sodass derzeit lediglich Aussagen zu einzelnen Programmgebieten gemacht werden können. Dahingegen ist sehr deutlich erkennbar, dass in Folge der Versäumnisse in der frühkindlichen und schulischen Bildung die Quoten der Jugendarbeitslosigkeit durchgängig in den Gebieten der Sozialen Stadt höher als in den Gesamtstädten sind. Derzeit sind im Schnitt 5,2 % der unter 25-Jährigen in den Programmgebieten arbeitslos. Teilweise werden die gesamtstädtischen Durchschnitte weit, in Einzelfällen um das Zweifache übertroffen (Abb. 21).

Vor allem (aber nicht nur) die Schulen in den Programmgebieten sind aufgerufen, diese schlechteren Bildungsvoraussetzungen durch besondere Anstrengungen zu kompensieren. Bislang gelingt dies offenbar nur unzureichend. Gleichzeitig sind die Anforderungen in Folge der jüngeren Migrationsgeschichte noch größer geworden.

Abb. 18:

Anteil und Entwicklung der Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang

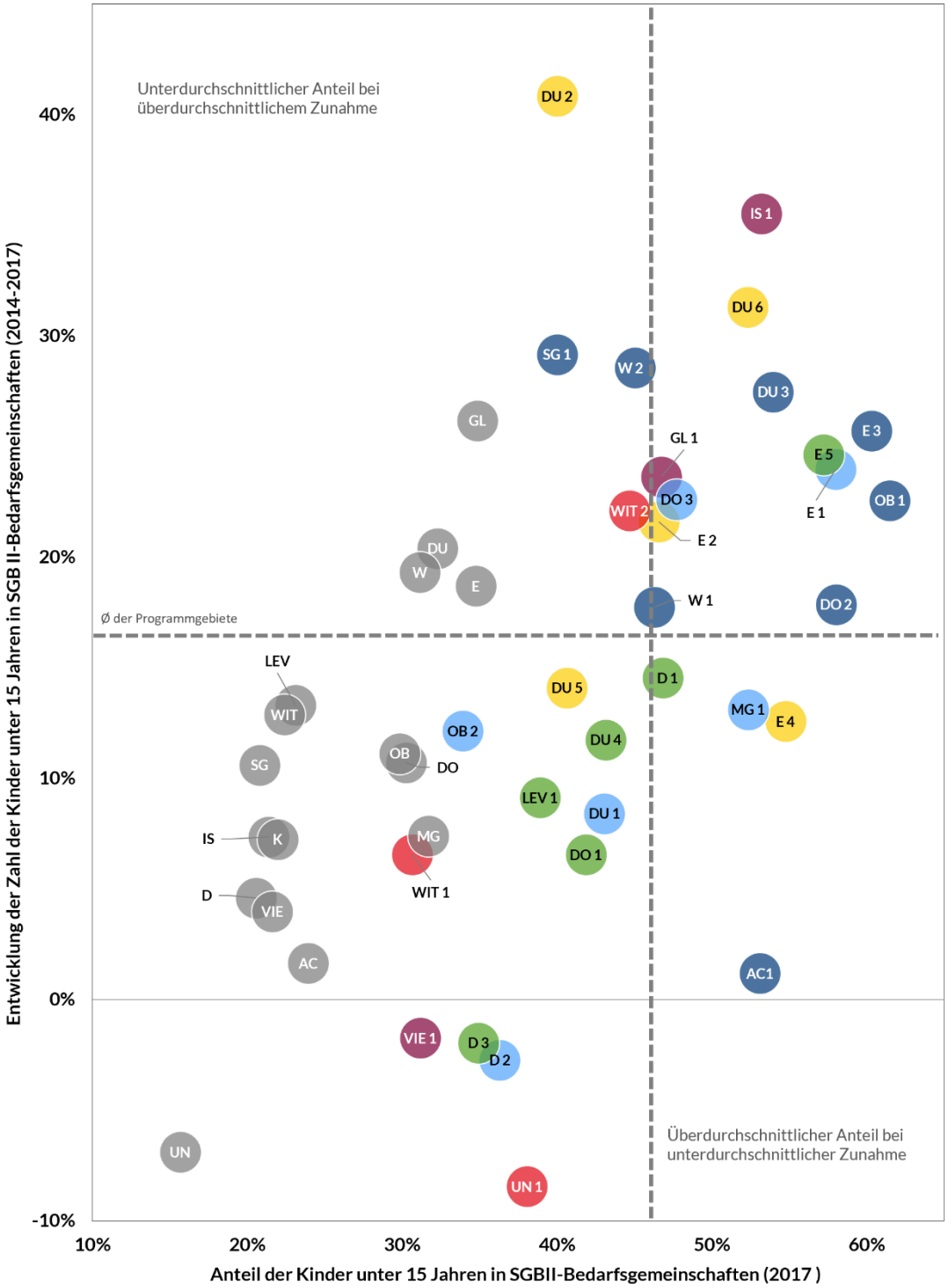


Abb. 19:

Anteil der Haushalte von alleinerziehenden Elternteilen

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammern: Zahl der alleinerziehenden Haushalte

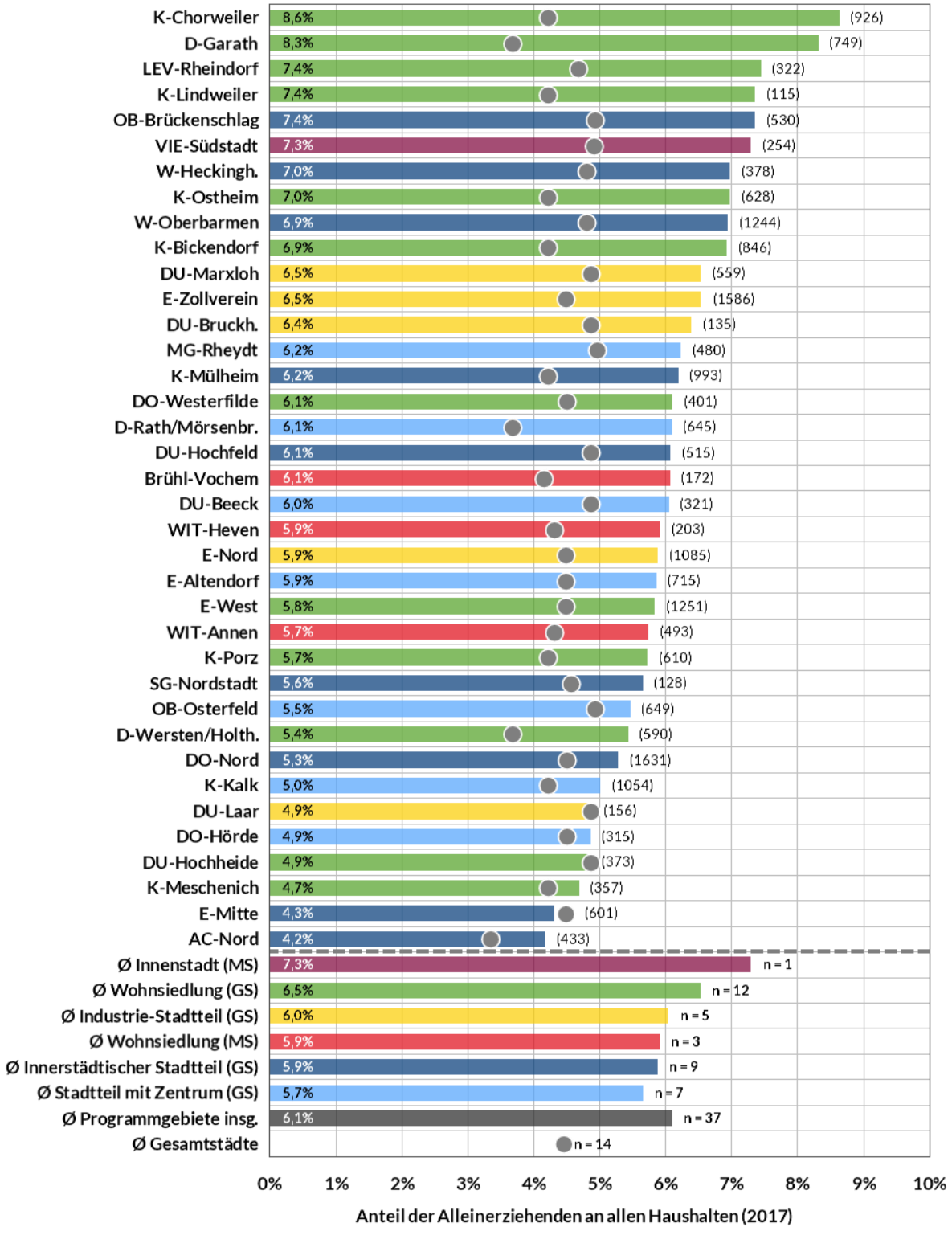
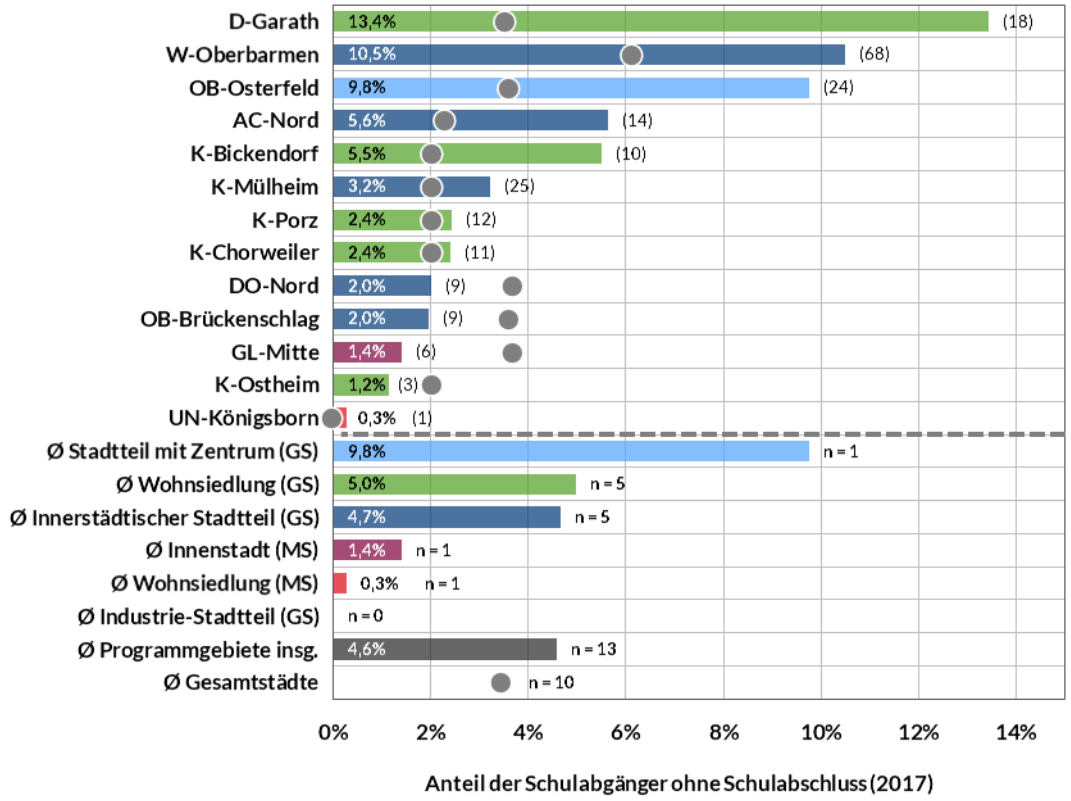


Abb. 20:

Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss (Schulstandort)

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammern: Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss

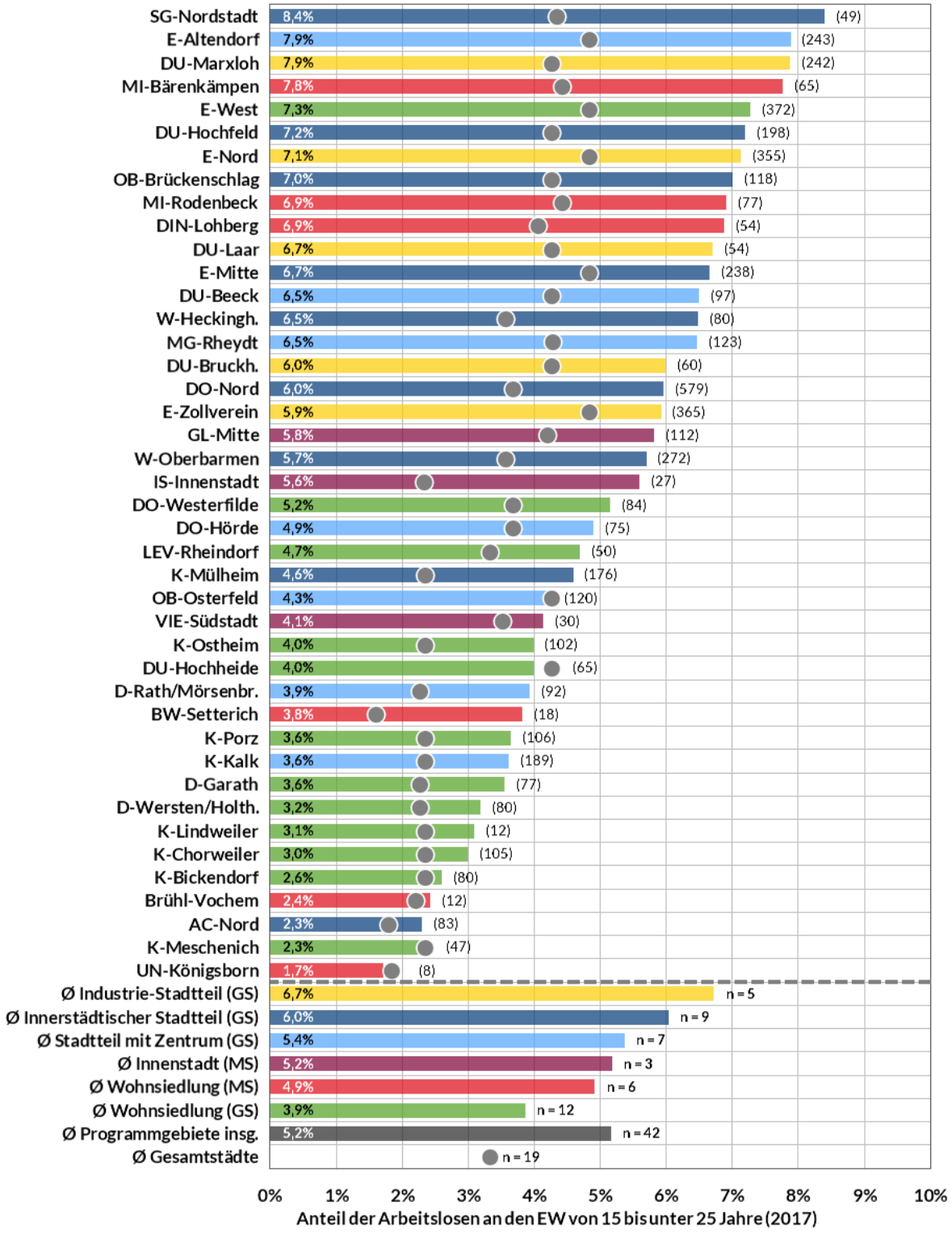


Anmerkungen: In der Abbildung wird der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss bezogen auf den Schulstandort dargestellt. Das bedeutet, dass sich die Daten auf die Schulen mit Standort in den Programmgebieten beziehen. Programmgebiete ohne Schulen können folglich nicht ausgewertet werden. Zusätzlich ist zu beachten, dass die Wohnorte der Schülerinnen und Schüler von den Schulstandorten abweichen können und ggf. nicht in den Programmgebieten liegen. Hierdurch ergeben sich starke Einschränkungen in der Interpretierbarkeit. Zudem sind angesichts der geringen Fallzahl die Durchschnittswerte der Gebietstypen nur eingeschränkt aussagekräftig.

Abb. 21:

Anteil der arbeitslosen Jugendlichen

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammern: Zahl der arbeitslosen Jugendlichen

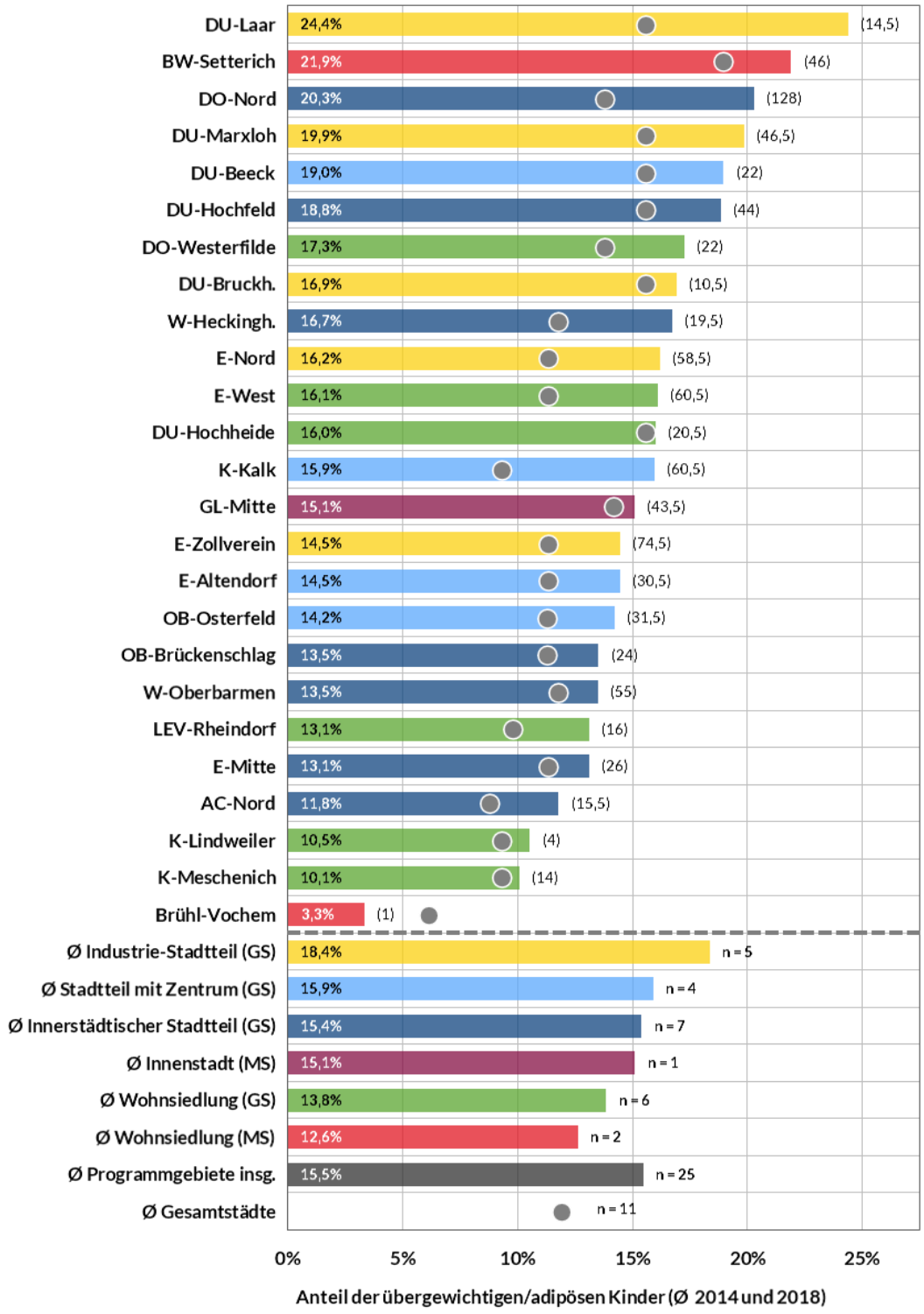


Anmerkungen: OB-Brückenschlag: Daten umfassen nicht das gesamte Fördergebiet - ein Baublock fehlt.

Abb. 22:

Anteil der übergewichtigen oder adipösen Kinder

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammern: Zahl der übergewichtigen oder adipösen Kinder (Ø 2014 und 2017)



Anmerkungen: Brühl-Vochem: abweichend nur 2017 dadurch geringe Fallzahl; BW-Setterich: abweichend nur 2017

4. Zuwanderung und Internationalität

Internationale Prägung mit steigenden Ausländeranteilen

Es ist keine neue Erkenntnis, dass Gebiete der Sozialen Stadt überwiegend stärker durch migrantische Bevölkerungsgruppen geprägt sind, als dies im Durchschnitt der Städte der Fall ist. In den letzten Jahren haben sich allerdings durch neue Zuwanderungsströme die Strukturen in den Gebieten noch einmal gewandelt, was auch für die Aktivitäten im Programm „Soziale Stadt“ zu neuen Herausforderungen geführt hat.

Bei den Gebieten der Sozialen Stadt handelt es sich in vielen Fällen um solche, die bereits über eine langjährige Zuwanderungshistorie verfügen und wo teilweise bereits Gastarbeiterfamilien eine Unterkunft fanden. Dass sich in der Bevölkerungsstruktur in den Gebieten vielfach Personen und Familien befinden, die bereits lange Zeit in Deutschland (und vielleicht auch im Quartier) leben, deutet sich im Vergleich der Anteile der Ausländerinnen und Ausländer (d.h. Ausländer ohne deutschen Pass) und der Anteile von Personen mit Migrationshintergrund an (Abb. 23, Abb. 24). Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen neben den Ausländerinnen und Ausländern und deren Kindern, die ebenfalls über einen Migrationshintergrund verfügen, auch eingebürgerte Personen und deren Kinder sowie (Spät-)Aussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Kinder. Während der Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Programmgebieten bei durchschnittlich 30 % liegt, beträgt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Mittel knapp 56 %. In den Duisburger Gebieten Marxloh, Hochfeld und Bruckhausen, der Dortmunder Nordstadt und Köln-Chorweiler liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund sogar bei über 70 %.

Während ein Teil der migrantischen Bevölkerung in den Gebieten bereits lange Zeit in Deutschland lebt, sind diese stetig das Ziel weiterer Zuwanderinnen und Zuwanderer. Sie sind in unterschiedlichem Maße als „Ankunftsstadtteile“ geprägt, in denen Zugewanderte ihren ersten Wohnort finden und nach einiger Zeit jedoch in andere Stadtteile (oder Städte) umziehen (Kapitel 4). Sowohl eine gezielte Wohnstandortwahl danach, wo bereits Bekannte oder Verwandte aus dem eigenen Herkunftsland wohnen, als auch ein unfreiwilliges Ausweichen auf diese Quartiere, da in anderen Stadtteilen keine (bezahlbare) Wohnung gefunden werden kann, können dabei relevant sein.

In allen teilnehmenden Programmgebieten und Städten ist die Zahl der ausländischen Personen im Zeitraum 2014-2018 angestiegen (Abb. 24). Dabei scheint die Entwicklung in den Gebieten zunächst nicht stark von der jeweiligen Gesamtstadt abzuweichen. So nahm die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Wuppertal-Oberbarmen im Zeitraum um 37 % zu, in Wuppertal um 30%, in Witten-Heven um 20 % und in Witten insgesamt sogar um 27 %, in den Kölner Gebieten überwiegend zwischen sechs % (K-Mülheim) und 17 % (K-Porz) gegenüber zu 14 % in der Gesamtstadt. Dies gilt jedoch nur für die absolute Entwicklung der Zahl der ausländischen Personen. Größere Unterschiede zeigen sich bei der Entwicklung der Ausländeranteile 2014-2018. Dieser ist im Durchschnitt aller Gebiete um sechs %-Punkte gestiegen, während er in den Gesamtstädten im Schnitt „nur“ um drei %-Punkte zugelegt hat. So ist etwa die Zahl der ausländischen Personen in Duisburg-Marxloh absolut um 37 % gestiegen, und damit etwas stärker als im Durchschnitt der Stadt (30 %). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer ist hingegen in Marxloh um elf %-Punkte gestiegen und damit doppelt so stark wie in der Gesamtstadt (+ fünf %-Punkte); in Wuppertal-Oberbarmen verzeichnet er einen Anstieg um sieben %-Punkte gegenüber vier %-Punkten in der Gesamtstadt. Offenbar hat sich die Konzentration der ausländischen Bevölkerung in den Gebieten verstärkt.

Diese Auseinanderentwicklung zwischen den Gebieten und den jeweiligen Städten bzw. die verstärkte ethnische Segregation zeigt sich sehr deutlich auch in den Zu- und Fortzugsintensitäten der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Im Betrachtungszeitraum verließen in der ganz überwiegenden Zahl der Gebiete überproportional häufig deutsche Personen das Gebiet. Unter den Zuziehenden befinden sich hingegen überproportional viele ausländische Personen (Abb. 25, Abb. 26). Einzelne Duisburger Gebiete und die Dortmunder Nordstadt fallen aus dieser Logik heraus. Hier sind sowohl die höchsten Zuzüge von ausländischen Personen als auch deutlich mehr Fortzüge von Ausländerinnen und Ausländern als von Deutschen festzustellen, das heißt eine insgesamt hohe Fluktuation der ausländischen Bevölkerung. Hintergrund ist wahrscheinlich ein hoher Zuzug von Zuwandernden aus Rumänien und Bulgarien, bei dem in den Ruhrgebietsstädten nicht nur ein starkes Umzugsgeschehen innerhalb der Städte, sondern auch zwischen den Städten der Region festzustellen ist. Demgegenüber fallen die Gebiete in den Mittelstädten durch insgesamt überproportionale Wanderungen von deutschen Personen auf. Die hier unterdurchschnittlichen Anteile von Ausländerinnen und Ausländern führen hier auch zu geringen Wanderungsfällen. In Aachen-Nord ist die Besonderheit als studentischer Wohnort hervorzuheben, der zu einer starken Fluktuation und er der deutschen Bevölkerung führt.

Inwieweit das festgestellte Wanderungsverhalten der deutschen und ausländischen Personen spezifisch für den betrachteten Zeitraum ist oder bereits zuvor ähnlich ausgeprägt war, lässt sich aus den Daten nicht ablesen[13]. Denkbar ist jedoch, dass die Zuwanderungswellen der letzten Jahre diese Tendenzen verstärkt haben. Mit dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien 2007 und dem Eintreten der vollen Arbeitsmarktfreizügigkeit 2014 und der Zuwanderung von Geflüchteten insbesondere 2015 und 2016 hat sich auch in den Gebieten der Sozialen Stadt die Bevölkerungsstruktur nochmals verändert.

Neue Bevölkerungsgruppen in den Quartieren

Dass neue Bevölkerungsgruppen in die Quartiere zugewandert sind, lässt sich recht eindrücklich in der Analyse der häufigsten (ersten) Staatsangehörigkeiten erkennen (Abb. 27). Während die Bevölkerung mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2011 nur in den Duisburger Gebieten und in Köln-Mülheim in den „Top 5“ der vertretenen Nationalitäten vertreten war, nahm sie 2018 in vielen weiteren Gebieten Plätze im Ranking ein, darunter weitere Kölner Gebiete, Gebiete in Essen, der Dortmunder Nordstadt oder Mönchengladbach-Rheydt. In ähnlicher Weise sind auch die Nationalitäten, die mit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 verbunden sind, heute deutlich häufiger in den „Top 5“ zu finden (Afghanistan, Irak, Iran, Kongo, Syrien, Arabische Rep., Marokko)[14]. Nicht in allen Gebieten sind diese Entwicklungen in der Betrachtung der häufigsten Staatsangehörigkeiten ablesbar. Hierin deutet sich bereits an, dass die Zuwanderungsströme der letzten Jahre in unterschiedlichem Ausmaß Auswirkungen auf die Gebiete der Sozialen Stadt hatten. Der Zuzug von Geflüchteten wird hierbei wesentlich von den Standorten von Gemeinschaftsunterkünften beeinflusst. Sie könne sich statistisch in einem hohen bzw. insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 steigenden Anteil von Ausländerinnen und Ausländern und Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bemerkbar

[13] In den vorhergehenden Monitorings der sozialen Kontextbedingungen wurde dieser Indikator noch nicht einbezogen.

[14] Dies bedeutet nicht, dass die gesamte Bevölkerung dieser Nationalität erst in den letzten Jahren zugewandert sein muss, sondern die Bevölkerungsgruppen können auch bereits zuvor in den Gebieten vertreten sein, ohne dass ihre Anzahl zu einem Platz in der „Top 5“ geführt hat.

machen (Abb. 28, Abb. 29). So finden sich etwa in den durch hohe Anteile von Asylleistungsempfängerinnen und Asylleistungsempfänger auffallenden Kölner Gebieten (Porz, Ostheim, Kalk und Chorweiler) und ebenso in Minden-Rodenbeck Unterkünfte für Geflüchtete. Und auch die deutlich steigende Zahl von Asylleistungsempfängerinnen und -empfängern zwischen 2014 und 2018 in Düsseldorf-Rath (+62 %), Düsseldorf Garath (+33 %), Köln-Bickendorf (+33 %) und Köln-Chorweiler (+29 %) können auf diese Unterkünfte zurückzuführen sein. Aber nicht in allen Gebieten lässt sich dieser Zusammenhang feststellen. So befindet sich in Brühl-Vochem, das durch den höchsten Anteil von Asylleistungsempfängerinnen und Asylleistungsempfängern auffällt, nach Angaben der Stadt keine Unterkunft für Geflüchtete. Ebenso fällt unter den Kölner Gebieten Köln-Meschenich aus dieser Logik heraus. So können auch die dort verfügbaren bezahlbaren Wohnungen dazu geführt haben, dass sich dort Geflüchtete nach Auszug aus einer Gemeinschaftsunterkunft niedergelassen haben.

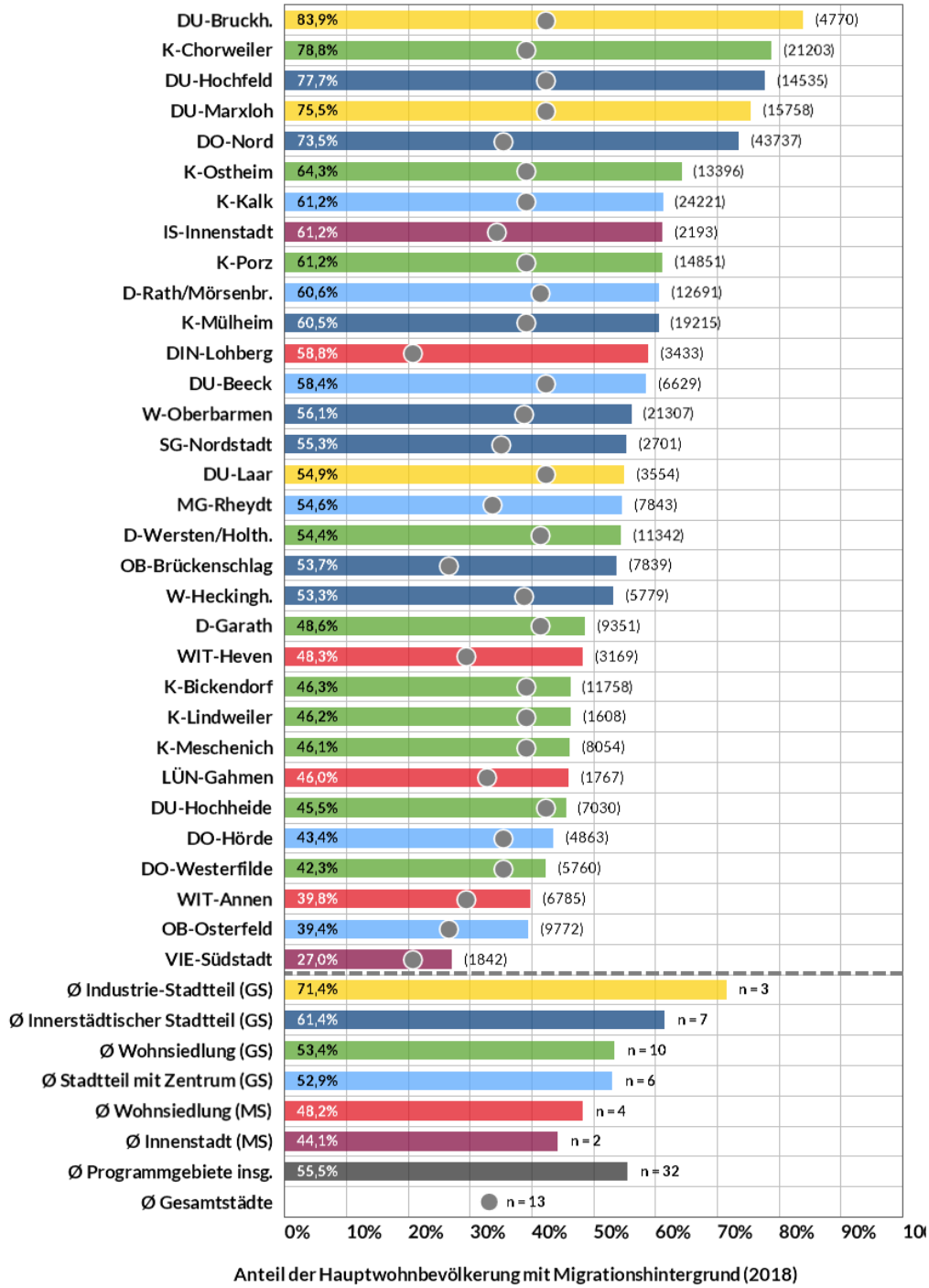
Eine Herausforderung für die Gebiete der Sozialen Stadt

Die ohnehin durch eine angespannte sozioökonomische Lage und mangelnde Teilhabe geprägten Gebiete der Sozialen Stadt (Kapitel 3) haben vielfach durch die Zuwanderungswellen der letzten Jahre neue Herausforderungen zu meistern. Als Ankunftsstadtteile leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Integration der neu Zugezogenen und stellen entsprechende Angebote und Infrastrukturen bereit. Gleichzeitig führt der verstärkte Zuzug von Gruppen „neuer“ Nationalitäten auch zu neuen Sprachbarrieren und zum Teil zu Vorurteilen und Konflikten im Alltag der Quartiere. Für die Aktivitäten der Sozialen Stadt mussten und müssen diese Entwicklungen in der quartiersbezogenen Arbeit berücksichtigt werden, etwa in der Frage, wie die neuen Bevölkerungsgruppen bei der Umsetzung beteiligt werden können.

Abb. 23:

Hauptwohnbevölkerung mit Migrationshintergrund

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammern: Zahl der Personen mit Migrationshintergrund



Anmerkungen: Mit Migrationshintergrund sind ausländische Personen und deren Kinder, eingebürgerte Personen und deren Kinder sowie (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie deren Kinder abgegrenzt. Dinslaken, Iserlohn, Viersen, Lünen, Wuppertal mit abweichender Abgrenzung, daher eingeschränkt vergleichbar.

Abb. 24:

Anteil und Entwicklung der ausländischen Bevölkerung

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang

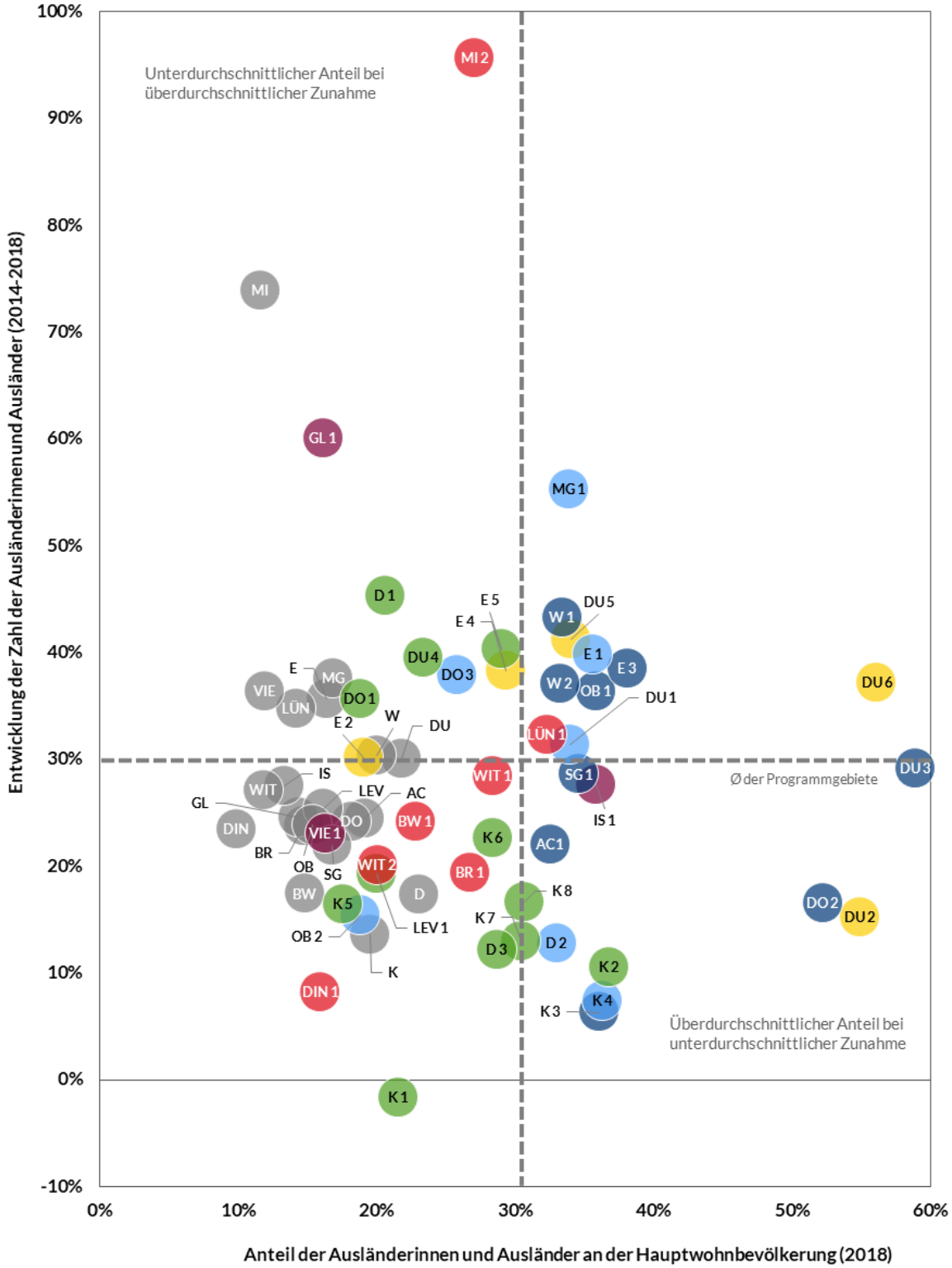
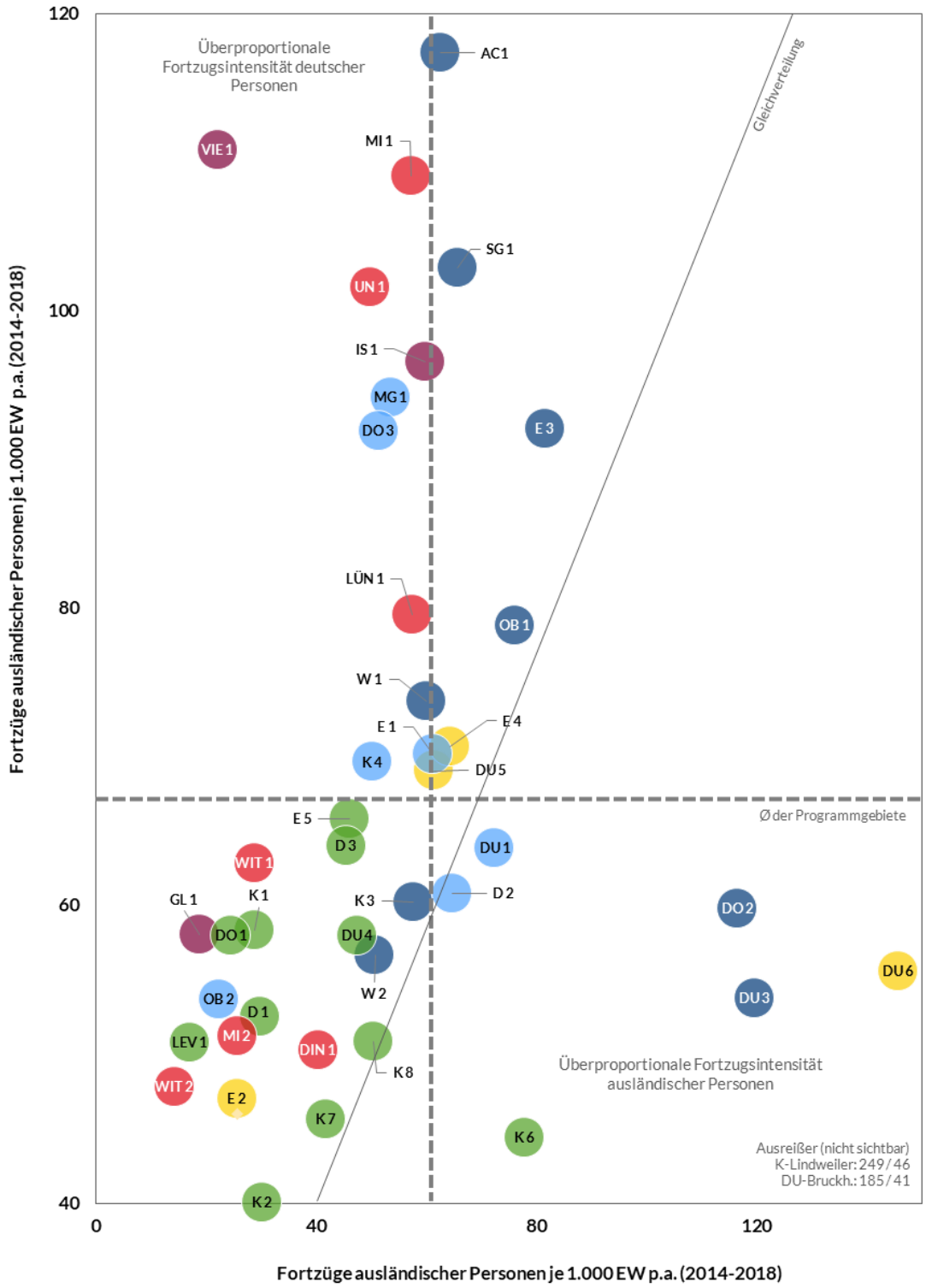


Abb. 25:

Fortzugsintensität von deutschen und ausländischen Personen

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang

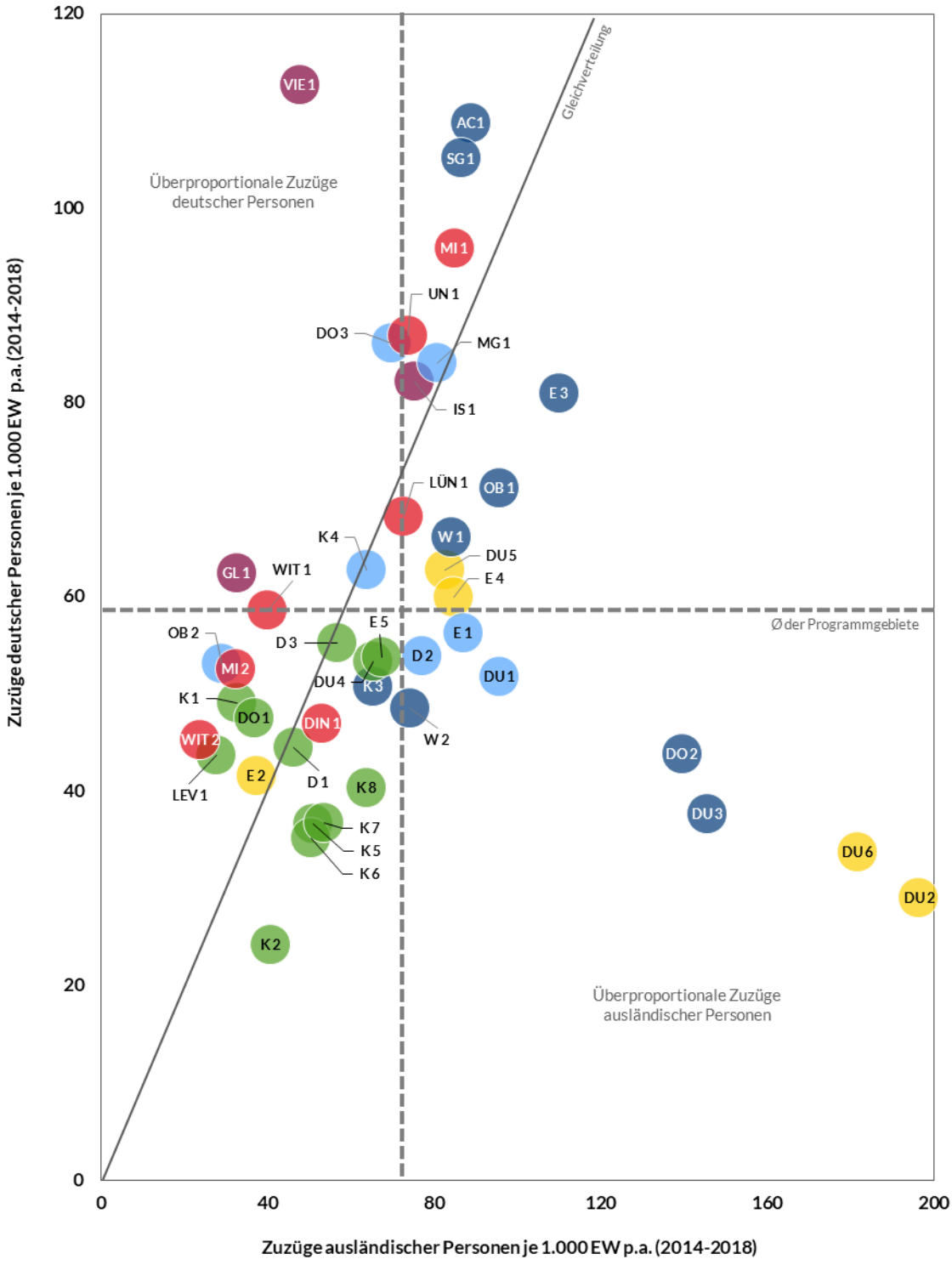


Anmerkungen: Fortzüge in andere Stadtteile sowie über die Gemeindegrenze. WIT-Heven abweichend 2015-2018

Abb. 26:

Zuzüge von deutschen und ausländischen Personen

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang

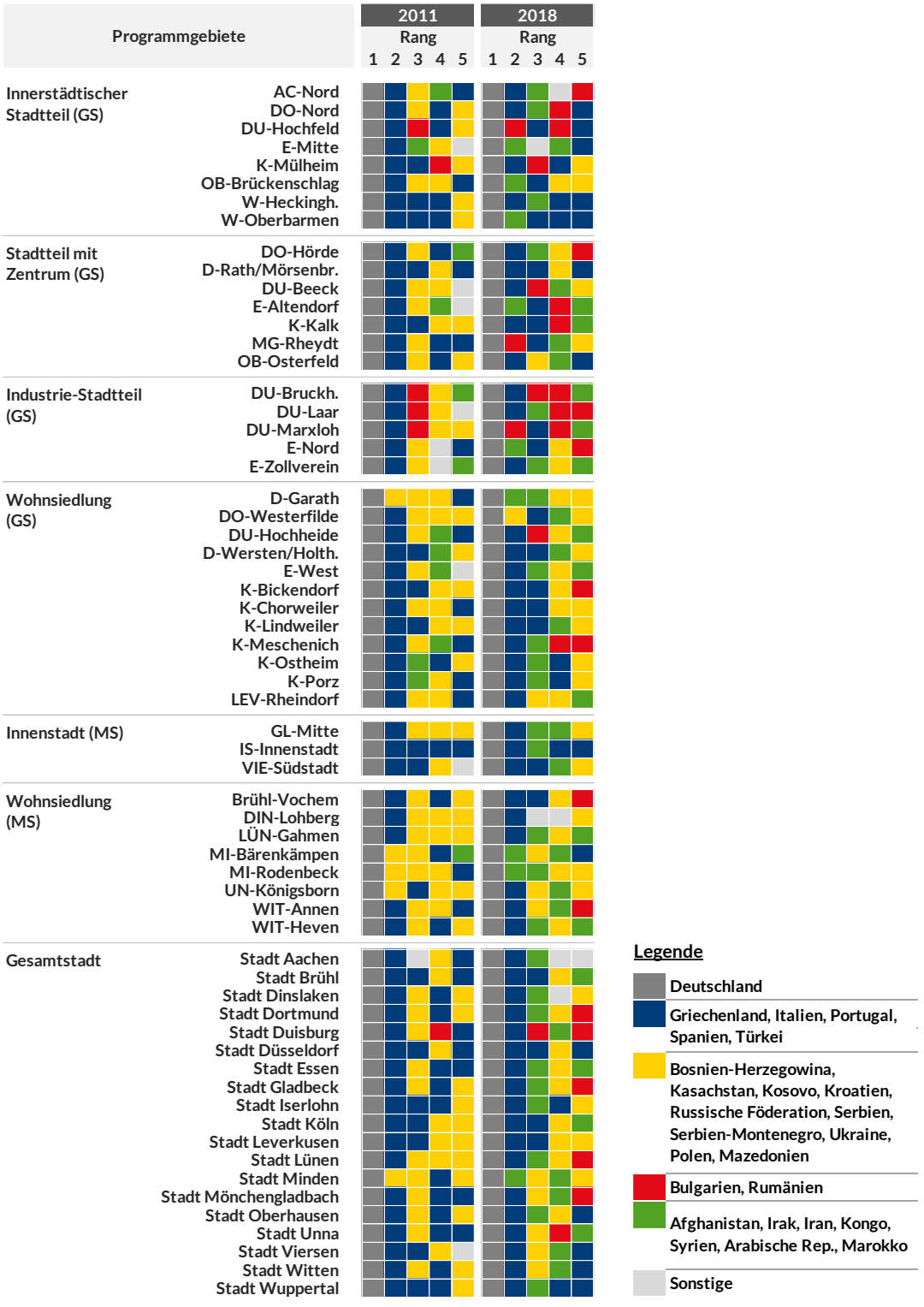


Anmerkungen: Zuzüge aus anderen Stadtteilen sowie über die Gemeindegrenze. WIT-Heven abweichend 2015-2018.

Abb. 27:

„Top 5“-Nationalitäten in den Programmgebieten und Städten

Farbe: siehe Legende

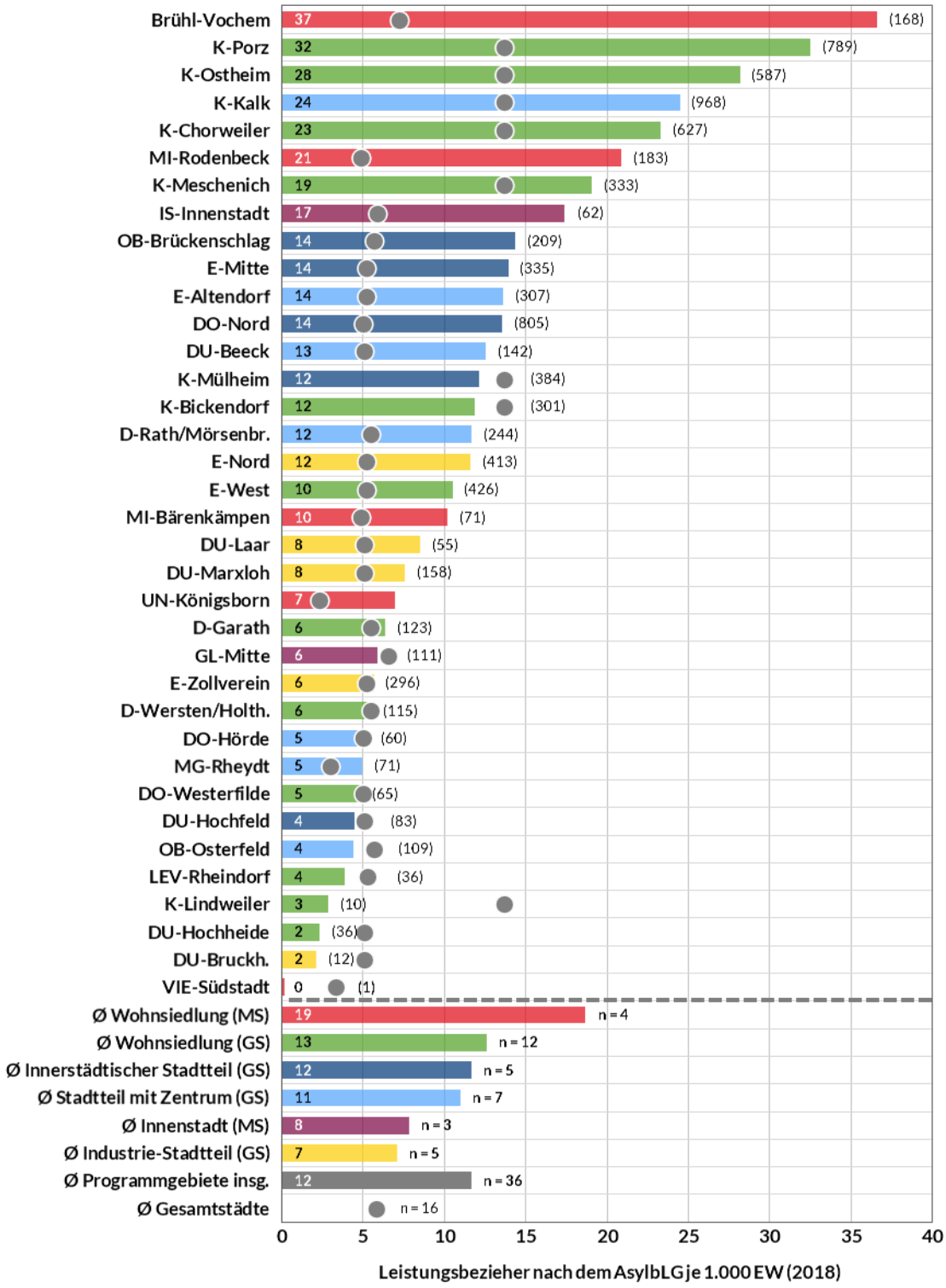


Anmerkungen: Ausgewertet wurde jeweils die erste Staatsangehörigkeit. Die Ränge werden jeweils von einem der Länder der entsprechenden Kategorie eingenommen.

Abb. 28:

Leistungsbezug nach dem AsylbLG

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammern: Zahl der Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG

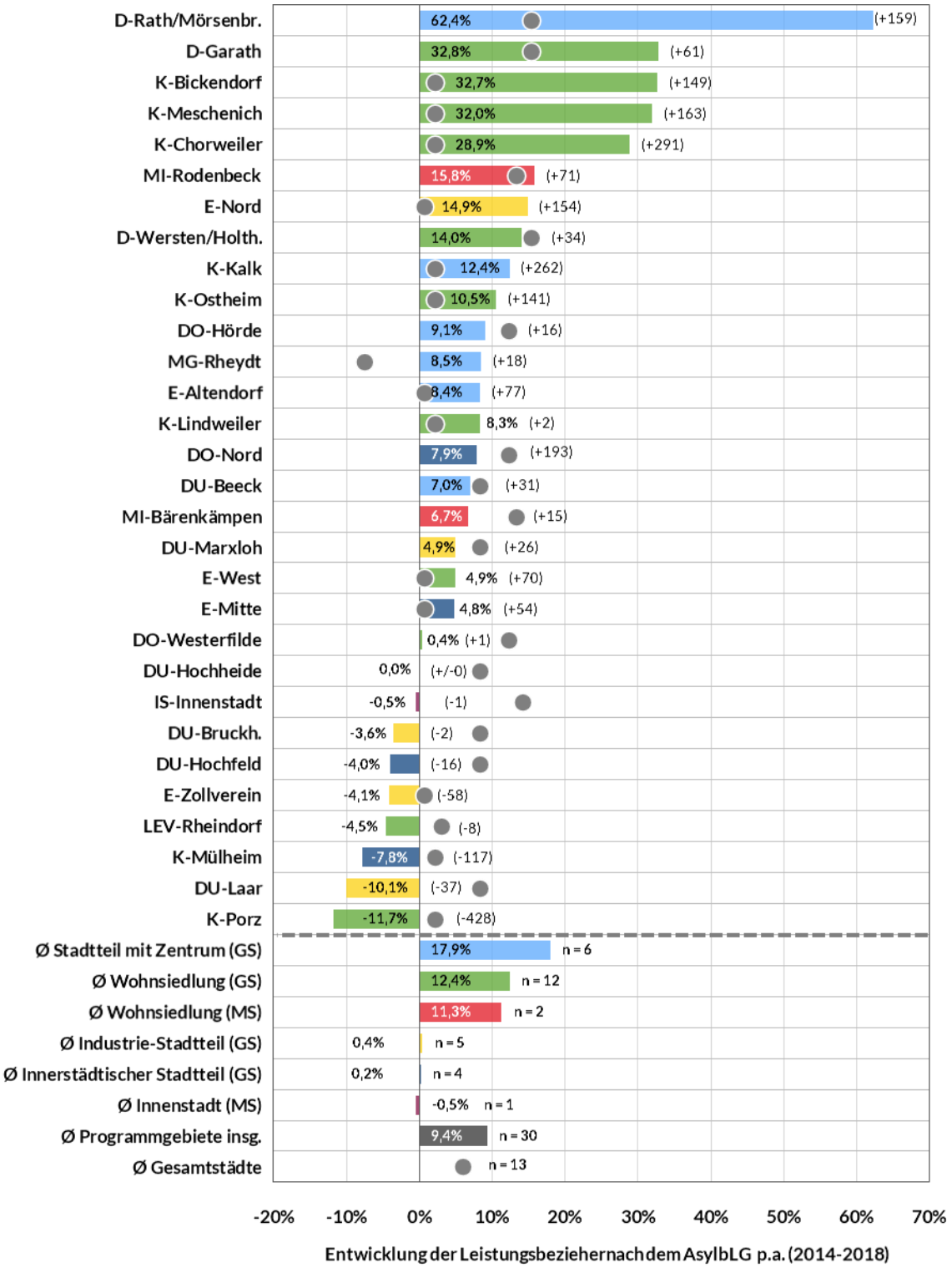


Anmerkungen: Düsseldorf und Iserlohn abweichend 2017

Abb. 29:

Entwicklung der Personen mit Leistungsbezug nach dem AsylbLG

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen / in Klammern: absolute Zu – oder Abnahme der Personen im Leistungsbezug



Anmerkungen: Düsseldorf und Iserlohn abweichend 2014-2017, Köln abweichend 2015-2018

5. Wohnen

In den Gebieten der ozialen Stadt wohnt man in der Regel günstiger als in anderen Gebieten der jeweiligen Stadt. Besonders groß sind die Unterschiede in den (großen) Städten mit angespannten Wohnungsmärkten. So betrug der Median der 2017 zur Neu- oder Wiedervermietung angebotenen Wohnungen in Düsseldorf und Köln über zehn €/m² (kalt, ohne Nebenkosten), während die Quartiere der Sozialen Stadt zum Teil deutlich darunter rangierten (Abb. 30). Dies sieht schon in den wachstumsschwächeren Großstädten des Ruhrgebietes anders aus. Essen, Dortmund und Duisburg sind beispielsweise deutlich günstiger (Median im Bereich zwischen sechs und sieben €/m²) und liegen im gesamtstädtischen Durchschnitt viel näher an den Quartieren der Sozialen Stadt. Die Mittelstädte sind in dieser Hinsicht ähnlich zu charakterisieren.

Dennoch gilt, dass die Mieten in den Quartieren der Sozialen Stadt grundsätzlich günstiger sind. Angesichts der hohen Bedeutung des bezahlbaren Wohnens scheint dies zunächst ein Vorteil zu sein. Unterstellt man jedoch der Bewohnerschaft in diesen Gebieten auch durchschnittlich niedrigere Einkommen, relativiert sich dieser Vorteil. Denn im Mittel geben die Haushalte mit geringeren Einkommen relativ zu ihrem Einkommen mehr für das Wohnen aus. Und dies, obwohl sie in der Tendenz günstigere und kleinere Wohnungen beziehen. Die häufig als noch akzeptabel angesehene Einkommensbelastung durch das Wohnen von 30 % wird besonders häufig von Haushalten mit geringen Einkommen erreicht oder überschritten (Mikrozensus 2014). Dies dürfte auch die Quartiere der Sozialen Stadt kennzeichnen. Da die Einkommen im Niedriglohnbereich in Köln, Düsseldorf und anderen teuren Städten nicht wesentlich höher ausfallen, müssen die Haushalte mit niedrigen Einkommen hier wahrscheinlich besonders hohe Anteile ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden. Dies schränkt sie wiederum in besonderer Weise in anderen Ausgabe- oder Konsumbereichen ein (Bildung, Freizeit, Ernährung, Gesundheit etc.). Teures Wohnen schränkt insofern partiell auch die Möglichkeiten zu einer sonstigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein.[15]

Die Aufwärtsbewegung der Mietpreise war in der jüngeren Vergangenheit in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens recht dynamisch und auch Anlass für intensive wohnungspolitische Diskussionen und entsprechende Maßnahmen. Im (ungewichteten) Mittel aller Programmgebiete ist es im Zeitraum von 2014 bis 2017 zu einem Mietpreisanstieg von 11,4 % gekommen (Abb. 31). Teilweise haben sich die Mieten in den Gebieten der Sozialen Stadt dynamischer entwickelt als in der jeweiligen Gesamtstadt und sich insofern an den jeweiligen gesamtstädtischen Durchschnitt angenähert (z. B. Minden-Rodenbeck +30 %/Minden +17%; Essen-Nord + 17 %/Essen +12 %; Solingen-Nordstadt +14 %/Solingen +9 %). Andere Programmgebiete bleiben in ihrer Preisentwicklung hinter der jeweiligen Stadt zurück (z. B. Aachen-Nord +5 %/Aachen +8 %). Eindeutige Ursachen und damit korrespondierende Muster sind in den vorliegenden Daten kaum erkennbar. Insofern haben die Charakteristika des einzelnen Programmgebietes einen großen Einfluss auf die Mietpreisentwicklung.

Dennoch ist es plausibel anzunehmen, dass die Lage eines Programmgebietes in einer dynamisch wachsenden Stadt mit einem angespannten Wohnungsmarkt einen Unterschied macht. Einmal wegen der höheren Ausgangsmiete und darüber hinaus, weil sich eine Zusatznachfrage bei geringen Leerstandsreserven – zumindest theoretisch – schneller auf die Mieten auswirken dürfte. So gilt für

[15] Die Median-Angebotsmietpreise (nettokalt) sind ein Datenzugang, um die Situation des Wohnens abzubilden. Als weitere Informationsgrundlage wäre darüber hinaus denkbar, die „Kosten der Unterkunft“ nach SGB II in Betracht zu ziehen. In einer zukünftigen Fortschreibung könnten diese in die Auswertung integriert werden.

die meisten Düsseldorfer und Kölner Programmgebiete, dass sie in ihrer Mietpreisentwicklung über dem gesamtstädtischen Mietpreisanstieg liegen.

Aus den Mietpreisdaten ist leider nicht erkennbar, ob der Mietpreisanstieg das Resultat einer Wohnwertsteigerung ist (z. B. nach Modernisierung) oder lediglich eine Anpassung an eine sich verändernde Wohnungsmarktsituation. In den meisten Fällen wird beides zusammenwirken, aber die Bedeutung dieser beiden Komponenten ist zwischen den Programmgebieten dennoch variabel. Auch der Wohnungsneubau spielt eine Rolle bei der Mietpreisentwicklung: Einmal als statistischer Effekt und zum anderen aufgrund der möglichen positiven Ausstrahlung von Neubauobjekten auf den Wohnungsbestand. Gerade beim Wohnen zeigt sich die Ambivalenz jeglicher Stadterneuerung. Ziel des öffentlichen Engagements ist es in der Regel, die Stadtteile attraktiver und lebenswerter zu machen. Dies stärkt den Zuzug und erhöht die Zahlungsbereitschaft für das Wohnen in diesen Quartieren. In der Konsequenz steigen auch die Investitionsspielräume, was sowohl zu höheren Investitionen in den Wohnungsbestand als auch zu mehr Neubau führen kann. Insofern handelt es sich bei der städtebaulichen Attraktivierung und der Sicherung preiswerten Wohnens partiell um konkurrierende Ziele. Ihre stadtteilspezifische Ausbalancierung ist als Daueraufgabe bei sich ändernden Wohnungsmarktbedingungen eine schwierige Gratwanderung. Dies ist den letzten Jahren bei sich verengenden Wohnungsmärkten noch deutlich anspruchsvoller geworden.

Dass die Programmgebiete innerhalb der Städte eine besondere Rolle bei der Sicherung des preisgünstigen Wohnens innehaben, ergibt sich einerseits aus den günstigeren Mieten. Gleichzeitig konzentrieren sich die geförderten Wohnungen in den Stadtteilen. Dies gilt jedoch nur im Mittel und bei weitem nicht für alle Programmgebiete. So beträgt der Bevölkerungsanteil der Programmgebiete an der Gesamtbevölkerung der beteiligten Städte circa sechs %. Der Anteil der geförderten Wohnungen am gesamtstädtischen Bestand des geförderten Wohnungsbaus liegt hingegen bei zehn % (Abb. 33). Besonders deutlich ist die Konzentration der geförderten Wohnungen in Unna-Königsborn (26 % der geförderten Wohnungen in Unna liegen im Gebiet, aber nur sechs % der Unnaer Bevölkerung leben in diesem), Viersen-Südstadt (19 % der geförderten Wohnungen und neun % der Bevölkerung im Gebiet) und Oberhausen-Brückenschlag (17 % der geförderten Wohnungen und sieben % der Bevölkerung im Gebiet). Leider lässt sich aus den verfügbaren Daten nicht ableiten, in welchem Umfang im Betrachtungszeitraum zusätzliche geförderte Wohnungen in den Programmgebieten errichtet wurden.

Während die Programmgebiete einen überproportionalen Beitrag zur Versorgung des lokalen Wohnungsmarktes mit günstigen und geförderten Wohnungen leisten, tragen sie nur unterproportional zum Wohnungsneubau bei. In den am Monitoring beteiligten Städten wurden zwischen 2014 und 2018 jährlich circa 1,8 Wohnungen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gebaut. In den Programmgebieten bleibt dieser Wert knapp unter einer Wohnung pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und Jahr (Abb. 34). Naheliegend ist, dass die Neubauintensität in den wachsenden Städten deutlich nach oben abweicht. Dies überträgt sich jedoch nicht durchgängig auf die Programmgebiete. Hohe Wohnungsbauintensitäten finden sich in Programmgebieten unabhängig vom Charakter des städtischen Wohnungsmarktes (genauso wie niedrige Bauintensitäten).

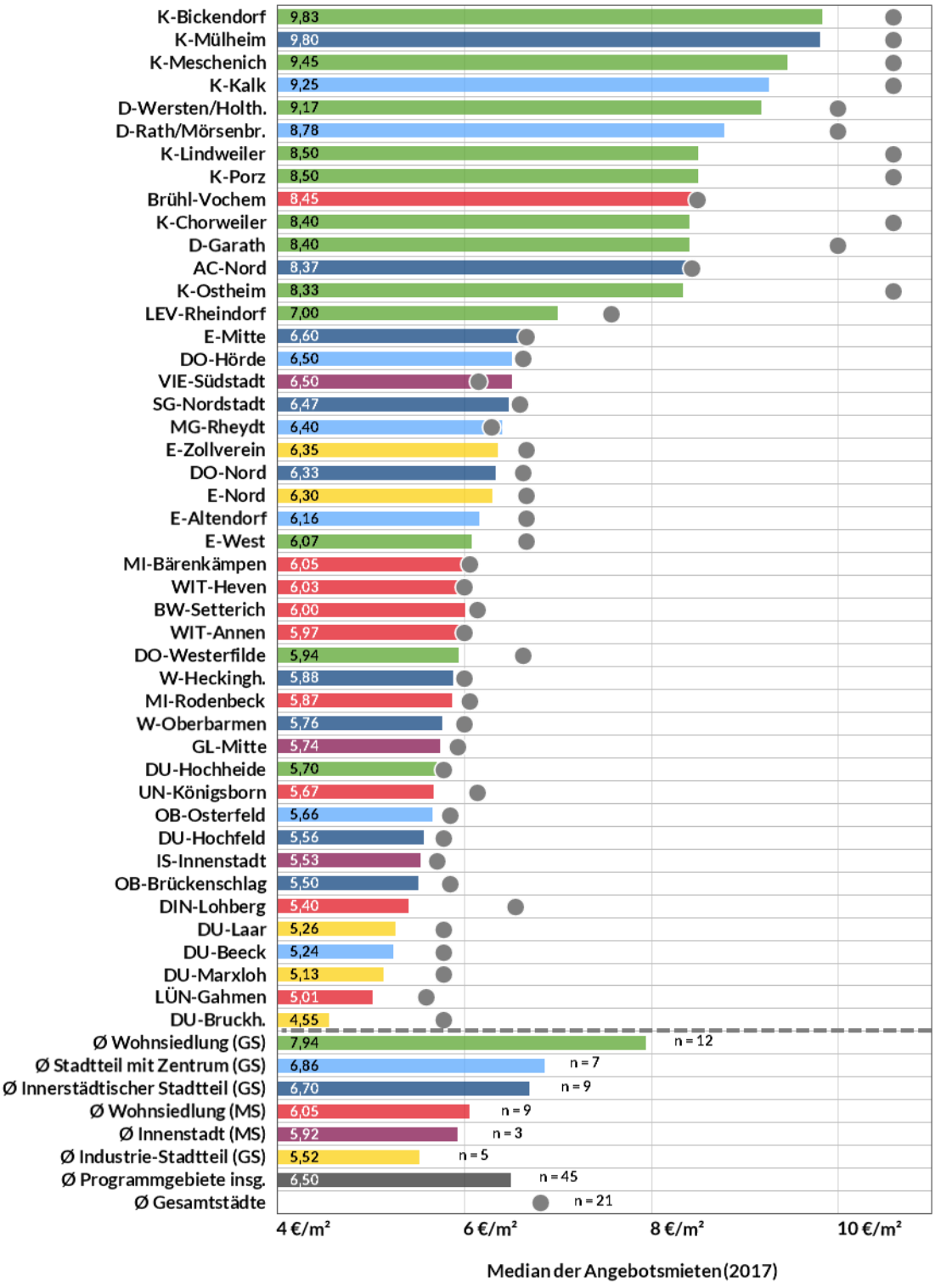
Hohe Wohnungsbauintensitäten hängen einerseits von der Flächen- bzw. Grundstücksverfügbarkeit und damit schließlich auch von der Abgrenzung der Programmgebiete ab. Da macht es einen großen Unterschied, ob die Grenze eines Programmgebietes einen vorhandenen Wohnungsbestand eng umschließt oder eher großzügig unter Einbezug von Reserveflächen säumt. Darüber hinaus erklärt sich die durchgängig niedrigere Wohnungsbauintensität aus dem geringeren Preisniveau der Gebiete. Insbesondere für den freifinanzierten Wohnungsbau ist es hier schwieriger,

kostendeckende bzw. rentierliche Neubaumieten oder entsprechende Verkaufspreise zu erzielen. Der konjunkturell beschleunigte Baukostenanstieg der letzten Jahre hat zusätzlich dazu beigetragen. Dies lässt sich in der Grundlogik auch auf Investitionen in den Wohnungsbestand in Form von Modernisierungsmaßnahmen übertragen und führt dazu, dass in den Gebieten oftmals ein Modernisierungsstau der Gebäude entsteht. Anders stellen sich die wirtschaftlichen Gegebenheiten für den Bau geförderter Wohnungen dar. Bei tendenziell günstigeren Grundstückspreisen gelten auch in den Programmgebieten die gesamtstädtischen Fördermieten, so dass der geförderte Wohnungsbau hier etwas rentierlicher als im städtischen Durchschnitt sein dürfte.

Abb. 30:

Median der Angebotsmietpreise

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen

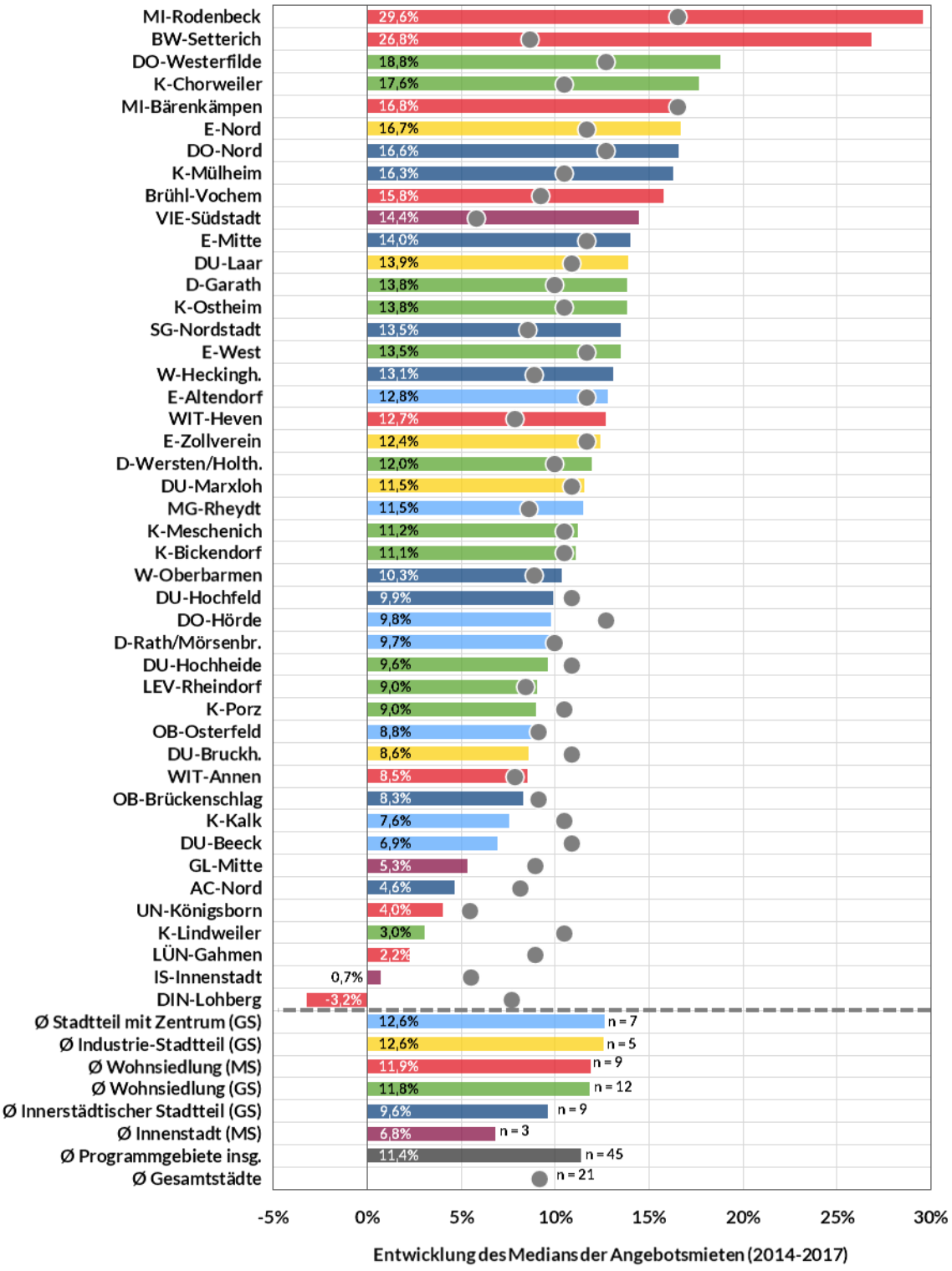


Anmerkungen: Datengrundlage empirica-systeme.de. Die Daten basieren auf Mietinseraten. Angegeben wird der Mietpreis nettokalt. K-Lindweiler, Brühl-Vochem, BW-Setterich, DIN-Lohberg, DU-Bruckh. geringe Fallzahl (<100 Inserate), daher eingeschränkte Aussagekraft.

Abb. 31:

Entwicklung des Medians der Angebotsmietpreise

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen

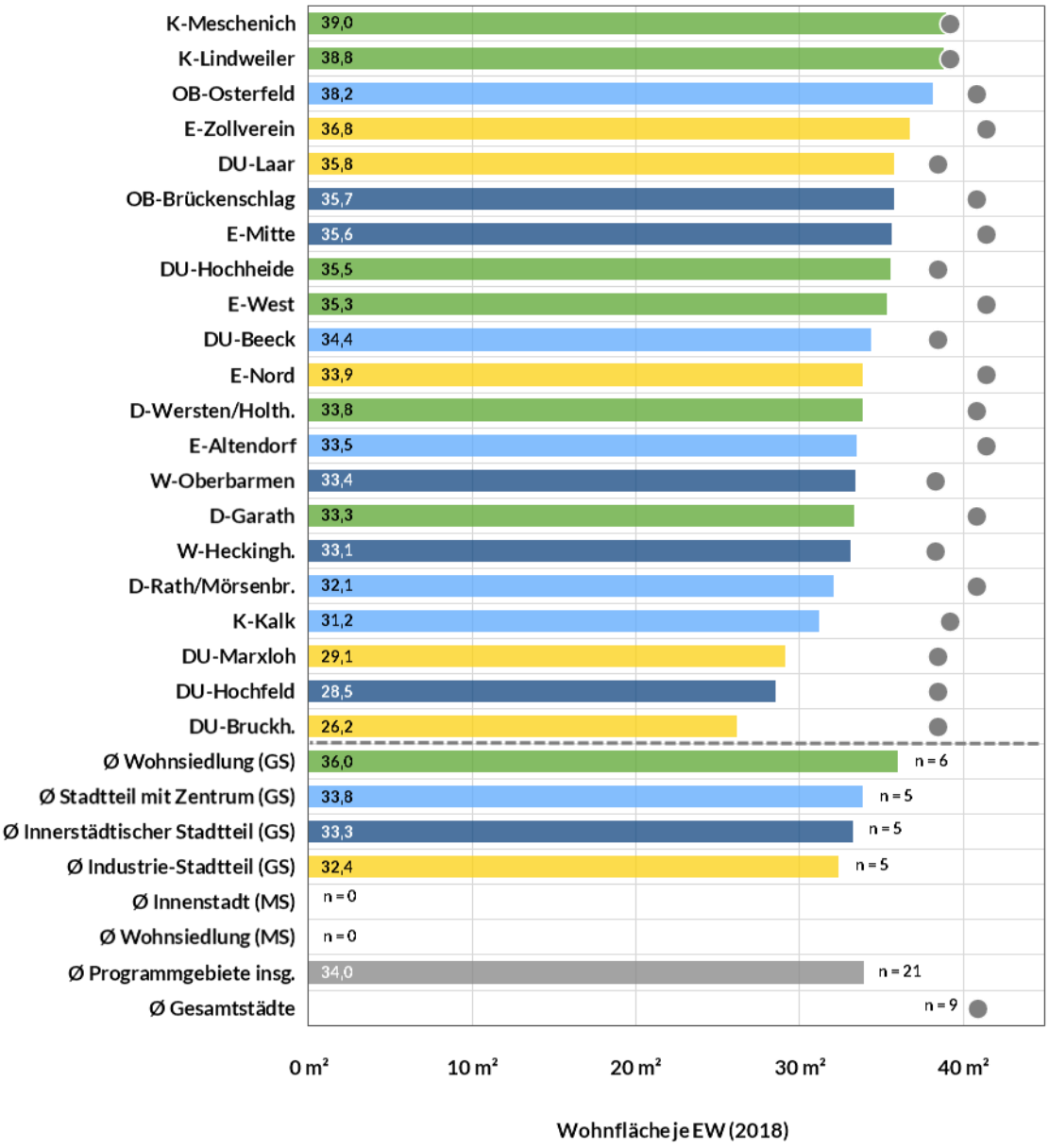


Anmerkungen: Datengrundlage empirica-systeme.de. Die Daten basieren auf Mietinseraten. Angegeben wird der Mietpreis nettokalt. K-Lindweiler, Brühl-Vochem, BW-Setterich, DIN-Lohberg, DU-Bruckh. geringe Fallzahl (<100 Inserate), daher eingeschränkte Aussagekraft.

Abb. 32:

Wohnfläche pro Einwohnerin und Einwohner

Gefärbte Balken: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen



Anmerkungen: Düsseldorf abweichend 2017

Abb. 33:

Anteil des geförderten Wohnungsbestands im Verhältnis zur Bewohnerschaft

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Farbe: Gebietstypen / Abkürzungsverzeichnis: siehe Anhang

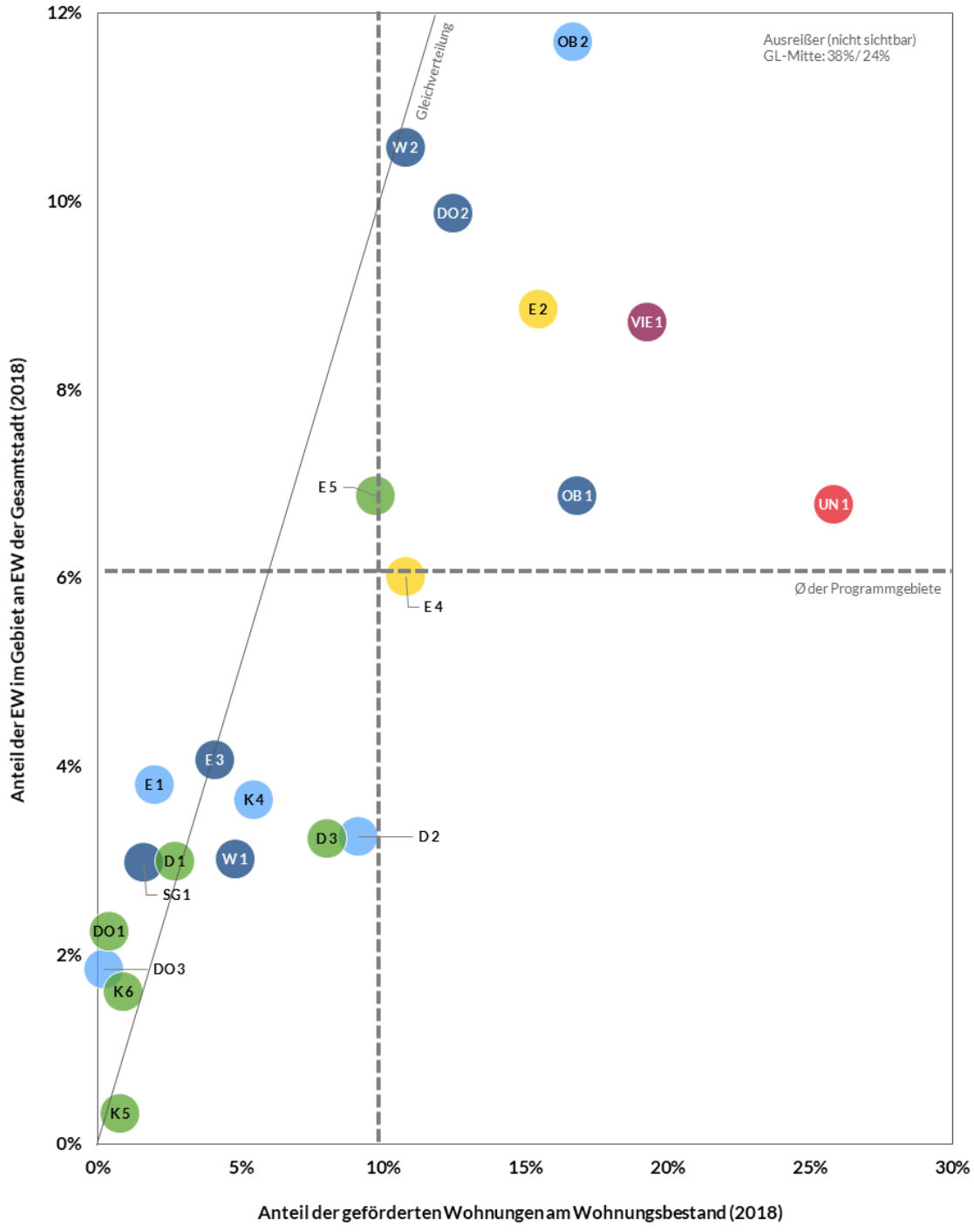
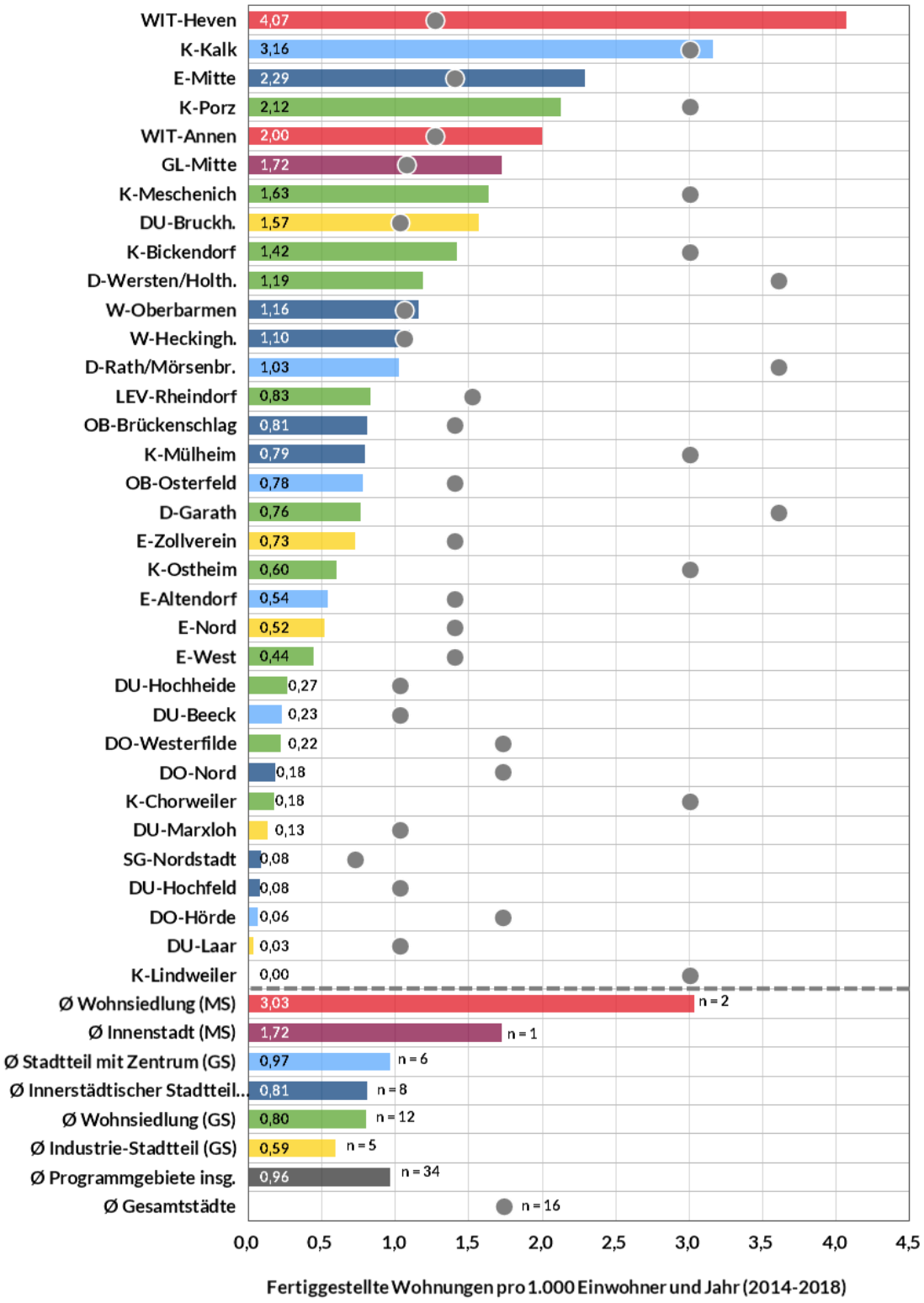


Abb. 34:

Baufertigstellungen

Gefärbte Punkte: Programmgebiete / Graue Punkte: Städte / Farbe: Gebietstypen



Anmerkungen: LEV-Rheindorf Daten abweichend für den Stadtteil Rheindorf; Dortmund abweichend 2014-2016

6. Gesamtbetrachtung der Ergebnisse

In den vorausgegangenen Kapiteln wurden die Kontextbedingungen der Programmgebiete der Sozialen Stadt in NRW entlang vier thematischer Schwerpunkte und Hauptherausforderungen dargestellt. Dabei wurden im Wesentlichen die Programmgebiete miteinander verglichen. Hierauf aufbauend wird in den folgenden Abschnitten eine themenübergreifende Einordnung der vorherigen Ergebnisse vorgenommen. Neben dem Fokus auf die verschiedenen Gebietstypen wird außerdem genauer betrachtet, in welchem Verhältnis die einzelnen Programmgebiete zu den jeweiligen Gesamtstädten stehen und inwiefern sich die teilräumliche Benachteiligung weiterentwickelt. Zudem werden die Ergebnisse der zweiten Fortschreibung in die langfristige Entwicklung seit Beginn des Monitorings des Städtenetzes Soziale Stadt NRW eingeordnet.

6.1 Besonderheiten der Gebietstypen

Besondere Quartiersmerkmale sowie Baustrukturen und das damit einhergehende Wohnangebot bzw. Lagequalitäten begünstigen teils spezifische Entwicklungsmuster in den Programmgebieten. In Ergänzung zu den Kapiteln 2 bis 5 werden nachfolgend für die sechs Gebietstypen ihre jeweils eigenen Strukturen und Entwicklungstendenzen aufgezeigt.

Innerstädtischer gemischt genutzter Stadtteil (Großstadt)

Programmgebiete: Aachen-Nord, Duisburg-Hochfeld, Dortmund-Nord, Essen-Mitte, Köln-Mülheim, Oberhausen-Brückenschlag, Solingen-Nordstadt, Wuppertal-Heckinghausen, Wuppertal-Oberbarmen

Die Gebiete des Typs sind im Wesentlichen durch eine (meist gründerzeitliche) Blockrandbebauung und eine hohe Nutzungsmischung geprägt. In diesen Gebieten ist in den Indikatoren eine im Vergleich zu den anderen Gebietstypen überdurchschnittliche Konzentration der Problemlagen festzustellen. Die Gebiete haben mit knapp sechs % ein Bevölkerungswachstum erfahren, das über dem Mittel der Programmgebiete liegt. Ursächlich war hierbei insbesondere der Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern, was zu weiten Teilen durch den Zuzug von Personen aus Südosteuropa sowie aus den bekannten Krisenregionen (u. a. Syrien, Irak, Afghanistan) der letzten Jahre erklärt werden kann. Die Konzentration der ausländischen Bevölkerung im Gebiet hat sich so in den letzten Jahren verstärkt. Für diesen Gebietstyp haben die Zuwanderungsströme der letzten Jahre (zusammen mit dem Typ „Industrie-Stadtteil (GS)“, s.u.) die stärksten Veränderungen mit sich gebracht. Die innenstadtnahe Lage, aber auch die meist kleinteiligen Eigentumsstrukturen im Wohnungsbestand können dies begünstigt haben[16]. Die ohnehin hohen Anteile von Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften sind in den letzten Jahren weiter gestiegen, was vor allem bei den Kindern in Bedarfsgemeinschaften besonders ausgeprägt ist. Auch hier ist ein Zusammenhang mit den Zugezogenen Bevölkerungsgruppen zu sehen. Gleichzeitig ist die Fluktuation der Bevölkerung

[16] Vielfach wird aus den Programmgebieten berichtet, dass vor allem Zuwandernde aus Rumänien und Bulgarien zum Teil in ausbeuterischen und an Illegalität grenzenden Wohnverhältnissen unterkommen. Diese Mietverhältnisse treten tendenziell eher im Einzeleigentum als bei größeren Wohnungsgesellschaften auf.

überdurchschnittlich ausgeprägt und in den Gebieten des Typs ist anders als in den anderen Gebietstypen seltener ein stabiler Bevölkerungskern mit langjähriger Wohndauer vorhanden. Wahrscheinlich aufgrund der Bevölkerungsstruktur und der eher zunehmenden sozialen Problemlagen waren die Gebiete unterdurchschnittlich stark vom allgemein festgestellten Anstieg der Mietpreise betroffen.

Gemischt genutzter Stadtteil mit eigenständiger Zentrumsstruktur (Großstadt)

Programmgebiete: Duisburg-Beeck, Düsseldorf-Rath/Mörsenbroich, Dortmund-Hörde, Essen-Altendorf, Köln-Kalk, Mönchengladbach-Rheydt, Oberhausen-Osterfeld

Zum Gebietstyp gehören Quartiere, die ein eingeständiges Einzelhandels- bzw. Versorgungszentrum aufweisen. Sie liegen nicht direkt in der Innenstadt, die jeweilige Entfernung und auch die Anbindung zum Zentrum variiert jedoch. Auch die Ergebnisse bei den Indikatoren deuten darauf hin, dass es sich (über den gemeinsamen Nenner eines eigenen Zentrums hinaus) doch um recht unterschiedliche Gebiete handelt. So streuen etwa die Ergebnisse der Gebiete zu den Anteilen an Transferempfängerinnen und -empfängern stark. Gleichzeitig fallen die Gebiete bei vielen Indikatoren weder besonders positiv noch negativ auf. Die Bevölkerungsstruktur und die demographische Entwicklung liegen im Durchschnitt aller Gebiete. Ein Erklärungsansatz hierfür könnte sein, dass die Gebiete durch ihre eigenständige Versorgungsstruktur stärker als etwa die „Industrie-Stadtteile (GS)“ für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen als Wohnort interessant sind und sich so eine ausgeglichenere Bevölkerungsstruktur ergibt.

Stark durch Industrie beeinträchtigter Stadtteil (Großstadt)

Programmgebiete: Duisburg-Bruckhausen, Duisburg-Laar, Duisburg-Marxloh, Essen-Zollverein, Essen-Nord

Zu dem Gebietstyp zählen ausschließlich Gebiete in Duisburg und Essen. Im Vergleich zu den „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“ liegen sie mehr am Stadtrand. Zudem werden die Stadtteile von angrenzenden Industrieanlagen geprägt. Obwohl sie sich räumlich und auch baustrukturell von den „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“ unterscheiden, zeigen sie in der Auswertung der Indikatoren ein ähnliches Bild. Auch die „Industrie-Stadtteile (GS)“ weisen in den letzten Jahren einen starken Bevölkerungsanstieg auf, der insbesondere durch Zuzüge von Ausländerinnen und Ausländern entstanden ist. Wie auch in den „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“ zeigt sich insgesamt eine hohe Fluktuation der Bevölkerung, wobei gerade in den Duisburger Stadtteilen gleichzeitig ein Kern an langjährigen Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern vorhanden ist. Eine solche Zweiteilung der Bevölkerung deutet sich auch in der SGB II-Entwicklung an. Der Gebietstyp weist die größte Differenz zwischen der Abnahme der Personen in SGB II in der deutschen Bevölkerung und der Zunahme der SGB II-Beziehenden in der ausländischen Bevölkerung auf. Auch bei der Wahlbeteiligung (geringster Anteil unter den Gebietstypen) und der Jugendarbeitslosigkeit (höchster Anteil unter den

Gebietstypen) deutet sich an, dass in diesen Stadtteilen die größten Problemlagen unter den Gebieten zu finden sind. Hervorzuheben sind die Gebiete Duisburg-Marxloh und Duisburg-Bruckhausen, die bei fast allen Indikatoren durch besonders negative Werte auffallen. Sie beeinflussen auch die Durchschnittswerte des Gebietstyps stark.

Wohnsiedlung, teilweise mit städtebaulicher Dominanz des Geschosswohnungsbaus (Großstadt)

Programmgebiete: Düsseldorf-Garath, Düsseldorf-Wersten/Holthausen, Duisburg-Hochheide, Dortmund-Westerfilde, Essen-West, Köln-Bickendorf, Köln-Chorweiler, Köln-Lindweiler, Köln-Meschenich, Köln Ostheim, Köln-Porz, Leverkusen-Rheindorf

Die Gebiete des Typs weisen einen starken Schwerpunkt auf der Wohnbebauung ohne nennenswerte Versorgungsfunktionen auf. Bei vielen der Gebiete handelt es sich um Großwohnsiedlungen mit ergänzenden benachbarten Wohnquartieren. Sechs der zwölf Gebiete liegen in der Stadt Köln, so dass städtische Besonderheiten die Durchschnittwerte des Gebietstyps beeinflussen können (siehe insb. durchschnittliche Mietpreise). Der Gebietstyp zeichnet sich unter den Gebieten der Sozialen Stadt durch die stabilsten Strukturen aus. Die Bevölkerungszahl ist im Durchschnitt am geringsten von den Gebietstypen gestiegen und in manchen Gebieten sogar rückläufig. Letzteres muss nicht bedeuten, dass übermäßig viele Haushalte die Gebiete verlassen, sondern kann auch alterstrukturell durch den Auszug erwachsener Kinder aus den Haushalten bedingt sein. So ist insgesamt die Fluktuation der Bevölkerung in den Gebieten des Typs deutlich geringer ausgeprägt und es gibt überwiegend einen durchschnittlichen bis großen Anteil von Personen, die bereits langjährig im Quartier wohnen. Die in den „innerstädtischen Stadtteilen (GS)“ und den „Industrie-Stadtteilen (GS)“ deutlich festzustellenden demographischen Veränderungen durch den Zuzug neuer Gruppen von Einwandernden sind in den Gebieten nicht zu erkennen. Allerdings muss man hierbei bedenken, dass die Städte der Rheinschiene in dem Gebietstyp überrepräsentiert sind. Gerade in den Ruhrgebietsstädten wurde jedoch in den letzten Jahren der starke Zuzug von Personen mit südosteuropäischer Herkunft beobachtet. Die Ergebnisse der Indikatorenbetrachtung spiegeln daher nur zum Teil die Besonderheiten der Quartiere und auch die Besonderheiten der Städte wider.

Innenstadt (Mittelstadt)

Programmgebiete: Gladbeck-Mitte, Iserlohn-Innenstadt, Viersen-Südstadt

Unter dem Gebietstyp wurden drei Gebiete gefasst. Da die Statistikstellen der Mittelstädte erwartungsgemäß eine eher geringe Ausstattung haben, liegen für diese drei Gebiete nicht für alle Indikatoren Daten vor. Daher lassen sich aus den Daten keine Verallgemeinerungen für den Gebietstyp ziehen, sondern die individuelle Situation in den jeweiligen Gebieten bzw. die Unterschiede zwischen den Städten beeinflussen die Daten stark. Die Viersener-Südstadt steht in Bezug auf die Indikatoren zur Sozioökonomie etwas besser da als die anderen beiden Gebiete. Sie weist geringere SGB II-Anteile und eine geringe Jugendarbeitslosigkeit

auf. Im Zusammenhang damit steht vermutlich auch, dass die Mietpreise deutlich höher als in Iserlohn-Südliche Innenstadt und Gladbeck-Mitte sind. In Gladbeck-Mitte ist hingegen im Vergleich zu den anderen beiden Gebieten ein stärkeres Bevölkerungswachstum festzustellen bei gleichzeitig höherem Anteil der Zuzüge von außerhalb der Stadt. Dies scheint eher in einer vergleichsweise hohen Neubauintensität im Gebiet begründet zu liegen als an einem (wie in anderen Gebietstypen zu beobachtenden) Zuzug von Einwandernden.

Wohnsiedlung (Mittelstadt)

Programmgebiete: Brühl-Vochem, Baesweiler-Setterich, Dinslaken-Lohberg, Lünen-Gahmen, Minden-Bärenkämpen, Minden-Rodenbeck, Unna-Königsborn, Witten-Annen, Witten-Heven

Auch bei den Wohnsiedlungen der Mittelstädte zeigt sich in den Indikatoren überwiegend eine breite Streuung und durch die zusätzlich nicht immer gegebene Datenverfügbarkeit sind allgemeine Aussagen auch für diesen Gebietstyp schwierig.

Tendenziell ist die sozioökonomische Situation der Bevölkerung etwas besser als in den großstädtischen Gebieten. Die Anteile der Bevölkerung in SGB II-Bedarfsgemeinschaften liegen im Durchschnitt der Programmgebiete und haben durchschnittlich bis unterdurchschnittlich stark zugenommen. Der Anteil sowie der Anstieg der Zahl der Ausländerinnen und Ausländern ist in den Gebieten unterdurchschnittlich. Die beiden Mindener Gebiete fallen bei einigen Indikatoren als Ausreißer auf. In Minden-Rodenbeck ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer im Betrachtungszeitraum im Unterschied zu den anderen Gebieten des Typs stark gestiegen. Ursächlich kann die hier seit 2010 bestehende Unterkunft für Geflüchtete sein. Minden-Bärenkämpfen fällt hingegen durch einen starken Bevölkerungsanstieg bei gleichzeitig auch hoher Fortzugsintensität und sinkender Zahl von SGB II-Empfängerinnen und -empfängern auf. Hier scheinen deutliche Veränderungen der Bevölkerungsstruktur stattgefunden haben.

6.2 Entwicklung der teilräumlichen Benachteiligung

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ verbindet sich das Ziel, in sozial benachteiligten und strukturschwachen Quartieren städtebauliche Missstände zu beseitigen und zur Stabilisierung und Aufwertung der Nachbarschaften beizutragen. Die Programmgebiete sollen mit den gewählten Maßnahmen wieder an die durchschnittlichen Verhältnisse und die Entwicklungen in den Städten angebunden werden. In den vorausgehenden Kapiteln wurden verschiedene Kennzahlen als Indikatoren für Teilhabe und Integration für sich stehend betrachtet. Für eine abschließende Einschätzung zum Status quo der Programmgebiete werden nachfolgend ausgewählte Indikatoren zu einem Gesamtindex zusammengeführt. Vor dem Hintergrund der Aufgabenstellung der Sozialen Stadt ist es von besonderer Bedeutung nicht nur zu beschreiben, inwiefern sich die Gebiete untereinander unterscheiden (Index: Vergleich der Programmgebiete, siehe S. 59ff). Wichtig ist darüber hinaus aufzuzeigen, in welchem Ausmaß sich die Programmgebiete im Beobachtungszeitraum von den jeweiligen gesamtstädtischen Entwicklungstrends abkoppeln oder sich ggf. an die gesamtstädtischen

Entwicklungstrends annähern (Index: Abkopplung und Angleichung an die gesamtstädtische Entwicklung, siehe S. 62ff).

Berechnung der Indizes

Drei wesentliche Einflussgrößen prägen die Entwicklung der Programmgebiete und Gesamtstädte im Berichtszeitraum. Grundsätzlich positiv wirkt zum einen die günstige Arbeitsmarktentwicklung (Kapitel 3). Zusätzliche Herausforderungen trägt gleichzeitig die internationale Zuwanderung in die Programmgebiete (Kapitel 4). Ambivalent und uneindeutig in der Bewertung ist hingegen die Wohnungsmarktentwicklung, weil sie einerseits Investitionsspielräume für Qualitätsverbesserungen schafft, sich andererseits aber auch mit steigenden Mieten verbindet, die ihrerseits soziale Härten erzeugen können (Kapitel 5). Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wurden folgende Indikatoren für die Berechnung der Indizes ausgewählt:

Indikator	Ausprägung für die Berechnung des Index	
	Index: Vergleich der Programmgebiete	Index: Abkopplung und Angleichung an die gesamtstädtische Entwicklung
Personen im **SGB II-Bezug**	Anteil an der Bevölkerung unter 65 Jahren, 2017	Entwicklung der Anzahl in %, 2014-2017
Personen ü. 65 J. im **SGB XII-Bezug**	Anteil an der Bevölkerung der Altersgruppe, 2017	Entwicklung der Anzahl in %, 2014-2017
alleinerziehende Haushalte	Anteil an allen Haushalten, 2017	Entwicklung der Anzahl in %, 2014-2017
ausländische Personen	Anteil an der Bevölkerung, 2018	Entwicklung der Anzahl in %, 2014-2018
Nichtwähler EU-Wahl	Quote, 2019	Entwicklung der Quote in %-Punkten, 2014-2019

Berechnung: Index – Vergleich der Programmgebiete

Die Programmgebiete werden hinsichtlich ihres Status quo verglichen. Dafür wird für jeden der fünf Einzelindikatoren die Abweichung der Programmgebiete vom Mittel aller Programmgebiete berechnet (Faktor der Abweichung). Anschließend wird für jeden Einzelindikator eine Rangfolge der Programmgebiete nach deren Abweichung vom Mittel erstellt. Entlang dieser Rangfolgen werden die Programmgebiete in jedem Einzelindikator aufsteigend bepunktet. Das Programmgebiet mit der stärksten negativen Abweichung vom Mittel aller Programmgebiete erhält jeweils einen Punkt, das Programmgebiet mit der stärksten positiven Abweichung erhält jeweils den höchsten Punktwert. Programmgebiete für die keine Wert vorliegen werden nicht bepunktet. Die Rangpunkte der Einzelindikatoren bilden die Grundlage für den Gesamtindex. Dieser setzt sich aus dem Mittelwert der vergebenen Rangpunkte zusammen. Das bedeutet, dass Programmgebiete mit

einem niedrigen Indexwert häufiger negativ vom Durchschnitt der Programmgebiete abweichen, während Programmgebiete mit einem hohen Indexwert hingegen häufiger positiv abweichen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Programmgebiete für die Einzelindikatoren sowie den sich hieraus berechneten Indexwert auf (siehe nachfolgende Seite).

Lesehilfe für die Tabelle: Index – Vergleich der Programmgebiete

Das Programmgebiet Köln-Chorweiler hat mit 5,2 Punkten (Indexwert) den zweitgeringsten Indexwert. Demzufolge weicht dieses Programmgebiet besonders häufig und stark negativ vom Mittel aller Programmgebiete ab. Der Faktor der Abweichung liegt durchgängig für alle fünf Indikatoren über 1. Dies bedeutet, dass Köln-Chorweiler bei jedem der fünf Einzelindikatoren den jeweiligen Mittelwert aller Programmgebiete überschreitet.

Die Einfärbung der Einzelwerte zeigt jeweils die Rangfolge der Einzelindikatoren und des Indexwert auf. Sie deutet am Beispiel von Köln-Chorweiler an, dass insbesondere der Anteil der Personen über 65 Jahren, die Leistungen nach dem SGB XII beziehen mit 31,2 % sowie der Anteil alleinerziehender Haushalte mit 8,6 % besonders hoch im Vergleich zu den übrigen Programmgebieten ausfallen. Beispielsweise ist der Anteil der Personen im SGB XII-Bezug in Chorweiler um das 2,7-fache höher als der Durchschnitt der Programmgebiete.

Nur das Programmgebiet Baesweiler-Setterich hat mit 5,0 Punkten einen geringeren Indexwert als Köln-Chorweiler (untere Tabelle ohne Einfärbung). In diesen Indexwert geht jedoch nur der Indikator „Anteil ausländischer Personen“ ein. Für die übrigen Indikatoren liegen keine Werte vor. Der Anteil der ausländischen Personen betrug 2017 in Setterich 42,1 % und überschreitet den Durchschnitt der Programmgebiete um das 1,38-fache. Hieraus ergibt sich der Rangwert 5, der den Index allein bildet. Dieser Wert kann insofern nicht ausreichend gesichert interpretiert werden. Um dies zu berücksichtigen, wurden Programmgebiete, die für drei oder mehr Indikatoren keine Werte vorliegen haben, gesondert gelistet.

Demgegenüber hat mit 34,0 Punkten (Indexwert) das Programmgebiet Oberhausen-Osterfeld einen hohen Indexwert und weicht demzufolge häufig und stark positiv vom Mittelwert der Programmgebiete ab. Die Abweichung der einzelnen Indikatoren vom jeweiligen Durchschnitt der Programmgebiete liegt in allen fünf Fällen unter eins und unterschreitet demnach durchgängig den Durchschnitt der Programmgebiete. Beispielsweise lag der Anteil der Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, 2017 bei 20,3 %. Der Mittelwert aller Programmgebiete wurde um den Faktor 0,71 unterschritten.

Index: Vergleich der Programmgebiete

Programm-gebiete	Bevölkerungsent-wicklung in % 2014-2018	Index-wert	Merkmale des Index Faktor der Abweichung vom Mittel aller Programmgebiete				
			Anteil **Personen im SGB II-Bezug** 2017	Anteil **Personen ü. 65 J. im SGB XII-Bezug** 2017	Anteil **alleinerziehende Haushalte** 2017	Anteil **ausländische Personen** 2018	**Nichtwähler-quote EU-Wahl** 2019
K-Chorweiler	-0,5%	5,2	1,08 (30,7%)	2,70 (31,2%)	1,41 (8,6%)	1,21 (36,8%)	1,12 (72,6%)
DU-Hochfeld	9,4%	6,6	1,38 (39,4%)	1,28 (14,8%)	0,99 (6,1%)	1,93 (58,8%)	1,08 (69,7%)
DU-Marxloh	10,0%	7,2	1,35 (38,4%)	0,93 (10,7%)	1,07 (6,5%)	1,84 (56,1%)	1,14 (73,7%)
DU-Bruckh.	4,6%	7,8	1,04 (29,7%)	1,56 (18,1%)	1,05 (6,4%)	1,80 (54,9%)	1,13 (73,3%)
OB-Brückenschlag	4,9%	10,0	1,40 (40,0%)	0,75 (8,7%)	1,20 (7,4%)	1,18 (35,8%)	1,05 (67,9%)
DO-Nord	3,5%	10,6	1,37 (38,9%)	2,01 (23,3%)	0,86 (5,3%)	1,72 (52,2%)	1,03 (66,8%)
K-Mülheim	1,7%	11,6	1,03 (29,5%)	1,25 (14,4%)	1,01 (6,2%)	1,18 (36,1%)	1,06 (68,3%)
K-Ostheim	2,3%	11,6	1,08 (30,7%)	1,29 (14,9%)	1,14 (7,0%)	1,00 (30,5%)	1,06 (68,5%)
IS-Innenstadt	-0,3%	12,5	1,22 (34,9%)	1,12 (12,9%)	k.W.	1,18 (35,8%)	1,00 (64,4%)
E-Altendorf	5,1%	13,2	1,35 (38,6%)	1,04 (12,0%)	0,96 (5,9%)	1,17 (35,6%)	1,04 (67,3%)
W-Heckingh.	7,8%	14,8	1,09 (31,0%)	k.W.	1,14 (7,0%)	1,10 (33,4%)	0,97 (63,0%)
MG-Rheydt	8,8%	15,5	1,08 (30,9%)	0,85 (9,9%)	1,02 (6,2%)	1,11 (33,8%)	k.W.
E-Mitte	8,3%	16,0	1,19 (34,0%)	1,20 (13,9%)	0,71 (4,3%)	1,25 (38,1%)	0,99 (64,2%)
K-Kalk	2,9%	16,2	0,92 (26,2%)	1,38 (15,9%)	0,82 (5,0%)	1,19 (36,3%)	1,04 (67,1%)
E-Nord	4,6%	16,4	1,22 (34,9%)	0,92 (10,7%)	0,96 (5,9%)	0,96 (29,3%)	1,05 (67,7%)
DU-Beeck	2,9%	16,6	1,08 (30,8%)	0,62 (7,2%)	0,99 (6,0%)	1,12 (34,0%)	1,11 (71,9%)
W-Oberbarmen	6,8%	17,0	1,03 (29,5%)	k.W.	1,14 (6,9%)	1,09 (33,2%)	0,99 (63,8%)
E-West	3,6%	18,6	1,27 (36,2%)	0,79 (9,2%)	0,95 (5,8%)	0,95 (29,0%)	1,00 (65,0%)
D-Garath	2,0%	19,6	1,06 (30,1%)	1,22 (14,1%)	1,36 (8,3%)	0,68 (20,6%)	0,90 (58,5%)
K-Porz	3,9%	20,4	0,92 (26,1%)	1,12 (12,9%)	0,94 (5,7%)	1,01 (30,6%)	1,03 (66,7%)
D-Rath/Mörsenbr.	2,1%	21,2	0,85 (24,2%)	1,35 (15,6%)	1,00 (6,1%)	1,08 (33,0%)	0,94 (61,0%)
MI-Bärenkämpen	10,0%	21,5	1,11 (31,6%)	0,69 (7,9%)	k.W.	0,89 (27,1%)	0,99 (64,0%)
DU-Laar	6,4%	21,6	1,02 (29,1%)	0,58 (6,7%)	0,80 (4,9%)	1,12 (34,1%)	1,05 (67,8%)
LEV-Rheindorf	0,7%	22,3	0,88 (25,0%)	0,93 (10,7%)	1,22 (7,4%)	0,66 (20,0%)	k.W.
K-Lindweiler	-0,1%	23,0	0,78 (22,1%)	0,83 (9,6%)	1,20 (7,4%)	0,58 (17,5%)	1,04 (67,1%)
K-Bickendorf	-0,6%	24,8	0,60 (17,2%)	1,07 (12,4%)	1,13 (6,9%)	0,71 (21,6%)	0,98 (63,7%)
DO-Hörde	4,0%	25,8	0,96 (27,4%)	1,17 (13,5%)	0,80 (4,9%)	0,85 (25,8%)	0,93 (60,1%)
WIT-Heven	-0,6%	25,8	0,92 (26,3%)	0,79 (9,2%)	0,97 (5,9%)	0,88 (26,7%)	0,94 (60,9%)
E-Zollverein	2,2%	25,8	1,00 (28,5%)	0,66 (7,6%)	1,07 (6,5%)	0,63 (19,1%)	0,96 (62,0%)
SG-Nordstadt	5,1%	26,0	0,92 (26,1%)	k.W.	0,92 (5,6%)	1,14 (34,6%)	0,88 (56,8%)
DO-Westerfilde	-0,3%	27,0	0,87 (24,9%)	0,78 (9,1%)	1,00 (6,1%)	0,62 (18,8%)	0,98 (63,3%)
MI-Rodenbeck	3,9%	27,5	1,06 (30,2%)	0,76 (8,8%)	k.W.	0,73 (22,1%)	0,90 (58,3%)
DU-Hochheide	4,6%	27,6	0,88 (25,1%)	0,69 (8,0%)	0,79 (4,9%)	0,77 (23,3%)	1,00 (65,0%)
Brühl-Vochem	1,6%	28,3	k.W.	0,56 (6,5%)	0,99 (6,1%)	0,74 (22,7%)	k.W.
D-Wersten/Holth.	2,1%	28,6	0,75 (21,3%)	1,09 (12,6%)	0,89 (5,4%)	0,94 (28,7%)	0,87 (56,4%)
VIE-Südstadt	1,5%	29,5	0,66 (18,8%)	0,67 (7,7%)	1,19 (7,3%)	0,54 (16,3%)	k.W.
AC-Nord	2,6%	29,8	0,86 (24,6%)	k.W.	0,68 (4,2%)	1,07 (32,5%)	0,96 (61,8%)
K-Meschenich	3,3%	32,6	0,61 (17,4%)	0,50 (5,8%)	0,77 (4,7%)	0,93 (28,4%)	0,97 (62,5%)
WIT-Annen	0,6%	33,5	0,66 (18,8%)	k.W.	0,94 (5,7%)	0,52 (16,0%)	0,97 (62,8%)
GL-Mitte	5,9%	34,0	0,94 (26,9%)	0,47 (5,5%)	k.W.	0,53 (16,2%)	0,91 (58,6%)
OB-Osterfeld	0,6%	34,0	0,71 (20,3%)	0,36 (4,2%)	0,89 (5,5%)	0,62 (18,9%)	0,95 (61,6%)

Anmerkungen: k.W. – kein Wert; in Klammern – Wert des Indikators für das Programmgebiet, der in die Berechnung der Abweichung eingeht

Programmgebiete mit unzureichender Datengrundlage

(Programmgebiete, die bei drei oder mehr Indikatoren keine Werte aufweisen)

DIN-Lohberg	2,6%	27,0	0,87 (24,8%)	k.W.	k.W.	1,06 (32,2%)	k.W.
UN-Königsborn	Nein	35,0	0,91 (26,0%)	k.W.	k.W.	0,60 (18,3%)	k.W.
BW-Setterich	5,9%	5,0	k.W.	k.W.	k.W.	1,38 (42,1%)	k.W.
LÜN-Gahmen	0,3%	32,0	k.W.	k.W.	k.W.	0,75 (22,8%)	k.W.

Berechnung: Index – Abkopplung und Angleichung an die gesamtstädtische Entwicklung

Der Index soll aufzeigen, ob und inwieweit die einzelnen Programmgebiete im Beobachtungszeitraum positiv oder negativ von den gesamtstädtischen Entwicklungen abweichen. Eine negative Abweichung der Entwicklung kann in der Regel als weitere Abkopplung vom gesamtstädtischen Durchschnitt, eine positive Abweichung als Annäherung interpretiert werden. Dafür wird die prozentuale Entwicklung der Programmgebiete in den fünf Indikatoren mit der jeweiligen gesamtstädtischen Entwicklung verglichen. Für die fünf Einzelindikatoren wird dann jeweils berechnet, um wie viele Prozentpunkte die (prozentuale) Entwicklung in den Programmgebieten von der (prozentualen) Entwicklung in den Gesamtstädten abweicht. Für jeden Einzelindikator wird eine Rangfolge entlang der berechneten Abweichung erstellt. Die Programmgebiete werden gemäß dieser Rangfolge in den Einzelindikatoren bepunktet. Das Programmgebiet mit der stärksten negativen Abweichung von der gesamtstädtischen Entwicklung erhält jeweils einen Punkt, das Programmgebiet mit der stärksten positiven Abweichung erhält jeweils den höchsten Punktwert. Programmgebiete für die keine Wert vorliegen werden nicht bepunktet. Die Rangpunkte jedes Einzelindikators bilden die Grundlage für den Gesamtindex. Der Gesamtindex wird berechnet, indem der Mittelwert der fünf Rangpunkte der Einzelindikatoren gebildet wird. Folglich weichen Programmgebiete mit einem niedrigen Indexwert häufiger stark negativ von der Entwicklung in der jeweiligen Gesamtstadt ab (Abkopplung), Programmgebiete mit einem hohen Indexwert weichen hingegen weniger stark ab bzw. nähern sich ggf. an die gesamtstädtischen Werte an.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Programmgebiete für die Einzelindikatoren sowie den sich hieraus berechneten Indexwert auf (siehe nachfolgende Seite).

Lesehilfe für die Tabelle: Index – Abkopplung/Angleichung an die gesamtstädtische Entwicklung

Düsseldorf-Garath hat den geringsten Indexwert mit 9,0 Punkten. Die Einzelbetrachtung der fünf Indikatoren zeigt, dass die jeweiligen Entwicklungen im Programmgebiet (Prozentwert in Klammern) in allen Fällen größer und damit negativer als in der Gesamtstadt ausgefallen sind (Prozentpunkte über 0). Beispielsweise ist die Zahl der Personen im SGB II-Bezug in Düsseldorf-Garath um 6,0 % gestiegen. Damit lag die Entwicklung 8,4 %-Punkte über der Gesamtstädtischen. In Düsseldorf nahm die Zahl der Personen im SGB II-Bezug nämlich sogar um 2,4 % ab. Für alle fünf Einzelindikatoren ist jeweils die Entwicklung im Programmgebiet negativer als in Düsseldorf insgesamt (Prozentpunkte über 0) und somit insgesamt eine Abkopplung der Entwicklung im Programmgebiet vom gesamtstädtischen Entwicklungstrend festzustellen.[17]

Das Programmgebiet Dortmund-Hörde nähert sich hingegen mit einem Indexwert von 25,0 Punkten tendenziell der gesamtstädtischen Entwicklung an. Die Zahl der Personen im SGB XII-Bezug (- 0,4 %) sowie der alleinerziehenden Haushalte (-9,7 %) war rückläufig und dabei stärker rückläufig als in Dortmund insgesamt (Prozentpunkte unter 0). Die Nichtwählerquote nahm ebenfalls mit - 11,2 %-Punkten um 2,8 %-Punkte stärker ab als in der Gesamtstadt. Dabei entwickelte sich die Zahl der Personen im SGB II-Bezug mit +6,7 % dennoch um 1,8 %-Punkte stärker als in der Gesamtstadt.

[17] *Eine Ausnahme ist der Indikator „Nichtwählerquote“. Hier wird ein negativer Wert unter 0 angegeben. Dies bedeutet jedoch, dass die Abnahme der Nichtwählerquote in Garath (-5,2 %-Punkte) geringer war als in Düsseldorf (-9,3 %-Punkte), nämlich um 4,1 -Punkte.*

Index: Abkopplung und Angleichung an die gesamtstädtische Entwicklung

Programm-gebiete	Bevölkerungsent-wicklung in % 2014-2018	Index-wert	Merkmale des Index Abweichung der Entwicklung von der jeweiligen Gesamtstadt in Prozentpunkte				
			Entwicklung **Personen im SGB II-Bezug** 2014-2017	Entwicklung **Personen ü. 65 J. im SGB XII-Bezug** 2014-2017	Entwicklung **alleinerziehende Haushalte** 2015-2017	Entwicklung **ausländische Personen** 2014-2018	Entwicklung **Nichtwähler-quote EU-Wahl** 2014-2019
D-Garath*	2,0%	9,0	8,4%P (6,0%)	1,1%P (9,3%)	2,5%P (0,9%)	28,0%P (45,4%)	-4,1%P (-5,2%)
OB-Brücken.	4,9%	10,4	10,0%P (14,3%)	-6,9%P (0,9%)	6,1%P (8,4%)	12,5%P (36,4%)	-2,1%P (-5,3%)
W-Heckingh.	7,8%	10,8	3,9%P (16,7%)	k.W.	7,6%P (8,9%)	12,8%P (43,2%)	-1,4%P (-5,9%)
K-Mesch.	3,3%	12,0	14,5%P (16,8%)	k.W.	6,0%P (5,0%)	9,0%P (22,6%)	-0,4%P (-5,8%)
MG-Rheydt	8,8%	12,3	6,0%P (9,0%)	8,4%P (18,6%)	0,2%P (-1,4%)	17,7%P (55,3%)	k.W.
DU-Bruckh.	4,6%	12,4	20,5%P (30,7%)	0,6%P (11,3%)	7,8%P (8,9%)	-14,8%P (15,3%)	-5,8%P (-0,6%)
E-Altendorf	5,1%	12,6	4,4%P (14,4%)	9,6%P (23,8%)	7,6%P (10,5%)	4,2%P (39,8%)	-0,9%P (-8,0%)
IS-Innenstadt	-0,3%	13,8	18,5%P (19,0%)	-6,1%P (-3,8%)	k.W.	0,1%P (27,7%)	-3,0%P (-7,8%)
MI-Bärenk.	10,0%	14,8	2,5%P (8,8%)	0,2%P (13,3%)	k.W.	30,5%P (104,4%)	-0,9%P (-8,9%)
MI-Rodenb.	3,9%	14,8	4,6%P (10,9%)	3,4%P (16,5%)	k.W.	21,8%P (95,7%)	-0,1%P (-9,7%)
DU-Laar	6,4%	15,6	1,3%P (11,5%)	16,4%P (27,1%)	-14,9%P (-13,8%)	11,2%P (41,3%)	-2,8%P (-3,6%)
W-Oberb.	6,8%	15,8	8,4%P (21,2%)	k.W.	7,3%P (8,6%)	6,7%P (37,1%)	0,9%P (-8,2%)
SG-Nordstadt	5,1%	16,3	17,4%P (23,0%)	k.W.	-5,8%P (-7,9%)	6,7%P (28,6%)	-1,7%P (-8,6%)
DU-Marxloh	10,0%	16,4	13,1%P (23,3%)	-9,6%P (1,1%)	-5,2%P (-4,1%)	7,0%P (37,1%)	-3,5%P (-2,9%)
E-West	3,6%	16,4	4,2%P (14,2%)	8,2%P (22,3%)	3,9%P (6,8%)	4,7%P (40,4%)	0,0%P (-8,9%)
K-Porz	3,9%	16,8	4,1%P (6,4%)	k.W.	2,9%P (1,8%)	3,0%P (16,6%)	-1,3%P (-4,9%)
E-Mitte	8,3%	16,8	7,4%P (17,4%)	6,6%P (20,8%)	0,5%P (3,4%)	2,8%P (38,5%)	-0,9%P (-8,0%)
WIT-Heven	-0,6%	17,4	8,5%P (11,9%)	21,9%P (28,1%)	6,1%P (6,3%)	-7,0%P (20,1%)	1,3%P (-9,6%)
DU-Beeck	2,9%	17,6	-4,2%P (6,0%)	13,8%P (24,5%)	0,9%P (1,9%)	1,2%P (31,3%)	-3,8%P (-2,6%)
DU-Hochh.**	4,6%	17,6	-2,2%P (8,0%)	9,7%P (20,4%)	2,6%P (3,6%)	9,4%P (39,6%)	-0,3%P (-6,1%)
DO-Westerf.	-0,3%	18,4	-0,4%P (4,5%)	5,3%P (14,5%)	-3,4%P (-6,7%)	11,4%P (35,6%)	-1,3%P (-7,2%)
DU-Hochfeld	9,4%	19,6	7,7%P (17,9%)	-2,8%P (7,8%)	-4,6%P (-3,6%)	-0,9%P (29,2%)	-2,1%P (-4,3%)
K-Ostheim	2,3%	20,0	-1,8%P (0,5%)	k.W.	1,5%P (0,5%)	-0,6%P (13,0%)	-2,4%P (-3,8%)
WIT-Annen	0,6%	20,3	-1,4%P (2,0%)	k.W.	4,0%P (4,2%)	1,3%P (28,4%)	-0,9%P (-7,4%)
K-Chorweiler	-0,5%	20,5	-2,1%P (0,2%)	k.W.	3,0%P (2,0%)	-3,1%P (10,5%)	-2,0%P (-4,2%)
GL-Mitte*	5,9%	21,8	-5,5%P (14,9%)	2,6%P (5,4%)	k.W.	35,5%P (60,1%)	1,6%P (-9,0%)
E-Nord	4,6%	21,8	-2,2%P (7,8%)	2,0%P (16,1%)	-1,8%P (1,1%)	2,7%P (38,3%)	-1,4%P (-7,5%)
D-Rath	2,1%	22,0	-2,8%P (-5,2%)	-3,5%P (4,8%)	1,2%P (-0,3%)	-4,6%P (12,8%)	-3,2%P (-6,1%)
DO-Nord	3,5%	22,2	5,2%P (10,1%)	4,5%P (13,7%)	-2,9%P (-6,3%)	-7,6%P (16,6%)	-1,2%P (-7,3%)
LEV-Rheind.	0,7%	23,0	-5,8%P (2,6%)	-1,2%P (6,5%)	7,8%P (3,9%)	-6,1%P (19,2%)	k.W.
E-Zollverein	2,2%	23,6	1,8%P (11,8%)	-2,9%P (11,3%)	3,0%P (5,9%)	-5,5%P (30,2%)	-0,1%P (-8,8%)
AC-Nord	2,6%	24,5	2,6%P (3,5%)	k.W.	1,9%P (1,2%)	-2,5%P (22,0%)	0,5%P (-5,6%)
D-Wersten	2,1%	24,8	-3,9%P (-6,3%)	-7,1%P (1,1%)	1,9%P (0,3%)	-5,2%P (12,2%)	-1,4%P (-7,9%)
DO-Hörde	4,0%	25,0	1,8%P (6,7%)	-9,6%P (-0,4%)	-6,4%P (-9,7%)	13,7%P (37,9%)	2,8%P (-11,2%)
K-Mülheim	1,7%	26,3	-2,9%P (-0,6%)	k.W.	4,1%P (3,1%)	-7,2%P (6,4%)	-0,3%P (-5,9%)
K-Kalk	2,9%	26,5	0,4%P (2,7%)	k.W.	0,9%P (-0,1%)	-6,3%P (7,4%)	-0,3%P (-5,9%)
OB-Osterfeld	0,6%	27,2	-3,3%P (1,1%)	-7,8%P (0,0%)	0,2%P (2,5%)	-8,4%P (15,5%)	-1,9%P (-5,5%)
VIE-Südstadt	1,5%	29,7	-6,4%P (-4,8%)	6,1%P (11,4%)	k.W.	-13,3%P (23,0%)	k.W.
K-Lindweiler*	-0,1%	31,5	-14,4%P (-12,1%)	k.W.	-3,9%P (-5,0%)	2,8%P (16,4%)	0,2%P (-6,4%)
K-Bickendorf	-0,6%	35,0	-11,2%P (-8,9%)	k.W.	-0,7%P (-1,7%)	-15,3%P (-1,7%)	-0,2%P (-6,0%)

Anmerkungen: k.W. – kein Wert; in Klammern – Wert des Indikators für das Programmgebiet, der in die Berechnung der Abweichung eingeht; * = 2014 hatte der Stadtteil einen geringeren Ausländer-Anteil als die jeweilige Gesamtstadt; ** = 2014 hatte der Stadtteil einen geringeren Anteil alleinerziehender Haushalte als die jeweilige Gesamtstadt

Programmgebiete mit unzureichender Datengrundlage

(Programmgebiete, die bei drei oder mehr Indikatoren keine Werte aufweisen)

Brühl-Vochem	1,6%	27,5	k.W.	k.W.	0,2%P (-1,7%)	-4,3%P (19,4%)	k.W.
DIN-Lohberg	2,6%	41,5	-6,9%P (-0,7%)	k.W.	k.W.	-15,3%P (8,2%)	k.W.
BW-Setterich	5,9%	14,0	k.W.	k.W.	k.W.	6,8%P (24,2%)	k.W.
LÜN-Gahmen	0,3%	28,0	k.W.	k.W.	k.W.	-2,4%P (32,3%)	k.W.
UN-Königsborn	k.W.	29,0	-2,1%P (-11,8%)	k.W.	k.W.	k.W.	k.W.

Große Differenz zwischen den Programmgebieten

Die Fördergebiete im Programm „Soziale Stadt“ eint, dass sie durch soziale Benachteiligung und strukturelle Schwächen gekennzeichnet sind. Dennoch unterscheiden sie sich teils erheblich und müssen vor allem hinsichtlich ihrer demographischen und sozioökonomischen Strukturen differenziert betrachtet werden. Einheitliche Entwicklungsmuster sind nicht erkennbar und folglich sind verallgemeinernde Erklärungsansätze nur bedingt tragfähig. Beispielsweise unterschritt das Programmgebiet Köln-Bickendorf den Durchschnitt aller Programmgebiete hinsichtlich des Anteils der Personen im Bezug von Leistungen nach dem SGB II mit 17,2 % um 0,6, während das Programmgebiet Oberhausen-Brückenschlag den Mittelwert mit 40,0 % um das 0,4-fache überschritt. Die Anteile der beiden Programmgebiete lagen 2017 demnach um 22,87 %-Punkte auseinander. Über alle Indikatoren hinweg weichen insbesondere die Duisburger Programmgebiete Hochfeld, Marxloh und Bruckhausen stark negativ von den übrigen Programmgebieten ab. Dies trifft zudem auf Köln-Chorweiler und -Mühlheim sowie Dortmund-Nordstadt und Oberhausen-Brückenschlag zu. Das sind mehrheitlich Programmgebiete, die bereits seit längerer Zeit Fördergebiete der Sozialen Stadt sind. Von daher ist für diese Programmgebiete von starken strukturellen Benachteiligungen auszugehen. So sind die Herausforderungen der Duisburger Programmgebiete einzuordnen in eine insgesamt problembehaftete Situation der Gesamtstadt. Die Ausgangsbedingungen der Stadt Köln sind dagegen weitaus positiver. Im angespannten Kölner Wohnungsmarkt bietet die Großwohnsiedlung Chorweiler seit jeher günstigen Wohnraum und hält viele öffentlich geförderten Wohnungen bereit, wodurch sich nachfolgende Herausforderungen und eine teilräumliche Benachteiligung ergeben haben. Das Programmgebiet Mülheim bietet aufgrund seiner Lage und Nähe zur Industrie eher einfachen und preisgünstigen Wohnraum und hat sich in der Stadt als migrantisch geprägtes Quartier etabliert. Ähnlich ist die Situation in der Dortmunder Nordstadt zu bewerten, die seit längerer Zeit Ankunftsstadtteil vieler (ausländischer) Neubürgerinnen und Neubürger ist und erhebliche Integrationsaufgaben zu bewältigen hat.

Programmgebiete koppeln sich überwiegend ab

Der Vergleich der Programmgebiete zeigt die große Heterogenität der im Programm „Soziale Stadt“ geförderten Quartiere. Er eignet sich jedoch unzureichend, um das Ausmaß der Benachteiligung der Programmgebiete zu erfassen. Dafür müssen die Gebiete stärker in ihrem gesamtstädtischen Kontext betrachtet werden und es ist insbesondere die Entwicklung im Berichtszeitraum in den Blick zu nehmen. Hierfür wurde ein weiterer Index erstellt, für dessen Berechnung ebenfalls die genannten fünf Indikatoren herangezogen wurden. In Summe wurden dabei 186 Einzelwerte bewertet.[18] Von diesen Einzelwerten deuten etwa zwei Drittel (65,6 %) auf eine Abkopplung von der gesamtstädtischen Entwicklung hin. Der höchste Anteil der „Abkopplungs-Werte“ liegt für den Indikator „Nichtwählerquote“ vor. 81 % der Werte weisen auf eine Abkopplung hin. Beim Indikator „Personen im SGB II-Bezug“ sind dies 24 von 42 Werten. Im Ergebnis ist daher davon auszugehen, dass sich die Programmgebiete im Berichtszeitraum nicht stabilisierten und aufgewertet wurden, sondern mehrheitlich weiter von der gesamtstädtischen Entwicklung absetzten (siehe nachfolgende Tabelle).

[18] Fünf Indikatoren für 45 Programmgebiete entsprechen 225 Einzelwerten. Jedoch lagen nicht für alle Programmgebiete alle Indikatoren vor.

Einzel-wertungen der Programm-gebiete	Merkmale des Index				
	Personen im SGB II-Bezug	Personen ü. 65 J. im SGB XII-Bezug	Allein-erziehende Haushalte	ausländische Personen	Nicht-wähler-quote EU-Wahl
ohne Werte (von 45)	3 von 45	18 von 45	9 von 45	1 von 45	8 von 45
Hinweise auf Abkopplung	24 von 42 (57 %)	17 von 27 (63 %)	26 von 36 (72%)	25 von 44 (57 %)	30 von 37 (81 %)

Dies zeigt sich auch bei der detaillierten Betrachtung der Indexwerte und deren Zusammensetzung. Es gibt kein Programmgebiet, das sich durchweg entlang der fünf Indikatoren an die gesamtstädtischen Verhältnisse annähert und stark verbessert. Gemessen an den einzelnen Indikatoren nähern sich Leverkusen-Rheindorf (Ausnahme: alleinerziehende Haushalte) und Köln-Bickendorf (Ausnahme: Nichtwählerquote) sowie Köln-Lindweiler (Ausnahme: ausländische Personen) am ehesten an den gesamtstädtischen Trend an. Hohe Indexwerte, die auf eine Annäherung hinweisen haben zudem Oberhausen-Osterfeld (Annäherung: drei Indikatoren, Abkopplung: zwei Indikatoren), Köln-Mülheim (Annäherung: zwei Indikatoren, Abkopplung: zwei Indikatoren), Dortmund-Hörde (Annäherung: drei Indikatoren, Abkopplung: zwei Indikatoren), Düsseldorf-Wersten-Holthausen (Annäherung: drei Indikatoren, Abkopplung: zwei Indikatoren), Aachen-Nord (Annäherung: zwei Indikatoren, Abkopplung: zwei Indikatoren) und Essen-Zollverein (Annäherung: zwei Indikatoren, Abkopplung: drei Indikatoren). Wovon diese Entwicklungen im Einzelfall abhängen und welchen Anteil das Programm „Soziale Stadt“ daran trägt, kann hier nicht überprüft werden, da es hierfür detailliertere kleinräumige Analysen bedarf. Wie in Dortmund-Hörde können z. B. die städtebaulichen Investitionen in den PHOENIX-See in unmittelbarer Nachbarschaft zum Programmgebiet zu einer allgemeinen Aufwertung beitragen, die losgelöst von konjunkturellen Schwankungen verläuft. Köln-Bickendorf dürfte wiederum von der nachbarschaftlichen Lage zum Szene-Stadtteil Ehrenfeld profitieren. Vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Anspannung auf dem Kölner Wohnungsmarkt werden diese Lagen von neuen Zielgruppen entdeckt.

Dahingegen gibt es wenige Programmgebiete, die sich eindeutig und bei allen Indikatoren von den jeweiligen gesamtstädtischen Entwicklungen abkoppeln. Dies sind Düsseldorf-Garath, Wuppertal-Heckinghausen, Köln-Meschenich, Mönchengladbach-Rheydt, Essen-Altendorf und -West sowie Minden-Rodenbeck und -Bärenkämpen. Einen niedrigen Indexwert weisen darüber hinaus Oberhausen-Brückenschlag (Annäherung: ein Indikator, Abkopplung: vier Indikatoren), Duisburg Bruckhausen (Annäherung: ein Indikator, Abkopplung: vier Indikatoren) und Iserlohn-Innenstadt (Annäherung: ein Indikator, Abkopplung: vier Indikatoren) auf. Auch für diese Programmgebiete bleibt unklar, worauf die weitere Abkopplung von den gesamtstädtischen Verhältnissen zurückzuführen ist. Es ist z. B. zu vermuten, dass auf dem Düsseldorfer Wohnungsmarkt die vergleichsweise günstigen Mietpreise in der Großwohnsiedlung Garath zu einer weiteren Konzentration armer Haushalte führen, die in den übrigen Räumen der Stadt keinen Zugang zu Wohnraum haben. Zum Teil kommen zudem lokale Besonderheiten der demographischen Struktur zum Tragen. In den Programmgebieten Duisburg-Beeck, Hochheide und Laar, Essen-West und Altendorf sowie

Mönchengladbach-Rheydt scheinen sich, bedingt durch eine dementsprechende Altersstruktur, lokale Inseln der Altersarmut zu entwickeln.

In der Summe zeigt sich, dass die Programmgebiete der Sozialen Stadt von der positiven Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre nur wenig profitiert haben. Die Programmgebiete sind dabei sehr viel häufiger das Ziel der Zuwanderungen aus dem Ausland als andere städtische Teilräume. Die Integrationskraft des Arbeitsmarktes hat im Beobachtungszeitraum nicht ausgereicht, um die aus der Zuwanderung entstandenen Integrationsaufgaben abzufedern.

6.3 Langfristige Trends

Das vorliegende Monitoring ist das dritte seiner Art. Bereits für die Zeiträume 2002-2004 und 2006-2009 wurden die Kontextindikatoren in den Gebieten der Sozialen Stadt ausgewertet. Die jeweils teilnehmenden Kommunen und Gebiete unterscheiden sich jedoch zwischen den Monitorings, nicht nur weil unterschiedliche Städte Daten für das Monitoring bereitstellten, sondern vielmehr, weil sich die Zusammensetzung der Gebiete in NRW insgesamt verändert hat. Einige der in den vorhergehenden Untersuchungen betrachteten Gebiete haben zwischenzeitlich das Programm verlassen, neue sind hinzugekommen. Auch die Indikatorenauswahl wurde mit jedem Monitoring weiterentwickelt und musste sich zum Teil neuen statistischen Abgrenzungen und Definitionen anpassen. Kaum ein aussagekräftiger Indikator lässt sich daher für eine nennenswerte Zahl von Gebieten in einer langen Zeitreihe darstellen. In diesem Kapitel werden daher nicht einzelne Indikatoren und Gebiete betrachtet, sondern im Fokus stehen die allgemeinen Trends, die in den Monitorings mit Blick auf die Gebiete der Sozialen Stadt deutlich geworden sind.

Bevölkerungsanstieg und Zuwanderung aus dem Ausland

Für den Zeitraum 2006-2009 war in den damals betrachteten Gebieten überwiegend ein Rückgang der Bevölkerungszahl festzustellen, der parallel zur Schrumpfung der meisten Städte verlief. Der Anteil der Kinder war konstant, während sich die Zahl der über 65-Jährigen erhöhte. Diese demographischen Trends haben sich im hier untersuchten Zeitraum zwischen 2014 und 2017 deutlich gewandelt. Mit Ausnahme einiger weniger Gebiete mit konstanter Bevölkerungszahl haben die Gebiete deutlich an Bevölkerung hinzugewonnen, im Durchschnitt um vier %. Der Anteil der Kinder in den Gebieten ist zwar nur in wenigen Gebieten gestiegen, so dass wie im Zeitraum 2006-2009 im Durchschnitt eher eine Konstanz der Anteile festzustellen ist. Die Zahl der Kinder in den Gebieten der Sozialen Stadt hat sich jedoch deutlich erhöht. Dies hat auch dazu geführt, dass die noch 2009 festgestellte Alterungstendenz der Quartiere gebremst wurde und nur für einzelne Gebiete eine Zunahme der Anteile von über 65-Jährigen gilt.

Der Ausgangspunkt für den Anstieg der Bevölkerungszahl liegt vornehmlich nicht direkt in den Gebieten selbst, sondern in den für Deutschland insgesamt geltenden Zuwanderungsströmen aus den weltweiten Krisenregionen sowie dem südosteuropäischen EU-Ausland. Die vorhergehenden Kapitel haben verdeutlicht, dass sich diesbezüglich in den betrachteten Gebieten der Sozialen Stadt zwischen 2014 und 2017 deutliche Veränderungen ergeben haben. Diese Entwicklungen haben nicht nur zu Veränderungen in den Gebieten, sondern punktuell auch zu einer Trendumkehr der im Monitoring 2006-2009 festgestellten Tendenzen geführt.

Die Zuwanderung hat parallel zu einem Anstieg der Ausländeranteile in allen Gebieten geführt (Abb. 35). In langfristiger Perspektive ist erkennbar, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung

bis 2010 in Deutschland wie auch in NRW relativ konstant war. Im Durchschnitt der Programmgebiete lag der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Bevölkerung bei 23 % (2009) und war ebenfalls seit 2006 relativ konstant geblieben. Der Anteil lag damit zwar höher, entwickelte sich mehrheitlich jedoch entlang der allgemeinen Trends. Seit 2011 nimmt der Anteil der ausländischen Personen nunmehr stetig zu. Dies gilt ebenso für Gesamtdeutschland wie auch NRW. In den Städten des Monitorings ist er von 2014 bis 2018 zuletzt um drei %-Punkte gestiegen. In diesem Zeitraum haben sich die Programmgebiete vom gesamtdeutschen und den gesamtstädtischen Trends gelöst. In den Programmgebieten ist der Anteil im Durchschnitt um sechs %-Punkte angestiegen. Programmgebiete mit zuvor bereits hohen Anteilen haben sich teils noch stärker abgesetzt.

Fortsetzung der positiven Wirtschaftsentwicklung

Zwischen dem ersten und zweiten Monitoring liegen die Hartz IV-Reformen, die zu Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben. Im Zeitraum der zweiten Fortschreibung hat zudem die Wirtschafts- und Finanzkrise für einen kurzen Einbruch in der Wirtschaftsentwicklung gesorgt. Dennoch ist in der Tendenz erkennbar, dass in Deutschland seit 2005/2006 mit Ausnahme der Krisenjahre 2008/2009 die Arbeitslosenquote rückläufig ist (Abb. 36). Ganz besonders gilt dies für die jüngst rückliegenden Jahre ab 2013/2014. In NRW entwickelte sich die Arbeitslosenquote etwas verhaltener. Seit ca. 2010 nimmt sie zwar weiter stetig ab, aber weniger deutlich als in Deutschland insgesamt. Positiver zeigt sich hingegen die Situation in den Programmgebieten. In diesen hat sich im Berichtszeitraum dieser Fortschreibung die Arbeitslosenquote zwar auf höherem Niveau, aber deutlich positiver als in den Gesamtstädten entwickelt.

Parallel zu dieser Entwicklung war in Deutschland seit 2006 auch der Anteil der Transferempfängerinnen und -empfänger nach dem SGB II rückläufig (Abb. 37). Die Entwicklung in NRW weicht hiervon ab. Seit 2013/2014 steigt der Anteil der Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger an. Vermutlich bedingt durch die Zuwanderung aus dem Ausland und die Gewährung von Asyl erreichte er einen Höchststand 2017. In den Programmgebieten liegt der Anteil mit Werten zwischen 25 und 30 % deutlich höher. 2006 bis 2009 war eine im Durchschnitt konstante Quote und parallel zum Bevölkerungsrückgang ein Rückgang der Leistungsbeziehenden festgestellt worden. Zwischen 2014 und 2017 ist die Zahl der Personen im SGB II-Bezug dann gestiegen (im Durchschnitt um acht %, in den „Industrie-Stadtteilen (GS)“ um 17 %) und auch der Anteil der Leistungsempfängerinnen und -empfänger ist demnach gestiegen. Teilweise haben sich einzelne Programmgebiete abgesetzt. Auffallend ist auch, dass für 2006-2009 zumindest im Durchschnitt noch eine parallele Entwicklung der SGB II-Zahlen zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung stattgefunden hat, wenn dies auch mit unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Gebieten verbunden war. Diese Bevölkerungsgruppen haben sich in den letzten Jahren hingegen unterschiedlich entwickelt. Fast durchgängig gilt in den betrachteten Gebieten, dass die Zahl von ausländischen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern steigt, während die Zahl der deutschen Personen im Leistungsbezug sinkt (und zwar jeweils stärker, als dies aus der Bevölkerungsentwicklung begründet ist).

Besorgniserregend bleibt der anhaltend hohe Wert der Kinder unter 15 Jahren, die in Abhängigkeit von Transferleistungen nach dem SGB II aufwachsen (Abb. 38). Deren Anteil hat sowohl in Deutschland wie auch in NRW seit 2010 stetig zugenommen. Im Mittel liegt er für die Programmgebiete bei etwa 40 bis 50 %. In einzelnen Programmgebieten leben mehr als die Hälfte der Kinder in armen

Verhältnissen. Zuletzt hat sich diese Situation noch weiter verschärft, sodass bei der Gestaltung von Maßnahmen in den Fördergebieten hierauf Bezug genommen werden sollte.

Durch diesen Rückblick auf die vorhergehenden Monitorings wird noch deutlicher, wie stark sich die Gebiete der Sozialen Stadt in den letzten Jahren verändert haben. Die verstärkte Zuwanderung nach Deutschland im Betrachtungszeitraum hat sich besonders deutlich in den Gebieten der Sozialen Stadt bemerkbar gemacht und führt dort, im Vergleich zum Zeitraum 2006-2009, zur Verstärkung von sozialen Problemlagen.

Abb. 35:

Langfristige Entwicklung: Ausländerinnen und Ausländer

Linien: Referenzbezüge / Graue Punkte: Programmgebiete / Farbige Punkte: Durchschnitte

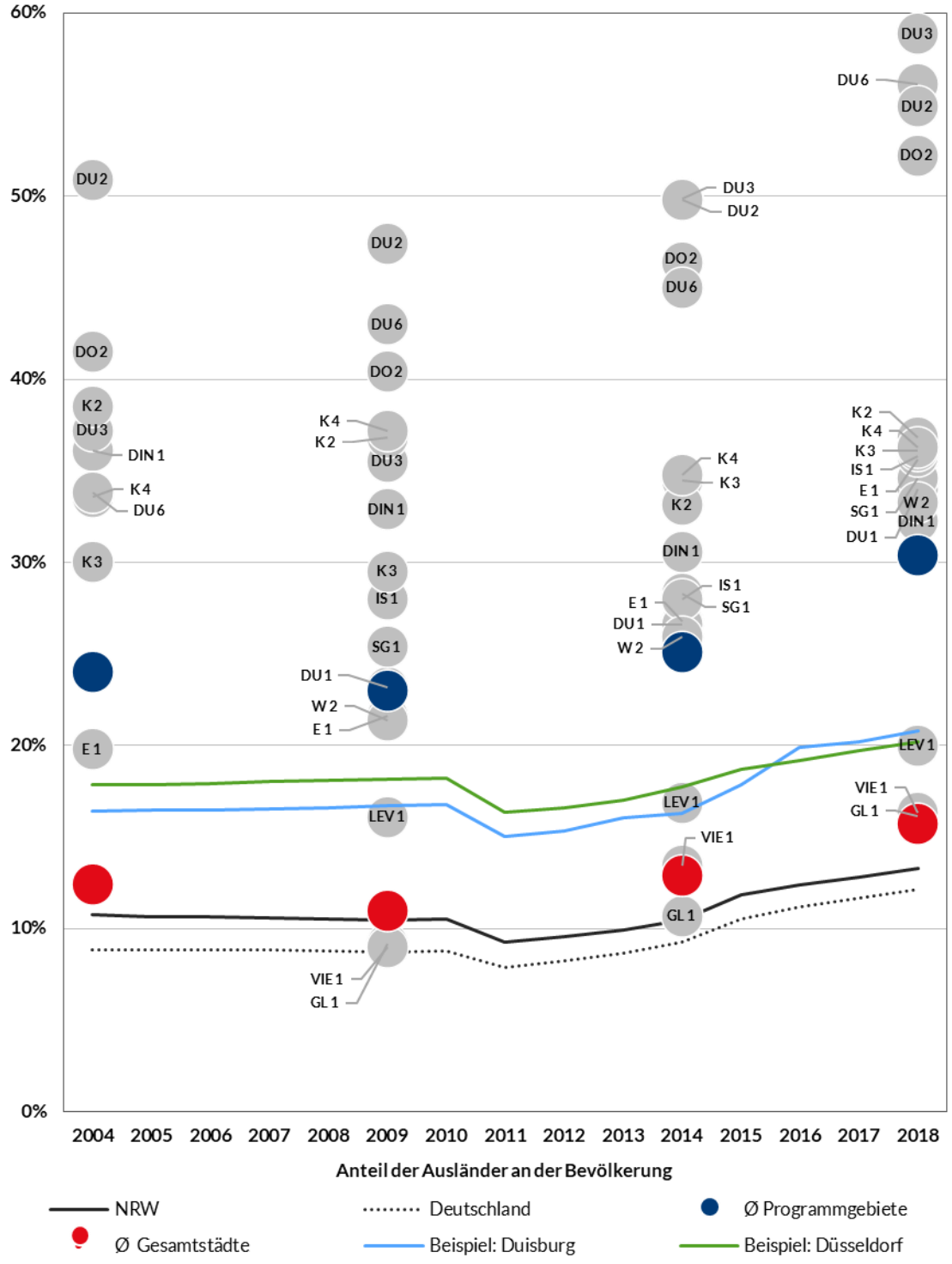


Abb. 36:

Langfristige Entwicklung: Arbeitslose

Linien: Referenzbezüge / Graue Punkte: Programmgebiete / Farbige Punkte: Durchschnitte

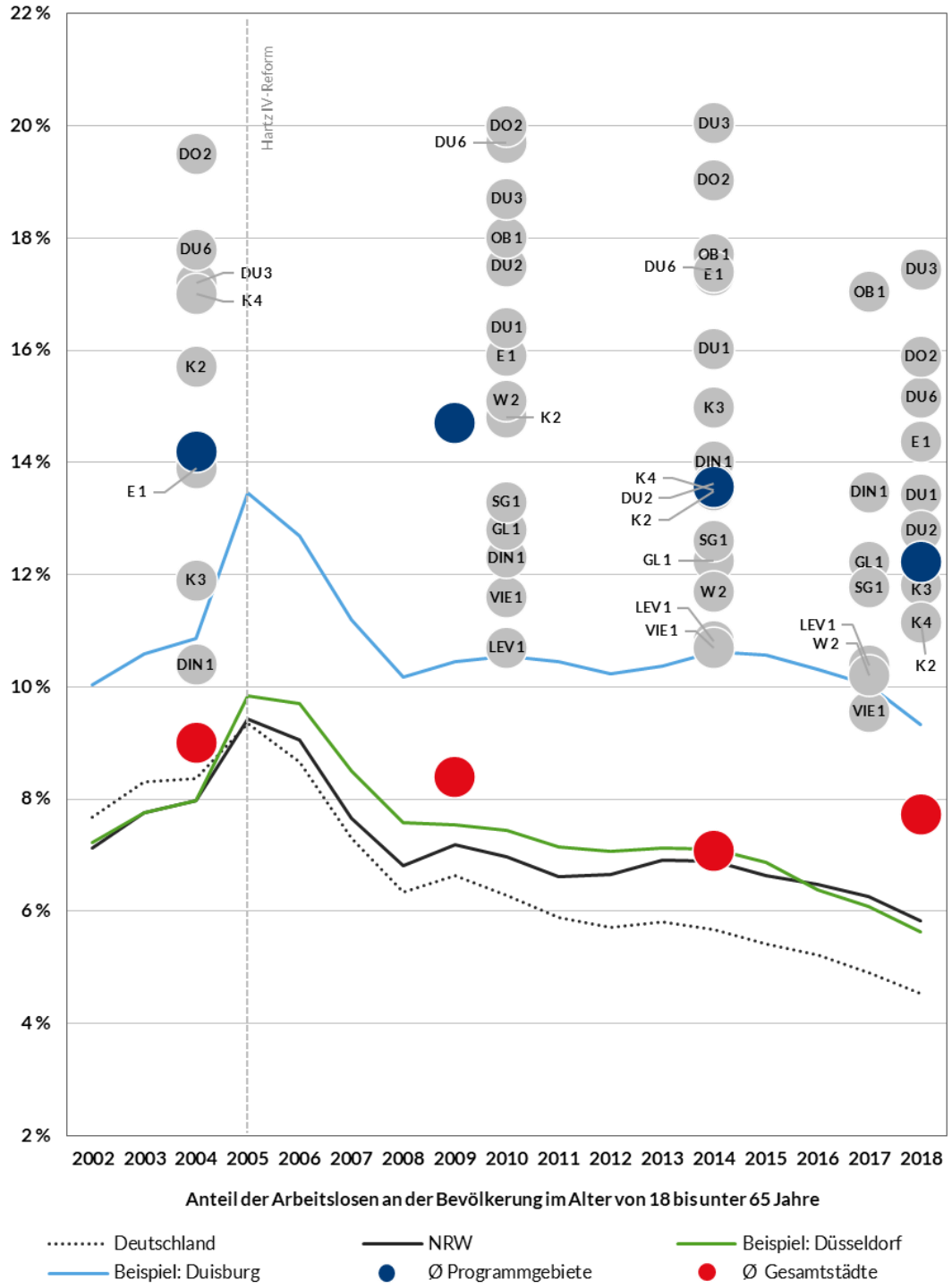
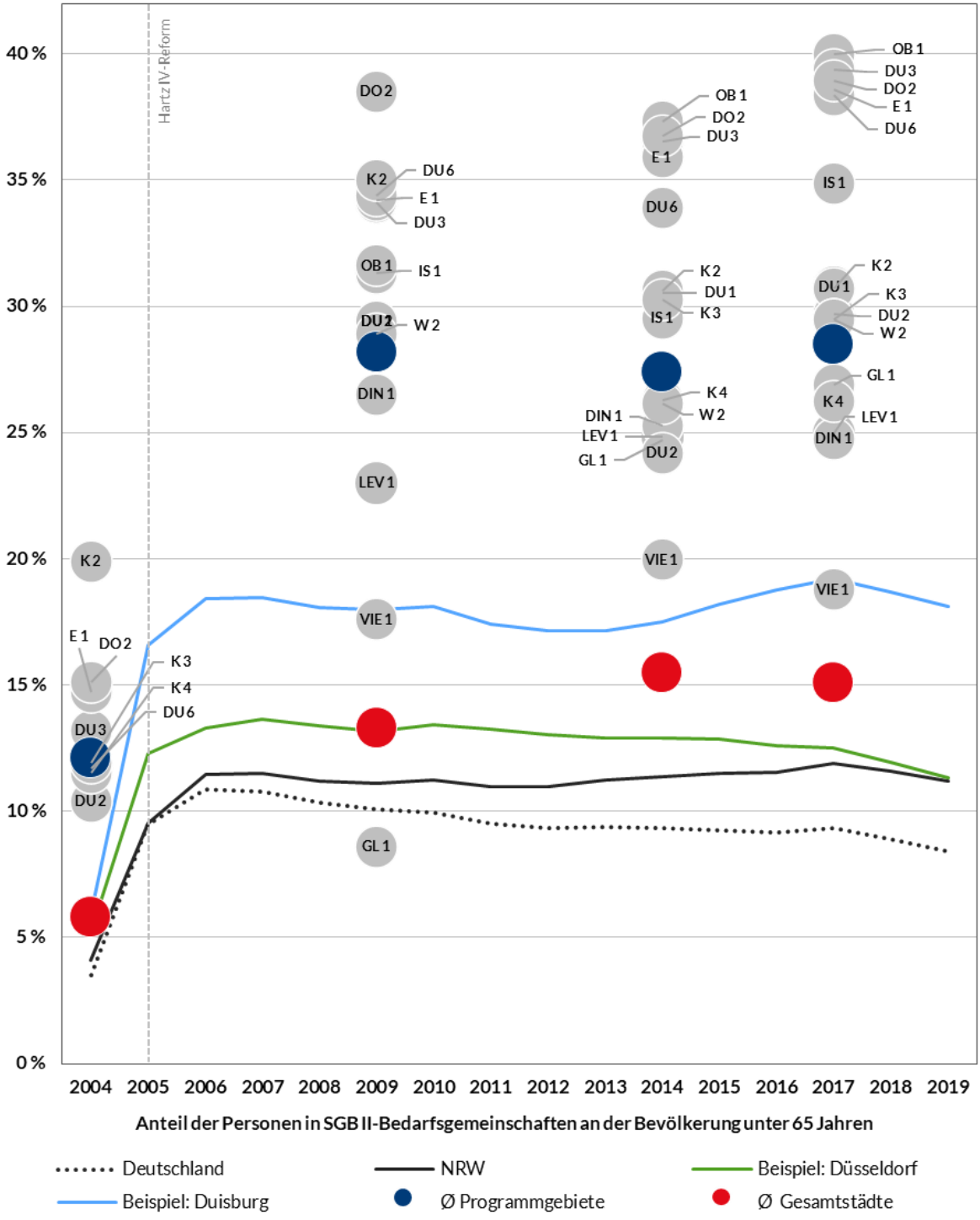


Abb. 37:

Langfristige Entwicklung: Transferbezug nach dem SGB II

Linien: Referenzbezüge / Graue Punkte: Programmgebiete / Farbige Punkte: Durchschnitte

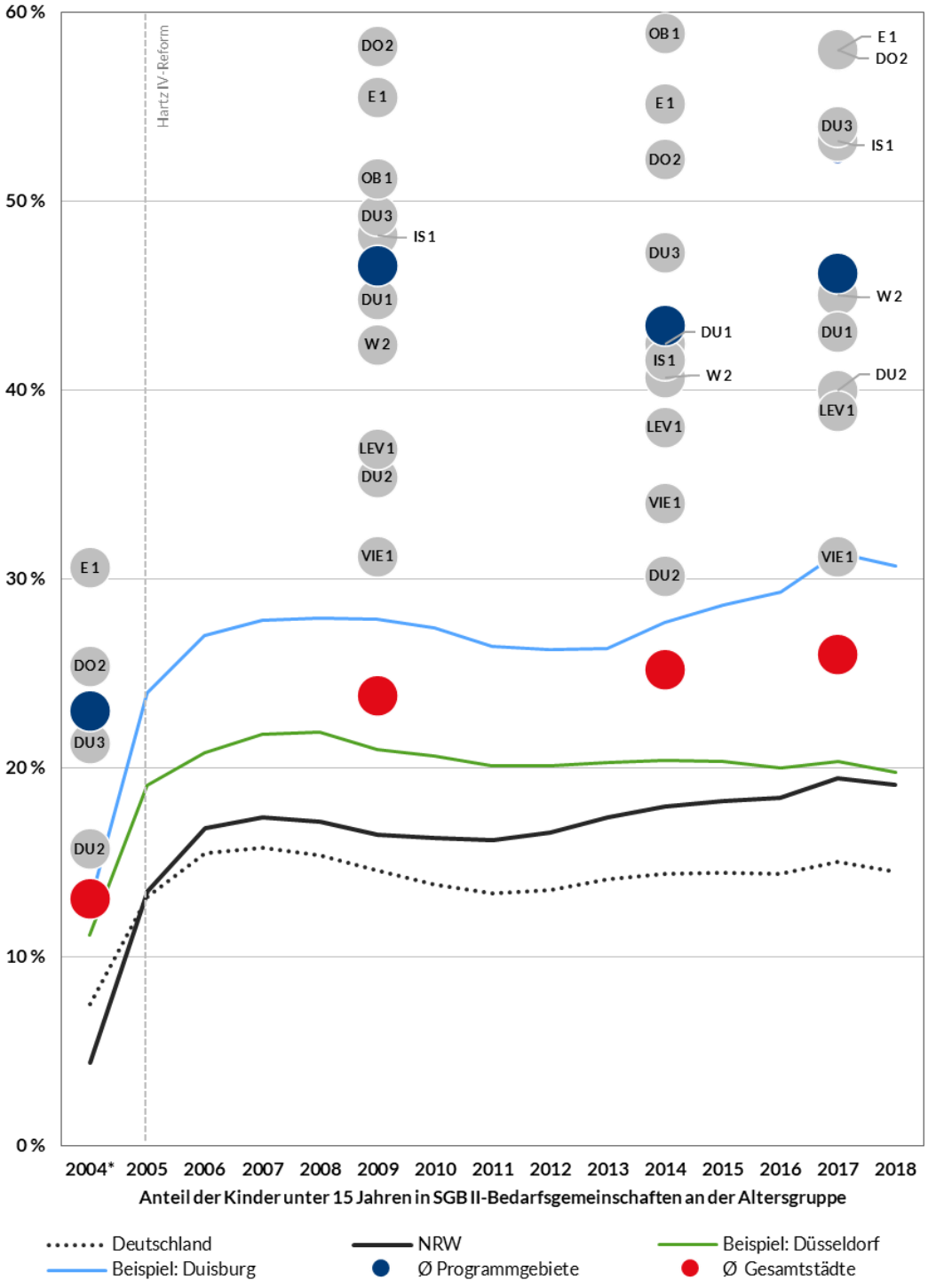


Anmerkung: Ab 2005 traten die sogenannten Hartz-IV-Reformen in Kraft und lösten das System der Sozialhilfe ab. Für 2004 wird die Quote der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger dargestellt.

Abb. 38:

Langfristige Entwicklung: Kinder unter 15 Jahren im Transferbezug nach SGB II

Linien: Referenzbezüge / Graue Punkte: Programmgebiete / Farbige Punkte: Durchschnitte



Anmerkung: Ab 2005 traten die sogenannten Hartz-IV-Reformen in Kraft und lösten das System der Sozialhilfe ab. Für 2004 wird die Quote der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger unter 18 Jahren dargestellt.

7. Fazit

Anhaltende soziale Benachteiligung

Mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ werden die städtebaulichen Fragestellungen um die besondere Komponente von sozialen Missständen erweitert. Recht offensichtlich ist, dass die Programmgebiete tatsächlich vielfältige Aufgaben der sozialen und kulturellen Integration übernehmen müssen. Dies lässt sich z. B. an ihren deutlich von den jeweiligen Gesamtstädten abweichenden Sozialindikatoren ablesen. Wie in den vorhergehenden Kapiteln ausführlich dargestellt, sind die Programmgebiete und die dortigen Nachbarschaften geprägt von der internationalen Zuwanderung, höheren Anteilen von Transferempfängerhaushalten sowie einer höheren Arbeitslosigkeit.

In dem Berichtszeitraum hat die Auslandszuwanderung in den meisten Regionen Nordrhein-Westfalens zugenommen. Die Zuwanderung führt dabei weitaus häufiger in die Programmgebiete als in andere Teilräume der Städte. In den bereits vorher überdurchschnittlich migrantisch geprägten Stadtteilen ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung weiter angestiegen. Durch die Zuwanderung sind zudem vermehrt einkommensschwächere Haushalte in die Quartiere gezogen, die auf vielfältige Unterstützungsleistungen angewiesen sind. Neben der Einbindung in die jeweiligen Nachbarschaften umfasst dies vor allem Sprachkurse und weitere Maßnahmen zur Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Trotz der positiven Wirtschaftsentwicklung und der steigenden Teilnahme am Arbeitsmarkt, die sich in einer steigenden SVP-Beschäftigtenquote ausdrückt (Quote: 47,3 %), sind daher im Berichtszeitraum auch weiterhin die Zahl und der Anteil der Personen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, gestiegen (Anteil: 28,5 %). Besonders alarmierend ist der hohe Anteil von Kindern, die in armen Verhältnissen leben. 46,2 % der Kinder unter 15 Jahren sind auf die Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen. Im gleichen Zeitraum sind in allen Programmgebieten die Mietpreise überproportional weiter angestiegen. Dies dürfte vor allem bei Haushalten mit geringen Einkommen zu starker Belastung führen, da diese besonders hohe Anteile ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen.

Hierdurch wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt, da Ausgaben z. B. im Bereich Bildung, Freizeit oder Ernährung kaum zu stemmen sind. Auch wenn Ursache-Wirkungs-Beziehungen im Einzelfall komplex und nicht immer eindeutig sind, verbinden sich mit diesen Indikatoren diverse Benachteiligungen, die sich sowohl auf die Stellung der betroffenen Menschen im gesellschaftlichen Gefüge als auch auf die individuelle Lebensführung auswirken. Aus der Forschung ist bekannt, dass unterschiedlichen Formen der sozialen Benachteiligung zumindest im statistischen Mittel beispielsweise mit einem schlechteren Gesundheitszustand, geringerer Lebenserwartung, niedrigeren Bildungsabschlüssen sowie Einkommen und einem geringeren Grad an politischer Partizipation einhergehen. Hinzu kommt das Risiko, dass eine bestehende soziale Benachteiligung an die nächste Generation „weitervererbt“ wird.[19]

Sozialraumorientierte und ressortübergreifende Arbeitsweise

Das integrierte Handeln und die Ausrichtung auf die Menschen, Ressourcen und Bedarfe in den verschiedenen Quartieren stehen im Fokus der seit mehr als 20 Jahren erprobten sozialraumorientierten Arbeitsweise im Programm „Soziale Stadt“. Ursprünglich aus der Sozialen Arbeit stammend,

[19] Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen (IAW) (2015)

basiert das Konzept der Sozialraumorientierung auf lebensweltlichen Zusammenhängen und auf dem Lebensumfeld jedes Einzelnen sowie seinen individuellen Ressourcen und die seiner direkten Wohnumgebung. Im Kontext der Städtebauförderung wird mit dem Begriff „Sozialraumorientierung“ eine gebietsbezogene und integrierte Herangehensweise gemeint. Sozialraumorientierung und integrierte Stad(teil)entwicklung sind keine kommunalen Pflichtaufgaben. Somit können die Kommunen nicht auf eine Regelausstattung zurückgreifen und es bestehen gerade zum Abschluss der befristeten Programmumsetzung große Herausforderungen im Übergang von der Sonder- in die Regelstruktur zur Verstetigung der geleisteten Arbeit und etablierten Strukturen in den Programmgebieten.

Die vorangegangene Betrachtung der Indikatoren hat gezeigt, dass in den Programmgebieten der Sozialen Stadt vielfältige und komplexe Bedarfe und Herausforderungen bestehen bzw. sich verfestigt haben. Entsprechend der Herangehensweise „Ungleiches ungleich behandeln“ gilt es somit auch weiterhin, an dem bewährten sozialraumorientierten und ressortübergreifenden Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ festzuhalten und die Zusammenarbeit der verschiedenen am Prozess beteiligten Fachämter sowie die Kooperation mit den Akteuren aus den Programmgebieten weiter zu stärken. Auf normativer Ebene ist das Konzept „Sozialraumorientierung“ akzeptiert, in der konkreten Umsetzung spiegelt sich dies aber nicht immer wieder. Teils erschweren in der kommunalen Praxis Fragen der Personalausstattung (sowohl hinsichtlich der Kapazität als auch der Qualifikation), Ressourcenfragen (Angst vor Mehrkosten, fehlende Anreize), Diskussionen um Kompetenzen und Zuständigkeiten sowie eine teils schwach ausgeprägte Kooperationskultur und Kommunikationsbasis ein ressortübergreifendes Handeln. Begrenzte Projektlaufzeiten, unübersichtliche Projektstrukturen und häufige Personalwechsel sind zudem oftmals für den Aufbau von tragfähigen Netzwerken und Kooperationsstrukturen hinderlich. Es ist dementsprechend wichtig, die beteiligten Akteure und deren interdisziplinäres Zusammenwirken in Hinblick auf das Konzept „Sozialraumorientierung“ weiter zu professionalisieren.

Soziale Quartiersentwicklung als Langfristaufgabe

Trotz der wertvollen Beiträge der sozialraumorientierten Quartiersentwicklung während der Förderzeiträume bleiben wesentliche sozialpolitische Aufgaben langfristig bestehen. Zu sehr sind die Quartiere auch von übergeordneten gesellschaftlichen Trends beeinflusst oder sogar bestimmt. Die schon in der Einführung zu diesem Monitoringbericht genannten Trends beeinflussen die Entwicklung der Programmgebiete im Berichtszeitraum und damit auch die Monitoringergebnisse ganz wesentlich: die günstige Arbeitsmarktentwicklung, die mit der internationalen Zuwanderung verbundenen zusätzlichen Integrationsaufgaben und nicht zuletzt die zunehmend angespannten Wohnungsmärkte.

Insgesamt zeigt das vorliegende Monitoring trotz der großen Heterogenität der Programmgebiete, dass die soziale Stadtteilentwicklung dringend weiter gebraucht wird und die hierfür eingesetzten Mittel der Städtebauförderung eine sehr große Bedeutung für die Umsetzung haben. So sind einige der aufgeführten Programmgebiete bereits seit Beginn des Förderprogramms in die Gebietskulisse aufgenommen und dennoch zeigen die analysierten Kontextindikatoren anhaltenden Handlungsbedarf. Wie weit die bisher umgesetzten Maßnahmen konkrete Veränderungen in Bezug auf die Demographie und Chancengleichheit auslösen können, kann nicht eindeutig beantwortet werden, da Ursache-Wirkungs-Beziehungen in den meisten Fällen nicht eindimensional zu erfassen sind. Festzustellen ist, dass die demographischen Trends und die Arbeitsmarktentwicklung stets neue

Herausforderungen generieren und neue Lösungsansätze entwickelt werden müssen. Immer deutlicher zeigt sich, dass wesentliche öffentlich bereitgestellte oder gewährleistete Infrastruktur eine zentrale Rolle für die Lebensverhältnisse haben. Gerade die sozioökonomisch benachteiligten Quartiere wurden in dieser Hinsicht bisweilen vernachlässigt und können als Programmgebiete der Sozialen Stadt in qualitativer Hinsicht wieder Anschluss an die anderen Stadtteile finden. Damit werden die Quartiere besser für ungünstig auf die Stadtteilentwicklung einwirkende übergeordnete Trends gerüstet.

Datenbedarf für Zukunftsfragen

Die Bereitstellung von kleinräumigen Daten ist essentiell für die Erarbeitung von lokal angepassten Strategien und eine sinnvolle Stadtteilentwicklung. Bedauerlich ist, dass heute schon wichtige und in Zukunft wahrscheinlich an Bedeutung gewinnende Themen der sozialen Gerechtigkeit bei der vorgefundenen Datenlage nicht zufriedenstellend erfasst und abgebildet werden können. In diesem Monitoring wurde eine Datenlücke im Bereich Bildung offenkundig. Nicht nur die Statistischen Ämter der Städte und Gemeinden, sondern auch das Land NRW tragen eine Verantwortung für die Aufbereitung und Bereitstellung von Bildungsdaten, die kleinräumig ausgewertet werden können. Stünden diese in ausreichender Qualität zur Verfügung, ließen sich hieraus wichtige Informationen über die Bildungsgerechtigkeit generieren. Ähnliches gilt für Informationen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die Verwendung der bei den Schuleingangsuntersuchungen generierten Informationen genügen nicht, um die Situation in den Programmgebieten dahingehend sicher zu beurteilen. Infolgedessen sind Möglichkeiten für ergänzende Datenzugänge mit den Gesundheitsbehörden zu klären. Diese sollten auch Aussagen über den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten der erwachsenen Bevölkerung ermöglichen. Hierbei sollte auch über die rechtlich abgesicherte Verwertung der vorliegenden, aber bislang nicht zugänglichen Datenbestände der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen diskutiert werden. Außerdem werden Fragen der Umweltgerechtigkeit und Informationen über wesentliche Umweltgüter (Freiräume, Umweltbelastungen) zukünftig vermutlich eine große Rolle spielen. In diesem Themenfeld wird noch Pionierarbeit zu leisten sein, was die Generierung und Aufbereitung von Daten betrifft. Letztlich ist in besonderem Maße bedeutend für die Programmgebiete der Sozialen Stadt, gesicherte Aussagen über die soziale Einbindung und soziale Mobilität der Bevölkerung treffen zu können. Es liegen bereits einige aussagekräftige Informationen vor, die angereichert und wirkungsvoll mit anderen Informationen verknüpft werden sollten. In der Folge könnten Hinweise über die Ausstattung der Stadtteile mit der jeweils benötigten Infrastruktur (z. B. Bildung, Soziale Einrichtungen, Freizeitgestaltung) generiert werden. Wünschenswert wäre daher, dass zukünftige Monitoringberichte diesbezüglich Fortschritte vermelden können und sich das Städtenetz Soziale Stadt NRW in dieser Hinsicht weiter engagiert.

8. Anhang

8.1 Bezeichnung der Programmgebiete

Stadt	Gebiet	Quartierstyp	Bezeichnung	Abkürzung
Aachen	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Aachen	AC
	Nord	innerstädtischer Stadtteil (GS)	AC-Nord	AC1
Baesweiler	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Baesweiler	BW
	Setterich-Nord	Wohnsiedlung (MS)	BW-Setterich	BW 1
Brühl	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Brühl	BR
	Vochem	Wohnsiedlung (MS)	Brühl-Vochem	BR 1
Dinslaken	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Dinslaken	DIN
	Lohberg	Wohnsiedlung (MS)	DIN-Lohberg	DIN 1
Dortmund	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Dortmund	DO
	Westerfilde/ Bodelschwingh	Wohnsiedlung (GS)	DO-Westerfilde.	DO 1
	Nordstadt	innerstädtischer Stadtteil (GS)	DO-Nord	DO 2
	Hörde	Stadtteil mit Zentrum (GS)	DO-Hörde	DO 3
Duisburg	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Duisburg	DU
	Beeck	Stadtteil mit Zentrum (GS)	DU-Beeck	DU 1
	Bruckhausen	Industrie-Stadtteil (GS)	DU-Bruckh.	DU 2
	Hochfeld	innerstädtischer Stadtteil (GS)	DU-Hochfeld	DU 3
	Hochheide	Wohnsiedlung (GS)	DU-Hochheide	DU 4
	Laar	Industrie-Stadtteil (GS)	DU-Laar	DU 5
	Marxloh	Industrie-Stadtteil (GS)	DU-Marxloh	DU 6
Düsseldorf	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Düsseldorf	D
	Garath	Wohnsiedlung (GS)	D-Garath	D 1
	Rath/Mörsenbroich	Stadtteil mit Zentrum (GS)	D-Rath/Mörsenbr.	D 2
	Wersten/Holthausen	Wohnsiedlung (GS)	D-Wersten/Holth.	D 3
Essen	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Essen	E
	Altendorf (alt)	Stadtteil mit Zentrum (GS)	E-Altendorf	E 1
	Bezirk VI/Zollverein	Industrie-Stadtteil (GS)	E-Zollverein	E 2
	MITTE/OST (Stadtkern, Ostviertel, Südostviertel)	innerstädtischer Stadtteil (GS)	E-Mitte	E 3
	NORD (Altenessen-Süd/ Nordviertel)	Industrie-Stadtteil (GS)	E-Nord	E 4
	WEST (Altendorf/Bochold)	Wohnsiedlung (GS)	E-West	E 5
Gladbeck	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Gladbeck	GL

	Gladbeck-Mitte	Innenstadt (MS)	GL-Mitte	GL 1
Iserlohn	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Iserlohn	IS
	Südliche Innenstadt/ Obere Mühle	Innenstadt (MS)	IS-Innenstadt	IS 1
Köln	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Köln	K
	Bickendorf, Westend und Ossendorf	Wohnsiedlung (GS)	K-Bickendorf	K 1
	Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord	Wohnsiedlung (GS)	K-Chorweiler	K 2
	Buchheim, Buchforst und Mülheim Nord mit Keupstr.	innerstädtischer Stadtteil (GS)	K-Mülheim	K 3
	Humboldt/Gremberg und Kalk	Stadtteil mit Zentrum (GS)	K-Kalk	K 4
	Lindweiler	Wohnsiedlung (GS)	K-Lindweiler	K 5
	Meschenich und Rondorf	Wohnsiedlung (GS)	K-Meschenich	K 6
	Ostheim und Neubrück	Wohnsiedlung (GS)	K-Ostheim	K 7
	Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil	Wohnsiedlung (GS)	K-Porz	K 8
Leverkusen	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Leverkusen	LEV
	Rheindorf-Nord	Wohnsiedlung (GS)	LEV-Rheindorf	LEV 1
Lünen	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Lünen	LÜN
	Gahmen	Wohnsiedlung (MS)	LÜN-Gahmen	LÜN 1
Minden	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Minden	MI
	Bärenkämpen	Wohnsiedlung (MS)	MI-Bärenkämpen	MI 1
	Rodenbeck	Wohnsiedlung (MS)	MI-Rodenbeck	MI 2
Mönchenglad-bach	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Mönchenglad-bach	MG
	Rheydt	Stadtteil mit Zentrum (GS)	MG-Rheydt	MG 1
Oberhausen	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Oberhausen	OB
	Brückenschlag	innerstädtischer Stadtteil (GS)	OB-Brückenschlag	OB 1
	Osterfeld	Stadtteil mit Zentrum (GS)	OB-Osterfeld	OB 2
Solingen	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Solingen	SG
	Nordstadt	innerstädtischer Stadtteil (GS)	SG-Nordstadt	SG 1
Unna	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Unna	UN
	Königsborn-Südost	Wohnsiedlung (GS)	UN-Königsborn	UN 1
Viersen	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Viersen	VIE
	Südstadt	Innenstadt (MS)	VIE-Südstadt	VIE 1
Witten	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Witten	WIT
	Annen	Wohnsiedlung (MS)	WIT-Annen	WIT 1
	Heven-Ost	Wohnsiedlung (MS)	WIT-Heven	WIT 2
Wuppertal	Gesamtstadt	Gesamtstadt	Stadt Wuppertal	W
	Heckinghausen	innerstädtischer Stadtteil (GS)	W-Heckingh.	W 1
	Oberbarmen/ Wichlinghausen	innerstädtischer Stadtteil	W-Oberbarmen.	W 2

8.2 Hinweise zu den Indikatoren

Abb.	Indikator	Berechnung
Abb. 5	Hauptwohnbevölkerung	-
Abb. 6	Entwicklung HWB	Differenz HWB 2018 zu 2014 / HWB 2014
Abb. 7	Durchschnittlicher Anteil der Zuzüge von außerhalb der Stadt	Summe der Zuzüge von außerhalb der Stadt in das Gebiet 2014-2018 / Summe aller Zuzüge in das Gebiet 2014-2018 *100
Abb. 8	Wanderungsintensität und Personen mit langer Wohndauer	Wanderungsintensität: Durchschnitt der jährlichen Zu- und Fortzüge in das/aus dem Quartier 2014-2018 / Durchschnitt der HWB 2014-2018*1000 Wohndauer: Anzahl Personen mit Wohndauer > zehn Jahren an der Adresse 2018 / HWB 2018
Abb. 9	Entwicklung der Altersgruppe der unter 18-Jährigen	Anteil der HWB unter 18 Jahren an der gesamten HWB 2018 - Anteil der HWB unter 18 Jahren an der gesamten HWB 2014
Abb. 10	Bevölkerungszusammensetzung nach dem Alter	HWB der jeweiligen Altersgruppe 2018 / HWB Gesamt 2018
Abb. 11	Fortzugsintensität der unter 10-Jährigen im Vergleich zur Fortzugsintensität der Gesamtbevölkerung	Durchschnittliche jährliche Fortzüge von HWB unter zehn Jahre in einen anderen Stadtteil 2014-2018 / Durchschnittliche Zahl der HWB unter zehn Jahre im Gebiet 2014-2018 Durchschnittliche jährliche Fortzüge in einen anderen Stadtteil 2014-2018 / Durchschnittliche Zahl der HWB im Gebiet 2014-2018
Abb. 13	Entwicklung der SVP-Beschäftigten (Wohnort)	Differenz SVP-Beschäftigte (Wohnort) 2018 zu 2014 / Anzahl SVP-Beschäftigte 2014
Abb. 14	Anteil und Entwicklung der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2017 / HWB unter 65 Jahren 2017 Differenz Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2017 zu 2014 / HWB unter 65 Jahren 2014
Abb. 15	Entwicklung der deutschen und ausländischen Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II	Differenz deutsche Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2017 zu 2014 / deutsche Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2014 Differenz ausländische Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2017 zu 2014 / ausländische Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2014 Differenz deutsche HWB 2014 zu 2017 / deutsche HWB 2017 Differenz ausländische HWB 2017 zu 2014 / ausländische HWB 2014
Abb. 16	Anteil der Personen ab 65 Jahren im Leistungsbezug nach dem SGB XII	Personen ab 65 Jahren im Leistungsbezug nach dem SGB XII 2017 / HWB ab 65 Jahren 2017
Abb. 17	Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019	-
Abb. 18	Anteil und Entwicklung der Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften	Personen unter 15 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2017 / HWB unter 15 Jahren 2017 Differenz Personen unter 15 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2017 zu 2014 / Personen unter 15 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2014
Abb. 19	Anteil der Haushalte von alleinerziehenden Elternteilen	Alleinerziehende Haushalte 2017 / alle Haushalte 2017
Abb. 20	Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss	Schulabgänger ohne Schulabschluss 2017 / alle Schulabgänger 2017

Abb. 21	Anteil der arbeitslosen Jugendlichen	Arbeitslose Personen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren 2017 / HWB im Alter von 15 bis unter 25 Jahren 2017
Abb. 22	Durchschnittlicher Anteil der übergewichtigen oder adipösen Kinder	Übergewichtige/adipöse Kinder bei der Schuleingangsuntersuchung 2014 + 2017 / alle Kinder bei der Schuleingangsuntersuchung 2014 + 2017
Abb. 23	Hauptwohnbevölkerung mit Migrationshintergrund	HWB mit Migrationshintergrund 2018 / HWB 2018
Abb. 24	Anteil und Entwicklung der ausländischen Bevölkerung	ausländische HWB 2018 / HWB 2018 Differenz ausländische HWB 2017 zu 2014 / ausländische HWB 2014
Abb. 25	Fortzugsintensität von deutschen und ausländischen Personen	Summe der Fortzüge ausländischer Personen von 2014 bis 2018 / Summe der ausländischen HWB von 2014 bis 2018 * 1000 Summe der Fortzüge deutscher Personen von 2014 bis 2018 / Summe der deutschen HWB von 2014 bis 2018 * 1000
Abb. 26	Zuzüge von deutschen und ausländischen Personen	Summe der Zuzüge ausländischer Personen von 2014 bis 2018 / Summe der ausländischen HWB von 2014 bis 2018 * 1000 Summe der Zuzüge deutscher Personen von 2014 bis 2018 / Summe der deutschen HWB von 2014 bis 2018 * 1000
Abb. 27	„Top 5“-Nationalitäten in den Programmgebieten und Städten	Nennung der Top-10-Staatsangehörigkeiten (jeweils erste Staatsbürgerschaft); Einfärbung gemäß Legende
Abb. 28	Leistungsbezug nach dem AsylbLG	Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG 2018 / HWB 2018 * 1000
Abb. 29	Entwicklung der Personen mit Leitungsbezug nach dem AsylbLG	Differenz der Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG 2018 zu 2014 / Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG 2014 / 5
Abb. 30	Median der Angebotsmietpreise (nettokalt)	-
Abb. 31	Entwicklung des Medians der Angebotsmietpreise	Differenz Median der Angebotsmietpreise 2017 zu 2014 / Median der Angebotsmietpreise 2014
Abb. 32	Wohnfläche pro Einwohnerin und Einwohner	Wohnfläche insgesamt 2018 / wohnberechtigte Bevölkerung 2018
Abb. 33	Anteil des geförderten Wohnungsbestands im Verhältnis zur Bewohnerschaft	Geförderte Wohnungen in den Programmgebieten 2018 / geförderte Wohnungen in den Städten 2018 HWB in den Gebieten 2018 / HWB in den Städten 2018
Abb. 34	Baufertigstellungen	Summe fertiggestellte Wohnungen von 2014 bis 2018 / Summe HWB von 2014 bis 2018 *1000

8.3 Datenquellen

Daten der Kommunen

Stadt	Datenquelle	Anmerkungen zu den Daten
Aachen	Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Europa, Abteilung Statistik Gesundheitsamt StädteRegion Aachen (Schuleingangsuntersuchung) IT.NRW (amtliche Schulstatistik)	
Baesweiler	Amt für Soziale Angelegenheiten und Wohnungswesen	Daten ab 2018 für um zwei Straßen erweitertes Programmgebiet Haushalte mit Kindern: Im Rahmen der Sozialberichterstattung 2017 wurde eine Familienbefragung durchgeführt. Die angegebenen Werte beziehen sich auf den Prozentsatz der Familienstichprobe, der 3 oder mehr Kinder hat oder alleinerziehend ist. Daten der Schuleingangsuntersuchung: Die Werte für 2017 beziehen sich auf 2016. Der Wert für die Anzahl der übergewichtigen und adipösen Kinder bezieht sich hier auf die Anzahl "Nicht-normalgewichtiger" Kinder.
Brühl	Fachbereich Bauen und Umwelt Fachbereich Kinder, Jugendpflege, Familie und Demographie – Stabsstelle Demographie und Prävention Sozialraumplanung Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (Bevölkerungszahlen) Rhein-Erft-Kreis (Schuleingangsuntersuchung)	
Dinslaken	Stabsstelle Stadtentwicklung Statistikstelle Kommunales Rechenzentrum Niederrhein (Einwohnerbestand, Einwohnerbewegungen)	Abgrenzung Migrationshintergrund: Ableitung aus dem Merkmal "Migrationshintergrund" in den Einwohnerbestandsdateien. Personen, die in der 1. oder 2. Staatsangehörigkeit einen nichtdeutschen Eintrag haben sowie Personen, die beim Merkmal "Staatsangehörigkeit ehemals" einen nichtdeutschen Eintrag haben, werden als Personen mit Migrationshintergrund gewertet.
Dortmund	Dortmunder Statistik Amt für Wohnen (Kommunale Gebäudedatei) IT.NRW (Baufertigstellungen) Schild-NRW (Übergangsempfehlungen)	Programmgebiet Westerfilde & Bodelschwingh: Die Daten beziehen sich auf den Sozialraum Westerfilde/Bodelschwingh. Der Sozialraum besteht aus den statistischen Unterbezirken Bodelschwingh und Westerfilde. Das Programmgebiet ist nicht deckungsgleich

		mit dem Sozialraum. Es umfasst den UB Westerfilde annähernd vollständig, den UB Bodelschwingh nur zu einem kleinen Teil. Die Kontextbedingungen des Programmgebiets weichen deutlich von denen des Sozialraums ab. Eine Betrachtung des Programmgebietes würde ein negativeres Bild ergeben.
Duisburg	Stabsstelle für Wahlen und Informationslogistik Amt für Schulische Bildung IT.NRW (amtliche Schulstatistik)	
Düsseldorf	Amt für Statistik und Wahlen Stadtplanungsamt Amt für Wohnungswesen (Gebäudedatei) Amt für soziale Sicherung und Integration IT.NRW (Baufertigstellungen)	
Essen	Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen Amt für Stadtplanung und Bauordnung (Bautätigkeit, Gebäudedatei) Einwohneramt Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung) IT.NRW (amtliche Schulstatistik)	
Gladbeck	Statistikstelle Amt für Planen, Bauen, Umwelt Kreisgesundheitsamt Recklinghausen (Schuleingangsuntersuchung)	
Iserlohn	Statistikstelle	
Köln	Amt für Stadtentwicklung und Statistik	
Leverkusen	Statistikstelle Dezernat III – Bürger, Umwelt und Soziales	Die Daten für das Programmgebiet „Rheindorf-Nord“ beziehen sich auf die Quartiere Elbestr./ Solinger Str., Butterheide sowie Baumberger Str./ Monheimer Str. (geringfügig abweichende Gebietsabgrenzung)
Lünen	Fachdezernat Jugend und Soziales Abteilung Stadtplanung, Statistik	
Minden	Statistikstelle Fachbereich Soziales (Leistungsberechtigte) Schulbüro (Übergangsempfehlungen)	
Mönchengladbach	Fachbereich Stadtentwicklung und Planung, Abteilung Statistik, Informationsmanagement und Handlungsfeld Wohnen Fachbereich Schule und Sport	
Oberhausen	Dezernat Strategische Planung und Stadtentwicklung, Bereich Statistik	

	Bereich Gesundheit (Schuleingangsuntersuchung) IT.NRW (amtliche Schulstatistik)	
Solingen	Ressort Planung, Bauen, Verkehr, Umwelt, Abteilung Stadtentwicklungsplanung Statistikstelle	
Unna	Bereich Wohnen, Soziales und Senioren Statistikstelle IT.NRW (Wohnungsmarkt, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge) Kreisverwaltung Unna (Leistungsberechtigte SGB XII, Schuleingangsuntersuchung)	Hauptwohnbevölkerung: Für die Jahre 2011 bis 2014 ausschließlich Personen mit Hauptwohnsitz.
Viersen	Sozialplanung Stadt Viersen Abteilung Organisations-, Rats- und Wahlangelegenheiten, Zentrale Dienste - Statistik	
Witten	Koordinierungsstelle Stadtentwicklung, Statistik und städtische Wirtschaftsförderung Bauordnungsamt Amt für Wohnen und Soziales Wahlamt	
Wuppertal	Ressort Kinder, Jugend und Familie – Koordination Soziale Stadt Statistikstelle	Oberbarmen/Wichlinghausen: Daten werden geringfügig durch veränderte Gebietsabgrenzung im Zeitraum beeinflusst

Externe Daten

Arbeitsmarktdaten: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Daten zu Deutschland und NRW: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Mietpreisdaten: empirica-systeme.de

Städtenetz Soziale Stadt NRW (2008): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung

Städtenetz Soziale Stadt NRW (2013): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung 2006 – 2009

8.4 Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017). Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen (IAW) (2015): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up-Studie zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung). Abschlussbericht.

NRW.Bank (2019): Wohnungsmarktbericht NRW 2018. Düsseldorf.

OECD (2018), A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility.

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit.

Städtenetz Soziale Stadt NRW (2008): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung. Indikatorengestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Essen.

Städtenetz Soziale Stadt NRW (2013): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung 2006-2009. Indikatorengestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Essen.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., McKinsey & Company (2019): Hochschul-Bildungs-Report 2020